

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.00 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Lauchaer Straße 19/21 - Telephon 72206

Insertenpreise: Die Wochens. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvordr. 40 Pfg., Stellenangebote 10 Geis. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent die 10 Geis. Kolonelle mit 50% Nachsch. Neckelmezeile 2 Pf., Inserate v. ausw.: die 10 Geis. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvordr. 50 Pfg., Neckelmezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Das eben ist des Pudels Kern

Herr Professor Hoehsch: Der Kaufpreis Mussolinis ist Südtirol

Das Arbeitszimmer Nr. 40

Herr von Reubell hat sich gestern den Leipziger Wählern den noch vorgelegt. Die Beschuldigung, am Westenseiertag vor den Bewohnern Leipzigs geküsst zu sein, hat ihn, den Marschall von Jädeid, nicht schlafen lassen. Nun redete er in der Reichshaus ein langes Referat, und er hat das Kunststück noch immer fertiggebracht, mit vielen Worten nichts zu sagen. Ueber die Vorgänge in seinem Arbeitszimmer hat er nichts berichtet. Das blieb dem Professor Hoehsch, dem Kennersohn aus Leipzig, vorbehalten.

Der außenpolitische Fachmann der Deutschnationalen stellte vor den Leipziger Wählern gestern fest, daß das Arbeitszimmer Nr. 40 nur ein „kleines belangloses Zimmer sei“, das im höchsten Stod des Wallotbaus gelegen, nur „aus Hilfswiese in Anspruch genommen werde. Merkwürdig, daß gerade dort der Mann domiziliert, der von der deutschnationalen Parteileitung auserselien worden war, mit dem Vertreter Mussolinis, dem Major Renzetti, zu verhandeln.

Herr Professor Hoehsch hat vor seinen Wählern am gestrigen Tage festgestellt, daß er, trotz der Helfersdienste für Dr. Stresemann in Genf und trotz seiner Besuche bei dem verhassten Poincaré in Paris, durchaus der Auffassung sei, daß die Deutschnationalen mit Mussolini zusammengehen könnten.

Die Frage aber, ob die Deutschnationalen bereit sein würden, für das Bündnis mit Mussolini die Südtiroler preiszugeben, beantwortet er mit einem glatten Nein.

Herr Professor Hoehsch, warum sind Sie mit keinem Worte auf die Verhandlungen im Café Schottenhaml eingegangen? Zur Stärkung ihres Gedächtnisses haben wir nunmehr das genaue Datum des Verhandlungstages festgestellt. Warum haben Sie vom Reichsinnenminister nicht weitere Auskunft verlangt? Warum wandten Sie sich nicht an den Grafen Westarp, ihren allmächtigen deutschnationalen Herrn und Gebieter? Graf Westarp ist eingehend informiert, was im Café Schottenhaml verhandelt wurde, und er weiß sehr gut Bescheid, welche Versprechungen dort, von dem Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40, dem Major Renzetti gemacht worden sind. Dank der völligen Unachtsamkeit der Unterhändler in der verschwiegenen Ecke der Bar im Café Schottenhaml sind gerade die Aeußerungen der beiden deutschnationalen Unterhändler mündlich festgehalten worden, und der Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40 hat unmittelbar nach der Zusammenkunft im Café Schottenhaml in der Bernburger Straße Nr. 42, wie wir feststellen vermochten, Bericht erstattet.

Herr Professor Hoehsch, wissen Sie, wer in der Bernburger Straße Nr. 24 seine Hauptgeschäftsstelle hat? Es ist die Deutsche nationale Volkspartei und eine der leitenden Personen der Hauptgeschäftsstelle ist gleichzeitig auch der Bewohner des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40.

Also heraus mit der Sprache, Herr Professor Hoehsch! Es nützt Ihnen nichts, wenn Sie als Fachmann der Deutschnationalen, so in Rogwein, die außenpolitischen Fragen nur im Nebenher mit zu behandeln suchen. Sie erklären, Herr Professor Hoehsch, daß die Deutschnationalen die Südtiroler keineswegs preisgeben wollen. Wir verwiesen bereits auf die Mussolinirede vom 3. März. Am 5. März wurde mit Renzetti im Café Schottenhaml konspiriert. Die Rede Mussolinis wurde am 4. März im Organ des Grafen Westarp, der Kreuzzeitung, mit folgendem Stichwort überschrieben: „Südtirol wird weiter italienisiert“. Das war die Erkenntnis der deutschnationalen Kreuzzeitung noch am 4. März. Dann folgte noch einmal ein Vorstoß am 6. März und vom folgenden Tage an ist die gesamte deutschnationale Presse im Kampfe um die Südtiroler, um die „nationalen“ Interessen der soviel gefeierten Bewohner der Stadt Walters von der Vogelweide, von Boyen und Meran vollkommen umgeschwenkt. Nur unter Verzicht auf die „nationalen“ Interessen der Deutschsprachigen in Südtirol ist Mussolini bereit, den Westarpiden seine Hilfe zu gewähren.

Herr Professor Hoehsch, Sie sind eine Kapazität auf dem Gebiete der Außenpolitik. Sie haben in Paris mit Briand und Poincaré zusammengelassen. Ihr Spezialgebiet ist zwar die Ostpolitik, aber schämen Sie die Studienräte und dergleichen, die auf der deutschnationalen Wählerliste das „Volk“ repräsentieren, so geistig minderwertig ein, daß Sie zu erzählen wagen, durch eine Verständigung mit Italien könne Deutschland die Brennergrenze erhalten. Ist Ihnen so völlig unbekannt, daß die Verhandlungen zwischen Mussolini und den Deutschnationalen durch den französisch-italienischen Konflikt maßgeblich beeinflusst worden sind, und glauben Sie, daß durch eine Verständigung mit Italien Mussolini dem Zusammenschluß Deutschlands mit Italien zustimmen würde? Aber selbst, wenn er dafür zu gewinnen wäre, würde ohne die Zustimmung Frankreichs ein Anschluß Österreichs an Deutschland nicht möglich sein.

Das wissen Sie, Herr Professor Hoehsch, ebenso gut wie wir. Warum dann aber diese faulen Ausflüchte, um das zu verschleiern, was Ihr Herr und Meister, Herr Dr. Stresemann, in Köln indirekt als „Landesverrat“ bezeichnet hat!

Wir stellen also fest: Die Deutschnationalen sind bereit, trotz ihrer Firma - „völkisch und national“ - die Südtiroler Deutschen preiszugeben. Sie versuchen sich einzureihen in die Krone des faschistischen Italien, desselben Mussolini, der am 3. März noch drohte, nunmehr die „Tatsachen“ sprechen zu lassen. Diese „landesverräterische“ Politik führt geraden Weges zu neuen Kriegen. Das freilich ist das Ziel der Deutschnationalen. Das ist ihre nationale Wahlspekulation. Und wer bringt es fertig, im Angesicht der Erfahrungen von 1914 bis 1918 den Deutschnationalen Helfersdienste zu gewähren?

Wer deutschnational stimmt, stimmt für den kommenden Krieg!

Der erste Streich

Zum fünfzigsten Jahrestag des Sozialistengesetzes

Von Hermann Wendel

Am 11. Mai 1878, einem Sonnabend, sah Bismarck in Friedrichruh. Auch in der Stille dieses Landstüches räumten politische Gedanken hinter seiner Stirn, und was sie immer wieder beschattete, war die Sorge um die Sozialdemokratie. Dachte er dieser Bewegung des aufsteigenden „vierten Standes“, knirschte er wohl wie Schillers Franz Moor vor sich hin: „Meine Augenbrauen sollen über euch herhangen wie Gewitterwolken... Ich will euch die zädisgen Sporen ins Fleisch hauen und die scharfe Geißel versuchen“. Also unheimlich war das im Wachen, was als harmlose Seite erschienen war, damals, als Bismarck mit dem Gründer der Partei, mit Lassalle, nicht unverfängliche Blaudeckungen gehalten hatte. Ramentlich seit drei Jahren, seit der Einigung der beiden Flügel, der Lassalleaner und der Eisenacher, ging es unwiderstehlich voran. Bei den letzten Reichstagswahlen von 1877 war die Sozialdemokratie, der von 5,4 Millionen Stimmen fast eine halbe Million zufiel, als vierstärkste Partei aufgetreten, ihr Blatt, die Berliner Freie Presse, zählte 14 000 Bezueher, zu dem neugegründeten Arbeiterbildungsinstitut drängten sich die Hörer, und als Berlins Arbeiter unlängst einen ihrer Führer, August Heinsich, zu Grabe geleiteten, hatte ein bürgerliches Blatt ganz entseht ausgerufen: „Wer spricht von Arbeiterbataillonen angesichts dieses Aufgebots? Das sind Regimenter, Brigaden, Divisionen, ja mehr, das sind ganze Armeekorps“. Wirklich, der „eiserne Kanzler“ mußte sich gestehen, daß alle Verfolgungen durch Polizei und Justiz, daß die ganze Lessendorferlei die verhasste Partei nur stärker machte. Eines großen Schlags bedurfte es, um mit ihr fertig zu werden. Aber woher den Anlaß nehmen, das Volk zu wirren, den Reichstag zu tirren?

Da ward ihm ein Telegramm überreicht: nachmittags 3 1/2 Uhr hatte ein Klemperergeselle namens Hödel Unter den Linden drei Schüsse aus einem Revolver abgefeuert, als Wilhelm I. gerade in offener Kalesche vorüberfuhr. Das war der Anlaß, den Bismarck brauchte! Sofort jagte er eine Depesche nach Berlin: Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie! Die Forderung entsprach ganz dem inneren Wesen des Mannes, der, in der äußeren Politik ein vorsichtiger Meister seiner diplomatischen Schachzüge, in der inneren Politik die Gewalt als das A und O jeder Staatskunst ansah. Immer noch steckte der „rote Reaktionsär“ von 1848 in ihm, der, die Bauern mit Hugenablen aufbietend, gegen das Berlin der Märzrevolutionen eine „pommerische Wendee“ hatte aufwerfen wollen. So hatte er in den sechziger Jahren während des Verfassungskonflikts, fröhlich auf Paragraphen pfeifend, die preussischen Fortschrittler gebändigt; so hatte er danach gegen Zentrum und katholische Kirche den Kulturkampf vom Zaun gebrochen; so dachte er jetzt, ohne jedes Verständnis für diese große historische Bewegung, dem Sozialismus den Hals umzudrehen.

Den Kaiser brauchte er nicht erst für seine Pläne zu gewinnen, denn Wilhelm I. war nicht der harmlose Greis, zu dem ihn seine achtzig Jahre verpflichteten. Vielmehr brach der „Kartätschenprinz“ von 1849 bei ihm durch, da er sich mit zunehmendem Alter immer tiefer in seine vormärzlichen Gottesgnadenbegriffe verbohrt und mehrfach aus eigenem scharfes Vorgehen gegen „die Roten“ verlangte. Aber sonst hatte Bismarck mit allerhand Schwierigkeiten zu rechnen, zumal der Anlaß für ein Ausnahmegesetz allzuehr an den Haaren herbeigezerrt war. Von vornherein blieb es zweifelhaft, ob Hödel den Kaiser treffen wollte, zweifelhafter, ob er mit seinem krummen Schießeisen überhaupt treffen konnte. Außer jedem Zweifel aber stand, daß er der Sozialdemokratie nicht an die Rockhöhe zu hängen war. Zwar fand man bei seiner Verhaftung eine Mitgliedskarte der Partei bei ihm, aber es erwies sich, daß er wegen lumpenhafter Gesinnung aus der Organisation ausgeschlossen worden war, daß er sich mit „Enthüllungen“ über die Sozialdemokratie, auch an die Nationalliberalen in Leipzig herangemacht hatte und zuletzt für die Christlich-sozialen des Hospredigers Stöcker Flugblattverteiler gewesen war; auch eine Mitgliedskarte dieser Partei trug er bei seiner Festnahme in der Tasche. Eine politische Idee jedoch, sei sie auch noch so verflochten, bewog diesen verkommnen Burschen weit weniger als persönliche Eitelkeit, mit seiner Anallerei ein Spektakelstück aufzuführen, soweit überhaupt für die logische Folge von Ursache und Wirkung in seinem von Syphilis zerfressenen Hirn Raum war. Sein ganzes halb blödes, halb freches Benehmen während der Untersuchung, in der Verhandlung und bis an die Stufen des Schafotts machte den Schluß unabweisbar, daß der „Attentäter Seiner Majestät“, wie er sich selbst nannte, längst jenseits der Grenzen der Zurechnungsfähigkeit hinstaumelte. Diese Vermutung sprach sofort nach dem Vorfall ein Extrablatt der Berliner Freien Presse aus, das im übrigen sagte:

„Wir verurteilen den Mord aufs strengste, mag dieser in was immer für einer Gestalt auftreten, und deshalb verurteilen wir

Nationale Wahlspekulation



„Viel ist ja nicht mehr an ihm dran, aber er hat noch eine Stimme, die kann er für den nächsten Krieg abgeben...“

auch das glücklicherweise vereitelte Attentat auf den Kaiser. Derartige Vorkommnisse sind keineswegs der Ausfluß irgendeiner politischen, einer demokratischen Gesinnung, sie sind die Tat verbrecherischer Menschen, und als eine solche jagt auch die Sozialdemokratische Partei den Mordversuch auf den Kaiser auf."

Gleichwohl ließ Bismarck schon am 12. Mai das Ausnahmengesetz, das die Sozialdemokratie „ins Herz treffen" sollte, im Urriß zu Papier bringen, am 15. lag der Entwurf fertig vor, am 19. genehmigte ihn der Bundesrat, am 20. ging das „Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" dem Reichstag zu. Seine sechs Paragraphen gaben dem Bundesrat die Möglichkeit zum Verbot von Druckschriften und Vereinen, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgten, und legte den Reichstag als Berufungsinstanz ein. Ziel ein siebenter Paragraph schon bei der Beratung im Bundesrat in den Papierkorb, so war auch von dem Parlament nicht übermäßige Willfährigkeit zu erwarten. Etwas wie Hoffnungslosigkeit klingt schon aus den Worten, mit denen am 23. Mai der Staatsminister Hofmann, auf lauter Gemeinplätzen wandelnd, den Entwurf begründete. In der Tat sprach sich, während die sozialdemokratische Fraktion durch Wilhelm Liebknecht erklären ließ, daß die Teilnahme an der Erörterung unter ihrer Würde sei, nur die Reformer der beiden konservativen Parteien für die Vorlage aus.

Die anderen bürgerlichen Parlamentsgruppen waren sich zwar einig in Erkenntnis der von der Sozialdemokratie drohenden schrecklichen „Gefahren", aber die Nationalliberalen fanden ein Haar in der Suppe, weil sie witterten, daß der Streich mittelbar auch sie treffen sollte: Bismarck, dem sie sich für seine geplante reaktionäre Wirtschaftspolitik nur unter Bedingungen hatten verschreiben wollen, dachte sie in die Gesellschaft der „Reichsfeinde" zu mandrieren, um dann mit der Rechten seinen Fischzug zu tun. Immerhin war bei ihnen die Scham auch noch nicht soweit zu den Hundstagen gelassen, daß sie die Grundlage des Rechtsstaates mir nichts, dir nichts preisgegeben hätten; nur mit einer Verhinderung des gemeinen Rechts erklärte sich ihr Sprecher Bennigsen einverstanden. Ebenso stimmten die Fortschrittler Eugen Richter, der sich damit brüstete, daß sie die von der Sozialdemokratie befehligte Partei seien, mit Nein, und erst recht konnte das Zentrum, das nach die Narben des Kulturkampfes am Leibe trug, zu einem dreisten Ausnahmengesetz nicht Ja und Amen sagen; sein Wortführer Windhorst hing der Kaye die Schelle um, indem er dartat, daß man über die Motive Häbels noch vollkommen im dunkeln sei. So wurde am 24. Mai die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt.

Die Niederlage nahm Bismarck gleichmütig hin, da jedenfalls sein Zweck, die Nationalliberalen in eine für sie ungünstige Stellung zu bringen, erreicht war. Aber als hätte er es befehlt, gab ihm neun Tage später das weit ernsthaftere Attentat Dr. Nobilitz auf Wilhelm I. die erwünschte Gelegenheit, zu einem zweiten Streich gegen die Sozialdemokratie auszuholen.

Die 50. Völkerbundesratsagung

SPD Genf, 9. Mai.

Die vorläufige Tagesordnung der am 4. Juni beginnenden 50. Tagung des Völkerbundesrats umfaßt 34 Punkte, von denen diejenigen politischer Bedeutung mit zwei Ausnahmen schon in früheren Tagungen behandelt, aber noch nicht erledigt worden sind. Die zwei neuen Punkte sind beides Minderheitsbeschwerden. Albanien beschwert sich über die Behandlung albanischer Eigentums und der albanischen Minderheit in Griechenland; es verlangt damit die Behandlung einer Angelegenheit, die schon einmal vor Jahren vom Völkerbund geregelt wurde. Die polnische Minderheit in Deutschland hat eine Klage über Angriffe auf die Polen in Deutsch-Oberösterreich eingereicht. Sie wird im Zusammenhang mit den verschiedenen Klagen des Deutschen Volksbundes in Polnisch-Oberösterreich behandelt werden. Natürlich erhebt sich die Frage der ungarischen Opanten in Rumänien ebenfalls wieder auf der Tagesordnung. Ihre Erledigung ist nach wie vor zweifelhaft, nachdem das rumänische Parlament sich gegen den Beschluß der letzten Ratstagung, sich einem durch zwei Neutrals erweiterten Schiedsgericht zu unterwerfen, gewandt hat. Auch die polnisch-italienischen Streitigkeiten stehen auf der Tagesordnung. Es ist aber fraglich, ob der Rat sie behandeln oder sich damit begnügen wird, von der Einleitung der direkten Verhandlungen in Königsberg Kenntnis zu nehmen. Ueber den Zwischenfall von St. Gotthard ist dem Rat der Bericht der Dreierkommission übergeben worden. Hierbei dürfte die prinzipielle Frage, ob der fungierende Ratspräsident das Recht hat, in solchen Zwischenfällen sofort persönlich einzugreifen, diskutiert werden. Eine Debatte darüber, was Völkerbund überhaupt bedeutet und was er bisher geleistet hat, könnte schließlich bei Behandlung des in der 8. Ratstagung verlangten Berichts über den Stand der Ratifikation der internationalen Abkommen entstehen.

Württemberg gegen Reudells politische Torheiten

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der Bruder des Reichsinnenministers, Ministerialrat Reudell, vor dem Ersuchen zu dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes auf einer „Dienstreise" heimlich sich die Unterstützung der Reichsregierung von Bayern und Württemberg verschafft haben soll, nimmt das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei, das in Stuttgart erscheinende Deutsche Volksblatt, am Dienstag zum Anlaß einer zweifelslos auf den Innenminister Holz selbst zurückzuführenden scharfen Abrechnung mit dem Vorgehen des Reichsinnenministers in dieser Sache. Es schreibt u. a.: „Wir haben uns wegen dieser Meldung im württembergischen Innenministerium erkundigt und erhielten die Auskunft, daß weder das Ministerium noch der Minister selbst über das besorgniserregende Verbot des Roten Frontkämpferbundes irgendwie unterrichtet wurde. Ob der Bruder des Reichsinnenministers von Reudell, Ministerialrat von Reudell, dem württembergischen Staatspräsidenten einen Besuch gemacht und mit ihm über den bevorstehenden Schritt des Reichsinnenministeriums gesprochen hat, konnten wir wegen der Abwesenheit des Staatspräsidenten nicht in Erfahrung bringen. Solange der Beweis des Gegenteils nicht erbracht ist, müssen wir aber annehmen, daß Ministerialrat von Reudell tatsächlich beim Staatspräsidenten (dem deutschen nationalen Herrn Bagille, Red. d. W.) war... Wir in Württemberg sind aber nicht gesonnen, politische Torheiten mitzumachen, die in Berlin ausgeführt werden, auch dann nicht, wenn sie von Ministern der Rechten ausgehen und diese Herren vorher eine parteipolitische Maßnahme mit württembergischen Reichstreifen suchen."

Es steht nicht fest — aber es ist anzunehmen! Wenn sich das maßgebende Organ einer großen württembergischen Regierungspartei so ausdrückt, wird es schon stimmen. Der deutsche nationale Reichsinnenminister hat also vor seinem offiziellen Ersuchen an die Länderregierungen seinen Bruder auf Staatskosten auf Reisen geschickt, um seine reaktionären Gesinnungsgenossen in den Landesregierungen für seine Pläne zu gewinnen. Das sind wirklich sonderbare Methoden deutschnationaler Regierungskunst.

Parole: Alles durcheinander!

Die Einheitsfrontler unter sich

Zwischen der Roten Fahne und den linken Kommunisten geht seit Wochen ein wildes Geschimpfe um die Echtheit des leninistischen Prinzips. Der Kampf steigerte sich, als zu Ostern der Bund der Leninisten gegründet und beschlossen wurde, für die Reichstagswahlen eigene Kandidaten der Linken aufzustellen. Da die Kommunisten die „unentwegtesten Antiparlamentarier" sind, tat ihnen der Beschluß der Ultralinken besonders weh, denn dadurch könnten die Parteikommunisten einige der sonst geschmähten Mandate weniger bekommen.

Aber auch bei den linken Kommunisten ist es, wie ohnedies bekannt gewesen ist, mit der Einheit recht schlecht bestellt. Schon vor ihrer Gründungsagung wogte ein harter Kampf um die Aufstellung der eigenen Listen. Die führenden Häupter der linken Kommunisten, Ruth Fischer und Maslow, bombardierten ihre eigenen Gesinnungsgenossen mit Briefen französischer und russischer Gesinnungsgenossen, die mancherlei recht spitzfindige Anzüglichkeiten enthielten. Die linken Kommunisten, also noch viel härtere Gegner des parlamentarischen Systems, sind trotzdem zu dem Entschluß gelangt, den Parlamentarismus im Parlament zu bekämpfen. Denn dort kann man gegen den Parlamentarismus die längsten Kaden halten. Inzwischen wurde die Reihenfolge der Reichslisten festgestellt. Die linken Kommunisten haben Nummer 8, die Namen ihrer Kandidaturen freilich sind mit einer Ausnahme, der Pfalz, bisher noch nicht bekanntgeworden. Ob sie sozial Namen aufbringen werden, um eine Liste zu komplizieren, ist zur Stunde noch ungewiß.

Nun wurde von der Welt am Abend mitgeteilt, daß Maslow, Ruth Fischer und Scholem aus dem Leninbund ausgestoßen seien. Sie hätten einen Aufruf unterzeichnet, in dem die Kommunisten-Leninisten durch Stimmabgabe für die Parteikommunisten aufgefördert werden. Das wird heute von den linken Kommunisten demontiert, freilich freibleibend wie in allen diesen Dingen. Die Parole bleibt noch wie vor: Alles durcheinander.

Wie bekannt, führen die Kommunisten gegen die Polizei und die Justiz einen besondern „harten" Kampf. Aus diesem Grunde waren die Kommunisten schon immer bewußt, wenn es irgendwo recht, den Richtern die notwendige Beschäftigung zu verschaffen. So praxierte der Sozialist Volkswille, das linke Organ der Kommunisten, auf einen Vorgang, der schon selber behandelt wurde.

Preiserhöhung als Wahlmache

Es ist nun zur Gewissheit geworden, daß die Schwereindustrie die angeordnete Preiserhöhung für Eisen tatsächlich eintreten lassen wird. Schon hat der Stahlwerksverband beschlossen, den Verkauf seiner Produkte zu sperren. Nach übereinstimmenden Meldungen der bürgerlichen Zeitungen wird Kohleisen von der Preiserhöhung frei bleiben, dagegen Walzmarkterzeugnisse um 4 bis 7 Mark je Tonne teurer werden. Das kommt einer Preiserhöhung um ungefähr 4 Prozent gleich, während die tatsächliche Mehrbelastung durch die Kohlenpreiserhöhung, wie bereits ausgeführt, selbst im ungünstigsten Falle nicht mehr als 1 Prozent der Selbstkosten ausmacht. In Wirklichkeit haben aber die Hütten, weil sie selbst Besitzer von Kohlenzechen sind, die Kohlenpreiserhöhung überhaupt nicht zu tragen. Die Schwereindustrie verzichtet denn auch darauf, die Preiserhöhung für Eisen mit der Kohlenpreiserhöhung, und zieht es vor, sie mit Lohnerhöhung zu begründen. Daß sie sich selbst, als ichen eigenen Kohlenlieferanten keine höheren Preise anrechnen, daß sie also gegenüber den Hütten, die nicht über eigene Kohlenzechen verfügen, im Vorteil sind, können die Herren über Kohle und Eisen nicht leugnen. Dafür fälschen sie diesen Vorteil noch als bewährter Methode in einen Nachteil um, indem sie behaupten, sie hätten die durch Verbindlichkeitsklärung erfolgte Lohnerhöhung im Bergbau mit zu tragen. Sie wollen also die Lohnerhöhung nicht einmal, sondern gleich in doppelter Höhe auf die Verbraucher abwälzen; einmal bei den Kohlenpreisen und dann noch einmal bei den Eisenpreisen.

Dieser löbliche Plan, dessen Verwirklichung in aller kürzester Frist bevorsteht, wird voraussichtlich keinem Widerstand begegnen, weder bei den Verbrauchern, noch bei der Reichsregierung. Die Volkliche Zeitung weiß zu beiden Verhandlungen zwischen Eisenerzeugern und Eisenverarbeitern hätten zu dem Ergebnis geführt, daß seitens der Eisenverarbeiter kein scharfer Protest gegen die Preiserhöhungen erfolgen werde. Der Reichswirtschaftsminister hat zwar bei Kohlenpreiserhöhungen, aber nicht bei Eisenpreiserhöhungen ein wirksames Einspruchsrecht. Er könnte aber, wenn er ernstlich wollte, auch die Eisenpreiserhöhung durch Erhebung der Eisenzölle oder durch ernsthafte Anwendung der Kartellverordnung bekämpfen. Die halbamtliche Industrie- und Handelszeitung, die es ja wissen muß, meldet, daß weder das eine noch das andere Mittel zur Anwendung kommen wird.

Es hat nur allzusehr den Anschein, daß hier ein Spiel mit verteilten Rollen aufgeführt wird, an dem jeder an seinem Plage, die Schwereindustrie, die Reichsbahn und der Reichswirtschaftsminister mitwirken. Das geht mit ziemlicher Deutlichkeit aus den Reden hervor, die auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in diesen Tagen gehalten worden sind. Dieser Verein, bekannt unter dem Spitznamen Langnamverein, ist die Interessenvertretung der rheinisch-westfälischen Schwereindustrie. Es mußte auffallen, daß nach dem allgemeinen Proteststurm, den noch vor wenigen Wochen die beabsichtigte Tarifierhöhung der Reichsbahn auch in Unternehmertreuen hervorgerufen hatte, diese Tarifierhöhung auf der Tagung des Langnamvereins nicht verurteilt, sondern im Gegenteil gerechtfertigt worden ist. Dr. Ahrens benutzte seine Rede über den Tarifierhöhungsplan der Reichsbahn zu einer Hebe gegen Lohnerhöhungen und Sozialpolitik. Er sagte:

„Die Lastensteigerung der Reichsbahn ist mehr oder weniger zwangsläufig. Das Unternehmen ist in derselben Lage wie die Wirtschaft, der u. a. durch eine übertriebene Sozialpolitik immer höhere, weit über das erträgliche Maß hinausgehende Aufwendungen auf persönlichen Gebiete aufgezungen werden. Wird die Industrie auf diese Weise immer weiter befasst und sind alle ausgleichenden Sparnismöglichkeiten erschöpft, dann bleibt letzten Endes nur eine Preiserhöhung zur Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen übrig. Dasselbe gilt für die Reichsbahn. Diese Gesichtspunkte dürfen bei Stellungnahme zum Tarifierhöhungsplan nicht außer acht gelassen werden. Eine Kapitalaufnahme des Unternehmens erscheint wenig aussichtsreich, d. h. ein Anleihen der Tariffschraube ist jedenfalls auf die Dauer zweifellos nicht zu verfallen. Wenn nicht endlich die notwendige grundlegende Aenderung der oben bemängelten Verhältnisse alsbald eintritt."

Er bezieht sich auf den Organisator der Hamburger Oktoberkämpfe, den bereits als Heldin verehrten linken Kommunisten, Urbahns. Der Volkswille schreibt:

„Genosse Urbahns erhielt im Herbst 1926 die Aufforderung, sofort zur 6. Erweiterten Exekutive zu kommen. Er bediente sich eines illegalen Passes."

Eine Viertelstunde nach Abreise aus Berlin erhielt das Berliner Polizeipräsidium von einem Angestellten des Zentralkomitees der KPD die telephonische Mitteilung, daß Genosse Urbahns auf den Namen Joublo unterwegs nach Moskau sei.

Das Zentralkomitee hatte ein Interesse, diese Reise zu vereiteln und schreckte nicht vor der Lumperei der Denunziation bei der Polizei

zurück. Der Erfolg blieb nicht aus. An der Grenze wurde unser Genosse verhaftet. Später wurde er zu 20 Tagen Gefängnis oder 400 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Zentralkomitee der KPD weigerte sich, die 400 Mk. zu zahlen, obwohl die Fahrt im Auftrage der Exekutive unternommen wurde, und verhalf somit Genossen Urbahns zu seinen 6 Jahren Festung noch zu weiteren 20 Tagen Gefängnis."

Also erst werden Kommunisten von den Mitgliedern der Parteizentrale dem Henter ans Messer geliefert. Danach erfolgt der Schrei nach Amnestie und sind dann die verurteilten Sozialdemokraten nicht ohne weiteres bereit, eine Koalition mit den deutschnationalen abzuschießen, dann wehe den Berrättern den Spießeln, den Denunzianten. Freilich nicht denen aus der KPD. Die Sozialdemokraten sollen dann reparieren, was durch kommunistisches Spießeltum in den Gefängnissen an Jammer und Elend entstand.

Massenanfrage gegen einen Kommunisten

Vor der Strafkammer 2 in Hamburg begann ein großer Prozeß gegen die kommunistische Hamburger Volkszeitung. Die Anklage ist erfolgt wegen der 48. Heft dieser Zeitung und ihres Kopfblattes, die im August 1927 vor und nach der Sacco- und Banzetti-Demonstration erschienen waren. Angeklagt ist der damalige verantwortliche Redakteur Reitz wegen Beleidigung von Mitgliedern des Hamburger Senats und der Hamburger Polizeibehörde.

Das Truſtkapital will bei den Preiserhöhungen das Annehmliche mit dem Nützlichen verbinden, die Wohltat erhöhter Ueberprofite mit der Unnehmlichkeit einer wirksamen Wahlpropaganda. Man will zwar die Preiserhöhungen sich wohl bekommen lassen, aber die Verantwortung dafür den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zuschieben, um die Massen der Wähler gegen sie aufzuheben. Dieser Versuch einer Tatsachenaufklärung zum Zwecke der Wahlbeeinflussung, bei dem die Reichsbahn und der Reichswirtschaftsminister bereitwilligen Hilfsdienst leisten, wird aber das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen. Den Massen der Wähler wird es nicht verborgen bleiben, daß diese Art der Wahlmache des Truſtkapitals zugleich das Programm jeder künftigen Regierung enthüllt, auf die das Truſtkapital maßgebenden Einfluß hat. Sie müssen daraus die Lehre ziehen, daß alle Stimmen der Werktätigen am 20. Mai einer einzigen Partei zufallen müssen: der Sozialdemokratie.

Die Truſtkapital will bei den Preiserhöhungen das Annehmliche mit dem Nützlichen verbinden, die Wohltat erhöhter Ueberprofite mit der Unnehmlichkeit einer wirksamen Wahlpropaganda. Man will zwar die Preiserhöhungen sich wohl bekommen lassen, aber die Verantwortung dafür den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zuschieben, um die Massen der Wähler gegen sie aufzuheben. Dieser Versuch einer Tatsachenaufklärung zum Zwecke der Wahlbeeinflussung, bei dem die Reichsbahn und der Reichswirtschaftsminister bereitwilligen Hilfsdienst leisten, wird aber das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen. Den Massen der Wähler wird es nicht verborgen bleiben, daß diese Art der Wahlmache des Truſtkapitals zugleich das Programm jeder künftigen Regierung enthüllt, auf die das Truſtkapital maßgebenden Einfluß hat. Sie müssen daraus die Lehre ziehen, daß alle Stimmen der Werktätigen am 20. Mai einer einzigen Partei zufallen müssen: der Sozialdemokratie.

Rumänens Regierung oben auf

U Bukarest, 9. Mai.

Ministerpräsident Bratianu gab dem Vertreter der Telegraphen-Union folgende Erklärung über die innerpolitische Lage in Rumänien ab: „Ich bin sehr vermunbert, alle die falschen Nachrichten zu lesen, die auch diesmal im Ausland über die Lage in Rumänien verbreitet worden sind. Die Versammlung von Karlsburg war nur eine Episode im Kampf, den die Nationale Bauernpartei gegen die Regierung führt. Von der Parteimehrheit und den verfassungsmäßigen Stellen unterstützt, wird die Regierung das Werk der politischen und finanziellen Festigung weiterführen. Uebrigens dürfte jeder, der die wahre Lage Rumänien kennt, nicht bestreiten können, daß allen Schwierigkeiten zum Troh das Werk der inneren Festigung fortgeführt worden ist."

Der Prinz muß raus aus England

SPD London, 9. Mai.

Die Bitte des Extronprinzen von Rumänien an den britischen Innenminister, den Ausweisungsbefehl wieder rückgängig zu machen, hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Extronprinz Carol muß England binnen drei oder vier Tagen verlassen, falls er die zwangsweise Abtransportierung unter Polizeibedeckung vermeiden will.

Mussolini begrüßt den Kelloggpakt

U Wie das Berliner Tageblatt aus Washington meldet, ist am Mittwoch Mussolinis Antwort auf Kelloggs Kriegsverzichtsvorschlag veröffentlicht worden. Mussolini begrüßte grundsätzlich Kelloggs Vorschlag mit „lebhafter Sympathie" und erbot sich, alles zur Herbeiführung einer Verständigung beizutragen. D Italia bekräftigt Frankreichs Anregung, eine Sachverständigenkonferenz der interessierten Großmächte abzuhalten, um über den Wortlaut des Vertrages eine Einigung zu erzielen. Sie verspricht sich von einer solchen Konferenz jedoch nur einen Erfolg, wenn die Vereinten Staaten dabei vertreten sein würden.

So müßte die Kammer aussehen!

SPD Paris, 9. Mai.

Eine Pariser Wochenschrift stellt eine Statistik auf über den Ausfall der französischen Wahlen unter der Voraussetzung, daß in Frankreich das deutsche Verhältniswahlrecht gelte. Die Statistik des Blattes hat folgenden Aussehen:

	Stimmen	Stimmen nach der Verhältniswahl	Stimmen nach der Verhältniswahl
Rechtsparteien	2,5	260	190
Rechtssabale	0,5	53	40
Bürgerliche Linke	1,9	158	175
Sozialisten	1,7	103	115
Kommunisten	1,1	14	80
Verschiedene kleine Parteien	0,2	5	15

Die Statistik des Blattes zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Verluste die französische Arbeiterklasse durch die katastrophale Taktik der Kommunisten erlitten hat. Die Kommunisten selbst wurden aber für ihre unheilvolle Taktik in der schlimmsten Weise bestraft.

Um das japanische Nordchina

Von Ernst Reinhard.

Als unmittelbar nach seiner Wahlniederlage der japanische Premier Tanaka seine humorlose Kommunistenkomödie inszenierte und seinen Staatsstreik durch eine deutliche Hege gegen Russland begründen und führen ließ, da war es klar, daß der Mann der großen japanischen Trübsal die Ablenkung des japanischen Volkes von seinen innerpolitischen Schwierigkeiten auf außenpolitische Fragen suchte. Er brachte die Opposition der japanischen Kleinbürger in den Verdacht, mit Russland gegen das Vaterland konspiriert zu haben. Unterdessen hat aber diese Opposition nicht geschwiegen, sondern hat den Mut aufgebracht, den Innenminister dieses Kabinetts der großen Abenteuer, Herrn Suzuki, durch eine unmissverständliche Rundgebung nach Hause zu schicken. Gelang der Sturm der Opposition auf die schwächste Stelle der reaktionären Festung, dann durfte angenommen werden, daß sie bald den Mut aufbringen werde, gegen die Hauptstellung selbst anzurennen und den Herzog dem Mantel nachzuschneiden. Tanaka, der Bismarck Japans, kommt der Opposition zuvor. Er beweist ihr und dem ganzen Volke, daß er nicht gehen darf.

Tanaka, der die japanischen Expeditionen gegen Russland nach Kriegsende veranlaßt und führte, nicht aus Haß gegen die Russen oder die Bolschewisten, sondern weil er die Mandchurie und Nordchina ganz dem russischen Einfluß entziehen und aus ihnen die große japanische Kolonie in Nordchina schaffen wollte — dieser Tanaka hat mit verbissener Wut zugeben müssen, daß das reiche Schantung mit seinen 40 Millionen Einwohnern im Verträge von Washington gegen ein paar launige Rechte wieder an China abgetreten werden mußte. Nach diesem Washingtoner Vertrag hat wohl Japan das Recht, ein paar Eisenbahnkontrollen und Finanzagenten in Tsinanfu zu unterhalten; aber aus dem Wortlaut des Vertrages sowohl als auch aus seinem Wortlaut geht ohne irgend-einen Zweifel hervor, daß Japan nicht das geringste Recht hat, in Tsinanfu Truppen zu unterhalten und daß jeder japanische Soldat, der trotzdem in Schantung weilt, das nur tun kann unter Bruch des Völkerrechts, eines feierlich beschworenen Vertrages und eines verpöblichten Wortes.

Was aber gelten solche papierne Sicherungen, wenn der japanische Imperialismus sich zwingen sieht, die Mandchurie zu sichern! Daß der Schutz dieses Gebietes, der alte Strohstich Tschangtschun, längst unzuverlässig geworden war, wußte man in Tokio gut und sah es ein, um ihn zu erledigen und seine mandchurischen Soldaten durch japanische Truppen zu ersetzen. Offen konnte diese Annexion nicht gehen; so bediente man sich der Südruppen, um den Mundener an die Wand zu drücken. Wenn heute japanische Truppen in Tsinanfu eingreifen, so geschieht es nicht zum Schutze des Marschalls Tschangtschun, dessen Untergang den Japanern ganz recht sein kann, sondern aus einem anderen und viel wichtigeren Grunde.

Tanaka weiß, daß die Mandchurie auf die Dauer nicht zu halten ist, wenn man nicht das nordchinesische Vorland als geschütztes Festungsbereich mitbestimmt. Die Absicht der japanischen Imperialisten ist einfach: Sie wollen den Landbesitz wieder erwerben, den sie vor dreizehn Jahren durch die 21 Bedingungen, die sie damals China stellten, gesichert zu haben glaubten. In ihren Augen spiegelt sich das Gelbe Meer, dessen eine Hälfte heute japanisch, dessen andere noch chinesisch ist, als ein rein japanisches Meer; Schantung, die Provinz Tschili, die beide das chinesische Meer bilden, sollen japanisch werden. Aber um eine derartige Eroberung in einem Lande zu machen — das umstrittene Gebiet nicht nur zwischen Japan und China geteilt ist, sondern für das sich die nordamerikanische Union und Großbritannien außerordentlich stark interessiert haben, um dessen Besitz ein amerikanisch-japanischer Krieg mehr als einmal drohte, — um aber auch dem eigenen, widerwillig folgenden Volke beweisen zu können, daß die Wülperei eines Krieges um Schantung, Tschili und die Mandchurie nicht mehr zu vermeiden seien, — um all dies erreichen zu können, braucht Tanaka Zeugen und Zeugnisse von Gewicht. Er schafft sie eben durch seine Truppen.

Es ist daher eine lächerliche Heuchelei, wenn japanische Agenten nun plötzlich untersuchen wollen, wer eigentlich angefangen habe und wer die Schuld am Zusammenstoß trage. Schuld daran trägt nur einer: der, welcher genau wußte, daß es so kommen mußte und der wollte, daß es so kam. Und dieser eine ist Tanaka, der Mann der japanischen Imperialisten. Graf Tanaka, selbst General, wußte, daß der Zusammenstoß mit naturnotwendiger Selbstverständlichkeit kommen mußte, und er wollte, daß er kam! Er hätte, wenn es ihm um das Wohl der japanischen Kaufleute in Tsinanfu zu tun gewesen wäre, mit größter Leichtigkeit diese Leute in sichere Hüt bringen können. Das tun heute die Amerikaner. Er aber tat das nicht. Es wäre ihnen höchstwahrscheinlich auch nichts geschehen, wenn sie ruhig auf ihrem Posten geblieben wären. Das haben japanische Kaufleute in den anderen Städten erlebt, die unterdessen von den chinesischen Südruppen erobert worden sind. Keinem wurde ein Haar gekrümmt, sondern wie den Kaufleuten anderer Nationen, die sich in der großen Stadt aufgehalten haben. Tanaka aber schickte eine kleine Truppenmacht, von der er wußte, daß sie ihren Dienst gar nicht tun konnte, daß sie erliegen mußte, und daß ihre Anwesenheit als Provokation wirken mußte! Das allein war ihr Zweck.

Es genügt aber auch so, um eine nachdrücklich geführte Greuelpropaganda führen zu können. Systematisch werden zunächst die Verluste gesteigert. Zuerst bestanden die Toten aus einem japanischen Offizier und einem Zivilisten, insgesamt aus zwei Mann; dann waren es drei Offiziere und 34 Mann, heute sollen drei und drei japanische Zivilisten getötet worden sein; die Zahl der toten Soldaten wird einfach mit „eine große Zahl“ angegeben. Um deutlich zu werden, spricht man schon von einem Massaker! Frauen sind geschändet worden; Löwen wurden geplündert, Zivilisten gemartert; die Chinesen wurden zur Vernichtung der Japaner aufgefordert. Und wenn das noch nicht genügen sollte, um die Volksseele ins Kochen zu bringen, dann erzählt man von den chinesischen Absichten, die Japaner vom Meere abzuschneiden, von der Hoffnung Tschangtschuns, durch die Niederwerfung der Japaner der chinesische Nationalheld zu werden. Dies Programm ist alt und bis zum Erbrechen abgeleiert; aber warum soll es nicht noch einmal seinen Dienst tun, wenn Herr Tanaka seine Geschäfte damit befragen kann!

Der Krieg im fernen Osten

Vormarsch der Südruppen

SPD London, 9. Mai.

Die nationalistische chinesische Befehlsführung von Tsinanfu hat nach Meldungen aus Peking den Forderungen des japanischen Kommandierenden Generals Folge geleistet und sich aus der von den Japanern besetzten Zone zurückgezogen. Außerdem wird gemeldet, daß die Truppen des nationalistischen chinesischen Generals Ho Yao Tsu, dessen Truppen, von Tsinanfu kommend, den Gelben Fluß überschritten haben, auf Tschangtschun marschieren. Dieser Vormarsch stellt einen weiteren Schritt zur Erreichung des nationalistischen Endzieles der Eroberung von Peking dar. Unter diesen Umständen ist eine, aus vertrauenswürdigster Quelle stammende Peking-Meldung bemerkenswert, daß Tschangtschun, das Oberhaupt der Regierung von Peking, den Befehl gefaßt habe, ein Militartelegramm ins Land zu senden, in dem er mit Rücksicht auf die kritische internationale Lage in Tsinanfu die zeitweise Einstellung des gegenwärtigen Bürgerkrieges ankündigt. Es verlaute, daß er in diesem Telegramm die Zusammenarbeit von Nord- und Südchina zum Zwecke der Vereinigung der Lage in China anregt.

Japanisches Ultimatum

11 Tokio, 9. Mai.

Der japanische Befehlshaber in China richtete an Tschangtschun die telegraphische Aufforderung, die chinesischen Truppen innerhalb 72 Stunden aus dem japanischen Machtbereich zu entfernen. Der Befehlshaber forderte weiter die Bildung eines gemischten japanisch-chinesischen Ausschusses zur Abgrenzung der japanischen Einflusszone. Die japanischen Truppen könnten die Verantwortung für die weiteren Ereignisse im Falle der Ablehnung dieser Forderungen nicht übernehmen.

11 Nach Meldungen aus Tokio soll das japanische Kriegsministerium nach der erst vor wenigen Tagen beschlossenen Entsendung von 15000 Mann nach Schantung nunmehr auch die Mobilisierung weiterer 50000 Mann für den Notfall angeordnet haben.

Und er fühlt sich seiner Sache so sicher, daß er die Rache aus dem Sad lassen kann, er prahlt von den Erfolgen seiner kraftvollen Methode und bemerkt höhnisch, daß sie durch das System der Versöhnung nie erreicht worden wären! Und der Mann hat recht: Mit einer Methode der Versöhnung wären die Toten von Tsinanfu heute noch lebendig — aber man beweise das nun dem Manne der Tat, dem Aelter von Blut und Eisen! Niemandem wird dieser Beweis gelingen, am allerwenigsten der Opposition, die in hoffnungsloser Stellung ist; erhebt sie nun weiter Widerspruch, löst sie wider den Stachel, dann wird das Parlament aufgelöst — und hatte Deutschland seine Hottentottenwahlen, England seine Abkühlwahlen, so wird Herr Tanaka seine Tsinanfuwahlen haben und damit den Weg offen zur Diktatur, die er lange schon sucht.

Die Union aber und England glaubt er damit beruhigen zu können, daß er sich in Schantung als der Hüter der Ordnung aufspielt, gleichwie das Herr Kesslog in Nicaragua tut. Das ist alles sehr geschickt gedacht und als Intrige sucht es seinesgleichen; aber wie sagt doch der Schusterle in den Räubern? — „Dein Register hat ein Loch“ — wirklich auch das des Herrn Tanaka. Er hat das amerikanische Gift weggelassen; Schantung ist nicht Nicaragua — und wenn Herr Kesslog und Graf Tanaka daselbe tun, ist es noch lange nicht das gleiche. Diese alte Wahrheit wird dem Abenteuerer in Washington klargemacht werden; aber um welchen Preis?!

Dr. Schminke ohne Schminke

Ein KPD-Bonze und der „liebe Gott“

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung drückt über die acht oder neun Weltanschauungen, die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertreten seien. Bei den Kommunisten gibt es etwas detariertes selbstverständliches nicht. Sie sind alle unentwegte Verehrer des Veninismus und haben mit dem „lieben Gott“ seit Urzeiten bereits vollkommen gebrochen.

In diesen Tagen war in der Versammlungsliste der KPD unter anderem auch der frühere Badearzt aus dem Kurort Ester als Referent angeführt. Er war ehemals Landtagsabgeordneter der KPD und fungiert jetzt als Kommunalangestellter in Reudöln. Weber seine Schulerklasse ist in der Presse viel geschrieben worden. Wir sind außerstande, festzustellen, was daran Falsches oder Richtiges gewesen ist. Nur soviel steht fest, daß Herr Dr. Schminke, wenn er ohne jede Schminke als Arzt in Bad Ester amtierte, den „lieben Gott“ durchaus seines Amtes waltend ließ. Man teilt mit, daß an der Tür seines Sprechzimmers in Bad Ester der folgende Hauslegen zu finden war:

„Tritt hoffend ein, laß Deine Sorgen hier;
Geht froh hinaus, nimm Trost und Rat von hinnen.
Wenn Du dem Herrn vertraust, so hilft er Dir
Und fördert treuer Menschenhand Beginnen.“

Wir wissen nicht, ob Herr Schminke damals noch Mitglied einer christlichen Kirche gewesen ist. Wir nehmen es an, denn sonst würde die Inkonsequenz des KPD-Hauptlings noch größer sein. Vielleicht aber ist Herr Dr. Schminke bei seinen Versammlungen in Leipzig über die verurteilten SPD-Bonzen gehörig hergefallen, die beschuldigt werden, ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt, einer christlichen Kirche zuzugehören. Das würde durchaus zu Herrn Schminke passen der eben, wenn er ein bürgerliches Badepublikum vor sich hat, den lieben Gott noch immer wallen läßt, dafür aber in den Volksversammlungen den Atheisten um so härter betont.

Wenn Du dem Herrn vertraust, so hilft er Dir
Und fördert treuer Menschenhand Beginnen.“

Tsinanfu unter Feuer

11 London, 10. Mai.

Wie aus Kanking gemeldet wird, ist gestern Tsinanfu 3 Stunden lang von der japanischen Artillerie beschossen worden. 500 Menschen sollen dabei umgekommen sein. Meldungen aus Tokio besagen, daß ein Teil der in Tsinanfu stehenden südchinesischen Truppen den Gelben Fluß überschritten hat, um den sich zurückziehenden Tschangtschunstruppen nachzustehen.

Der Raub an China

London, 9. Mai.

Der Manchester Guardian betont, daß jetzt sofort ein Weltrennen aller an China interessierten Großmächte zwecks Erwerbs von Einflussphären als Kompensation für die Besetzung Schantungs durch Japan beginnen werde. Die englische Regierung werde jetzt die ihr seit langer Zeit nahegelegte Festschaltung im Jangtsial nicht länger vermeiden können.

Amerika zu Japans Außenpolitik

Washington, 9. Mai.

Der hiesige japanische Botschafter sprach bei Staatssekretär Kellogg vor, um darzulegen, daß die Entsendung von 16000 Mann japanischer Truppen nach Schantung lediglich zum Schutze von Leben und Eigentum der japanischen Staatsangehörigen erfolgt sei. Die amerikanische Regierung sieht in dieser Maßnahme keine Verletzung des Schantung-Vertrages; sie würde aber aller Wahrscheinlichkeit nach Einspruch erheben, falls die Japaner ihre Intervention über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten oder die Truppenzahl verstärken sollten. Man würde hier einer etwaigen Besetzung der ganzen Schantung-Halbinsel durch Japan nicht stillschweigend zusehen können. Die Lage wird im Staatsdepartement sehr ernst beurteilt, denn die chinesischen nationalistischen Streitkräfte haben, den letzten Nachrichten zufolge, die Offensive gegen die Japaner entlang der Eisenbahnlinie Tsinanfu—Tingtau eingeleitet, zu deren Verteidigung kaum zweihunderttausend Mann ausreichen würden. Damit wäre eine Krise heraufbeschworen, deren Beilegung nach heftiger Auffassung ungleich schwieriger sein würde als diejenige ähnlicher Konflikte in der Vergangenheit. Die japanische „Freundschaftspolitik“ gegenüber China, die unter Schibeharas Leitung so vielversprechend begonnen hatte, ist durch die aktive Interventionspolitik Tanakas abgelöst worden. Ein chinesischer Boykott gegen japanische Waren ist eine ihrer ersten Folgen.

Deutsch-polnischer Notentwurf

11 Warschau, 9. Mai.

Im polnischen Außenministerium ist eine Mitteilung der deutschen Regierung in der Frage der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen eingegangen. Diese Mitteilung behandelt eine Anzahl der auf der Wiener Besprechung zwischen den beiderseitigen Verhandlungsführern Hermes und Wardowski berührten Fragen und stellt die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest. Im Laufe dieser Woche wird im polnischen Außenministerium eine Entscheidung darüber fallen, ob die Aufnahme der Verhandlungen auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch die Delegationen erfolgen soll.

Von zuständiger Stelle in Berlin wird bestätigt, daß ein Notentwurf zwischen Berlin und Warschau im Gange ist.

England und Afghanistan

SPD London, 9. Mai.

Der britische Außenminister teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, daß er weder mit dem König von Afghanistan noch mit seinem Außenminister während ihres Londoner Aufenthaltes irgendwelche offiziellen Verhandlungen geführt habe. Er habe dem König von Afghanistan lediglich erklärt, daß es „der ernste Wunsch der britischen Regierung sei, Afghanistan stark und unabhängig zu sehen“.

Notwehr an Mussolinis Lockpichel

11 Basel, 8. Mai.

Der Mitte März nach der Schweiz geflüchtete Antifaschist Pavan hat jetzt das Geständnis abgelegt, den Faschisten Savorelli nach seiner Entlassung als Lockpichel in Paris durch mehrere Revolvergeschüsse niedergestreckt zu haben. Pavans Rechtsbeistand hat nunmehr von den schweizerischen Behörden die Gewährung des Asylrechtes und die Verweigerung der Auslieferung verlangt, da es sich um eine politische Mord handele.

Notizen

11 Der Sondergerichtshof in Rom zum Schutze des Staates verurteilte acht Kommunisten aus Tarani wegen staatsfeindlicher Propaganda zu Gefängnisstrafen bis zu zwölf Jahren.

11 Aus Portugal wurden 44 Politiker, die in den letzten fünf Jahren verurteilt waren, größtenteils nach San Tomé verschifft.

11 Wie aus Moskau gemeldet wird, sind der frühere Vorsitzende des Zentralausschusses der Krim, Ibragimow, und sein Stellvertreter Rastafa gestern hingerichtet worden. Sie hatten sich mit Hilfe öffentlicher Gelder eine Räuberbande geschaffen, die monatelang die Krim heimgelockt und einen Teil ihrer Beute den Hingerichteten überlassen hatte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Fugo Saube in Leipzig.
Verantwortlich für den Interorenteil:
Fugo Saube in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.
Diese Nummer umfasst 18 Seiten.

Leukoplast spart Geld:



Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.)

Achten Sie auf den Namen **Leukoplast**, da Nachahmungen im Handel sind.

Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagensgeschäften in Rollen von 30 Pf. an.



Leukoplast ist immer gut,
Wenn man sich verwunden tut
Aber nicht nur zu Verbänden
Kann man Leukoplast verwenden
Pappe, Porzellan und Glas,
Alles, Alles kittet das.
Ansteckdosen, Bilderrahmen,
Schachteln, Schirme, Puppensamen,
Gummischläuche, Bodokappen,
Regenmäntel, Aktenmappen,
Noten, Bilder, Thermometer,
Goethes Faust und Struwwelpeter,
Alles klebt das LEUKOPLAST.
Sorg', daß Du's im Hause hast!

Palmen Garten
mit Salmenhaus
Heute nachmittag ab 4 Uhr
PARK-KONZERT
im großen Saal Privatfestlichkeit
Morgen Freitag billiger Tag!
Bei günstiger Witterung Parkkonzert. - Eintritt 25 Pfg.

Fernsprecher 39014
Straßenb. 10, 11, 12, 13, 24, 28

Das Ende von St. Petersburg

Donnerstag, den 10. Mai,
bis Sonntag, den 13. Mai

Beginn: 6,00 8,00

Mit diesem Film hat die Meschrapom-Russ ein Werk geschaffen, das alles bisher Dagewesene weit übertrifft. Der Erfolg und Massenbesuch war daher auch in allen Großstädten der Welt ein unerhörtes.

Titania-Lichtspiele
Fichtstraße 30, an der Südstraße

VARIETE BATTENBERG
Anruf 13770 Allabendlich 8 Uhr
„So gefällt mir die Welt“
mit **Rudolf Mälzer**
in 25 Bildern.
Kleine Sommerpreise
Vorverkauf: Tageskasse, Meßamt. und Althoff

Naumann-Bräu
Anlässlich des 100jährigen Bestehens der Brauerei C. W. Naumann gelangt ab heute das vorzügliche
Jubiläums-Bräu
zum Ausschank
Das beliebte Haucke-Orchester
Stadtbekanntes Küche Syphon-Versand Täglich Spezialgerichte

Feenpalast
Goldener Helm
Morgen Freitag, abends 7 Uhr:
I. Großer
Fliederfest-Ball
Tanz frei. Spezialität: Schweinsknochen
In der Diele: **Künstler-Konzert**
L.-Eutritsch, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

Diese Woche gelangt wieder
prima Sohlenfleisch
zum Verkauf
Arno Hädrich
Tel. 40908 **Rohschlächterei** Tel. 40908
Leipziger, Sternwartenstraße 6 - E. Blaasch, Rauchschlächter
Straße 24 - E. Kleinhammer, Stralitzerstraße 10

Markthallenstraße 6

Ein großer Schlager!
Eine Frisch-Fleisch-Woche
zu außerordentlich billigen Preisen.
Diese Woche braucht man kein Gefrierfleisch zu essen

prima frisches Rindfleisch

zum Kochen Pfd. 75 u. 80	Hohe Rippe u. Kamm Pfd. 85 u. 90
Bratenfleisch m. Knochen Pfd. 1.-	Bratenfleisch oh. Knochen Pfd. 1.25
Roastbeef Pfd. 1.10	Pökelfinderbrust Pfd. 90

Frisches Schweinefleisch	Frisches Kalbfleisch
Bauch Pfd. 75	Pfeffertfleisch Pfd. 80
Keule Pfd. 95	Kamm u. Brust Pfd. 90-95
Eisbeine Pfd. 85	Keule Pfd. 1.10
Pökelfleisch Pfd. 1.-	Haxen Pfd. 75

Schwarzen Pfd. 25
Schweinsknochen Pfd. 40
Kalbbraten, gewickelt ohne Knochen Pfd. 1.25
Kalbfülle Stück 20 u. 25

Schmer u. fettes Schweinefleisch ohne Schwarte, zum Ausbraten geschnitten Pfd. 75

Ein besonderer Schlager!
Geräucherter Speck deutsche Ware Pfd. 75
Bei Mehrabnahme billiger!

Hammelragout Pfd. 85	Hausmacher-Lobster Pfd. 85
Gulasch Pfd. 85	Blutwurst Pfd. 90
Lunge und Herz Pfd. 60	Sülzenwurst Pfd. 1.00
Frische Lober Pfd. 1.15	Zerelatwurst Grob- schnitt Pfd. 1.60
Knochen- oder Stückenfleisch Pfd. 30	Knackwurst fest hart Pfd. 1.50
Rauchfleisch Pfd. 95	
Wurstleib Pfd. 50	

Diese Preise bleiben auch für Montag, Dienstag u. Mittwoch bestehen.

Groß-Fleischeri **Richter & Fischer** Wurst-Fabrik

Feine Tafelöle!!

Olivenöl vierge, extra-extra	à Pfund	150
Tafelöl G.K., extra feines Mayonnaisenöl	à Pfund	100
Mußöl Nr. 10, sehr fein und sehr ergiebig	à Pfund	70
Tafelöl I ganz frisch	à Pfund	56
Frisches Leinöl	à Pfund	80
Frisches Rüböl	à Pfund	70
Himbeersaft das Beste	à Pfund	60
Bienen-Honig garantiert rein	à Glas	120
Liebigs Fleisch-Extrakt in 1/2-, 1/4-, 1/8-Pfund-Dosen		

empfehlen

Gebr. Kiesel - Leipzig
Roßplatz 4 - Leipzig-Eutritsch, Magdaenenstraße 10

Frishfleisch
aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität

Kalb- und Rindfleisch
Mastkälber eigener Schlachtungen

Ramm Pfd. 1.00	Keule, Rücken, Merenbraten mit Knochen Pfd. 1.30
Brust Pfd. 1.10	Keule, Rücken, Merenbraten ohne Knochen Pfd. 1.65
Vorderkeule (Blatt mit Knochen) Pfd. 1.30	Haxen Pfd. 0.50
Vorderkeule (Blatt ohne Knochen) Pfd. 1.65	Schnitzel Pfd. 2.00
	Leber Pfd. 2.00

Rindfleisch

Suppenfleisch (Bauch, Flanke, Querrippe) Pfd. 1.10	Bauch, ohne Beilage Pfd. 0.50
Bratenfleisch mit Knochen Pfd. 1.20	Keule Pfd. 1.00
Bratenfleisch ohne Knochen Pfd. 1.40	Schulter Pfd. 1.00
Roastbeef mit Knochen Pfd. 1.30	Rotelett, kurz gehackt, mager gehalten Pfd. 1.20
Roastbeef ohne Knochen Pfd. 1.50	Leber Pfd. 1.80
Rouladen ohne Beilage Pfd. 1.50	Schweinsknochen Pfd. 0.50
Leber Pfd. 1.80	

Prima Hammelfleisch

Bauch und Schulter Pfd. 1.30
Keule und Rücken Pfd. 1.40

Gefrier-Fleisch
in bekannter Güte und sehr preiswert

Gefrier-Rindfleisch

Suppenfleisch Pfd. 0.50	Bratenfleisch ohne Knochen Pfd. 1.00
Hohe Rippe Pfd. 0.70	Roastbeef ohne Knochen Pfd. 1.10
Ramm Pfd. 0.70	Rouladen Pfd. 1.10

Feinste Wurstwaren

Thüringer Blutwurst 1/4 Pfd. 0.27	Wiener Würstchen Paar 0.20
Hausmacher-Beberwurst 1/4 Pfd. 0.27	Bockwürstchen Paar 0.40
Schäufelkäse 1/4 Pfd. 0.20	Regensburger Paar 0.40
Delikatess-Sülze 1/4 Pfd. 0.30	Knoblauchwurst 1/4 Pfd. 0.35

Knackwurst 1/4 Pfd. 0.35	Hauschlacht Blutwurst 1/4 Pfd. 0.35
Mettwurst 1/4 Pfd. 0.35	Särbellen-Beberwurst 1/4 Pfd. 0.35
Polnische 1/4 Pfd. 0.35	Kaffler Beberwurst 1/4 Pfd. 0.35
Zerelatwurst 1/4 Pfd. 0.55	Zungenwurst 1/4 Pfd. 0.60
Salamitwurst 1/4 Pfd. 0.55	Sülzenwurst 1/4 Pfd. 0.30
Bierwurst 1/4 Pfd. 0.40	Delikatess-Preßkopf 1/4 Pfd. 0.35
Jagdwurst 1/4 Pfd. 0.35	Westfälischer Preßkopf 1/4 Pfd. 0.35

Feinster Aufschnitt Pfd. 2.50 und 2.00

Dauerwurst
besonders hart, hergestellt aus erstklassigem Frishfleisch, eigener Schlachtung

Knackwurst Pfd. 2.20
Salamitwurst Pfd. 2.50
Zerelatwurst Pfd. 2.50

Konsumverein
Leipzig-Plagwitz und Umg. e. G. m. b. H.
Abgabe nur an Mitglieder

Der Justizmord an Jakubowski

Ein Unschuldiger hingerichtet

Neustrelitz, 9. Mai.

Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg erzählt, sind der Leiter des Landesstrafamtes Neustrelitz, Regierungsrat Steuding, und der als wissenschaftlicher Berater herangezogene Kriminalpsychologe Dr. Hans v. Hentig-München auf Grund ihrer Ermittlungen in der Sache Jakubowski zu folgendem Ergebnis gekommen: Die neu festgestellten und sorgfältig durchgeprüften Tatsachen führen zu der Vermutung, daß der im Jahre 1925 wegen angelegenen Mordes an seinem Kinde verurteilte und hingerichtete russische Kriegsgefangene Jakubowski der Mörder nicht gewesen sein kann. Drei der vermutlichen Täter wurden verhaftet und dem Amtsgericht Schönberg zugeführt.

Zwei von den im Morballe Jakubowski Verhafteten, die sich gegenseitig beschuldigten, sollen bereits ein Geständnis abgelegt haben.

SPD Berlin, 10. Mai. (Radio.)

Zum Justizmord an dem russischen Arbeiter Jakubowski ist ergänzend zu bemerken:

Jakubowski wurde im November 1924 unter der schweren Beschuldigung verhaftet, seinen vier Jahre alten unehelichen Sohn Ewald Rogens, dessen Leiche in einem Kaninchenloch der Pöllinger Heide gefunden wurde, ermordet zu haben. Er wurde am 22. April 1925 vor das Gericht, ein Emmingerisches Schwurgericht, gestellt und zum Tode verurteilt. Hauptbelastungszeugen waren ein Idiot, die drei jetzt Verhafteten, der Pferdewacht Heinrich Blöcker, der Arbeiter August Rogens und der Landarbeiter Paul Kreuzfeld und ein flüchtiger Mitläufer. Das Gericht verurteilte Jakubowski zum Tode, weil es annahm, daß er das Kind umgebracht habe, um die Klimente zu sparen.

Als sich die große Öffentlichkeit des Falles annahm, erklärte der Oberstaatsanwalt in einem Kommuniqué: „Die in unverantwortlicher Weise einzelne Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissenen Bemängelungen des Schwurgerichts-Urteils sind lediglich gewissenlose, die Ehre ihrer Mitmenschen in leichtfertiger Weise verunglimpfende und die Justiz herabsetzende Klatschereien.“

Die auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers v. Reibnitz eingeleitete neue Untersuchung ergab zunächst das Geständnis des August Rogens, daß er Jakubowski in der Voruntersuchung und vor dem Schwurgericht wesentlich falsch belastet hat. Seine Aussagen vor Gericht seien ihm von dem ebenfalls verhafteten Paul Kreuzfeld suggeriert worden, der als erster den Plan gefaßt habe, den kleinen Ewald Rogens zu beseitigen. Paul Kreuzfeld hatte gehofft, in dem armseligen Häuschen, das Jakubowski bewohnte, ein Zimmer zu erhalten. Er glaubte, dieses Ziel nur erreichen zu können, wenn der kleine Ewald Rogens, der als uneheliches Kind Jakubowskis bezeichnet wurde, verschwinde. Der vierjährige Ewald war das einzige Kind, das zu jener Zeit als lebensfähig zu betrachten war. Von den übrigen Geschwistern glaubte man, daß sie, verhungert und krank wie sie waren, ohnedies nicht mehr lange am Leben bleiben würden. Während Kreuzfeld sich im Hintergrunde hielt, gingen Rogens und Blöcker an die Tat. Welcher von beiden wirklich der Mörder ist, läßt sich noch nicht entscheiden. August Rogens gibt eine genaue Schilderung der Tat, die im wesentlichen wohl zutrifft, in der aber Blöcker als Täter bezeichnet wird, während Blöcker behauptet, daß August Rogens das Kind umgebracht habe.

Aus der Darstellung des Rogens scheinen folgende Punkte bemerkenswert: Während er immer behauptet hat, am 9. November 1924, dem Morbtage, weit weg gemeldet zu sein, gibt er jetzt um 17.30 Uhr verteidigt mit einem Fahrrad nach Pöllingen gefahren zu sein, angeblich um Jakubowski zu besuchen. Er traf ihn nicht an und wollte wieder zurückfahren, als er in der Abenddämmerung Blöcker bemerkte, der den kleinen Ewald auf dem Arm trug. Das Kind habe leise gewimmert. Rogens habe sofort vermutet, daß irgend etwas mit dem Kinde geschehen sollte, nachdem Kreuzfeld vorher Andeutungen dieser Art gemacht habe. Er fuhr, wie er behauptet, Blöcker nach und sah ihn bei den Tannen nahe dem Betruster Halt machen. „Dort habe Blöcker das Kind an einer Tanne erhängt. Er habe gesehen, wie Blöcker das Kind dann aufhob, über die Heide nach dem Betruster trug, dem Kinde einen Stein umgehängt und es dann ins Wasser geworfen habe. Dann sei Blöcker zurückgegangen.“

Soweit die Aussagen des August Rogens. Blöcker weist die

Beschuldigung der Täterschaft weit von sich und belastet August Rogens und dessen Bruder Fritz, dem einzigen Mitwisser der Morbtat, der bisher noch nicht festgenommen werden konnte, da er geflüchtet ist. Wenn man den Aussagen Blöckers trauen darf, so hat August Rogens den Mord begangen.

Jakubowski ist am 15. Februar 1926 im Zuchthaus von Neu-Strelitz hingerichtet worden. Zu Anfang dieses Jahres wurde gemeldet, daß die Großmutter des ermordeten Ewald sich selbst der Tat bezichtigt hätte. Es war nur ein Gerücht, das sich nicht bestätigte. Aber trotzdem wurde nunmehr die Aufmerksamkeit wieder auf Jakubowski gelenkt, und schon eine Analyse der Urteilsbegründung ließ den Schluß zu, daß hier ein Justizmord begangen sei. In der Leipziger Volkszeitung vom 18. Januar wurde in dem Artikel „Und dennoch Justizmord!“ diese kühne Behauptung gewagt. Die Untersuchung, die der Genosse v. Reibnitz gefördert hatte, ergibt nun, daß wir im Rechte waren. Man kann den von der Justiz gemordeten Russen nicht wieder lebendig machen. Man kann aber und muß gerade jetzt in diesen Tagen des Wahlkampfes um so härter den Kampf gegen die Todesstrafe aufnehmen, für deren Abschaffung sich keine der bürgerlichen Parteien einsetzt. Es gibt wohl keinen trefflicheren Beleg für die prinzipielle Programmforderung der Sozialdemokratie, als diesen tragischen Fall des russischen Flüchtlings Jakubowski. Wir dürfen nicht ruhen in unserem Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe, und vielleicht werden jetzt auch die nicht Ruhe haben, die durch den Richterpruch den armen Jakubowski auf dem Gewissen haben.

Grubenkatastrophe in Kolumbien

M. Berlin, 9. Mai.

Wie das „8-Uhr-Abendblatt“ aus Bogota meldet, hat sich nach Meldungen aus Rio Sudio (Departement Caldas) ein folgenschwerer Stolleneinsturz in der dortigen Mine „Benedictecas“ ereignet. Nach den bisherigen Feststellungen sind 10 Grubenarbeiter getötet und eine große Anzahl mehr oder minder schwer verletzt worden. Es steht zu befürchten, daß zahlreiche Bergleute durch die eingestürzten Gesteinsmassen verschüttet wurden, für deren Rettung nur wenig Hoffnung vorhanden ist.

Schwere Stürme über Ungarn und Italien

M. Budapest, 8. Mai.

In Ungarn herrschte heute den ganzen Tag über ein orkanartiger Sturm, wie er in diesem Breitengrade nur selten zu verzeichnen ist. Der Sturm hatte ein hartes Fallen der Temperatur zur Folge. Die Bevölkerung war beunruhigt, da sie der Meinung war, der Orkan sei der Vorläufer eines Erdbebens. Hier wie in der Provinz hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Telephonleitungen wurden zerstört und viele Schornsteine umgeworfen. Die Gewalt des Sturmes war so hart, daß einige Kirchdächer ins Wanken kamen.

Durch den Orkan, der mit einer Geschwindigkeit bis zu 90 Stundenkilometern über das Land brauste, sind in Budapest über 100 Personen verletzt worden.

M. Mailand, 9. Mai.

Über Mailand brauste heute ein heftiger Sturm, der in den Parkanlagen der Stadt großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt. Die Dächer vieler Häuser wurden abgedeckt. Auch in der Mästermesse hat das Unwetter arg gewütet. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

20 Wüstentrippler umgekommen. Bei der Fahrt durch die Wüste von Bagdad nach Beirut verlor ein Auto mit 20 Pilgern den Weg. Es wurde von einem englischen Flugzeug auffindig gemacht, doch waren sämtliche Insassen tot, als Hilfe kam.

Starker Schneefall im Riesengebirge

Sirahberg, 9. Mai.

Im Riesengebirge ist im Hochgebirge bis in die Vorberge herab seit Montagabend starker Schneefall eingetreten. Auf dem Kamme liegt gegen 10 Zentimeter Schnee. Heute morgen waren 5 Grad Kälte im Hochgebirge, im Tal hat es mehrfach geregnet. Das Gebirge ist wieder vollständig verschneit.

Der Insterburger Hellscherprozeß wurde am Mittwoch nach dreitägiger Pause wieder aufgenommen. Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Mitteilung, daß die Staatsanwaltschaft beabsichtige, die Verurteilung zurückzuziehen. Der Verteidiger der angeklagten Frau Günther-Hoffers gab jedoch eine Erklärung dahingehend ab, daß die Verteidigung sich mit der Absicht der Staatsanwaltschaft nicht zufrieden geben könne. Die Angeklagte würde heute kontolliert und gelte in Folge des staatsanwaltlichen Kesseltreibens vielfach für eine Betrügerin. Ihre Rehabilitierung durch das Gericht sei deshalb notwendig. Das Gericht setzte die Zeugenvernehmung fort.

Ferienterminus 1928

Der Ferienterminus für den Bezirk Leipzig findet in der Zeit vom 24. bis 30. Juni im „Haus des Volkes“ zu Probstzella i. Th. statt. Thema: Grundfragen der europäischen Politik; Lehrer: Genosse Engelbert Graf, Dürrenberg.

Zu dem Kursus entsenden die Unterbezirke 30 Hörer, davon Groß-Leipzig 14 und die Unterbezirke Borna, Döbeln, Rochlitz und Wurzen je 4 Hörer auf Kosten des Bezirks-Bildungs-Ausschusses. Außerdem können an dem Kursus bis zu 20 Hörer auf eigene Kosten oder als Delegation von Organisationen oder Korperschaften auf deren Kosten teilnehmen. Die freiwilligen Hörer oder besonderen Delegierten zahlen für Unterkunft, volle Verpflegung, Hörergebühr und Fahrgeb. 45 Mark. Anmeldungen erfolgen bei den Unterbezirks-Sekretariaten durch die Ortsvereine bis spätestens 30. Mai. Die freiwilligen Hörer und besonderen Delegierten entrichten eine Anzahlung von 10 Mark; die restlichen 35 Mark sind bis spätestens 16. Juni abzuführen. Bei Rücktritt vom Kursus verfallen die eingezahlten 10 Mark. Die Anzahlung der 10 Mark erfolgt nach Bestätigung der Anmeldung durch den Bezirks-Bildungs-Ausschuß, der sich in Hinblick auf die beschränkte Zahl der freiwilligen Teilnehmer (20) das Recht der Ablehnung einzelner Teilnehmer vorbehalten muß.

Bei der Auswahl der von den Unterbezirken entsandten Delegierten ist besonders Wert zu legen auf Funktionäre der Partei (Vorstandsmitglieder, Redner, Sekretäre), wobei besonders auch Frauen und jüngere begabte Genossen und Genossinnen zu berücksichtigen sind, die das Gehörte nach Nutzen der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung verwenden können.

Die Kurssteilnehmer finden gemeinsame Unterkunft und Verpflegung im „Haus des Volkes“ in Probstzella, in Zimmern mit ein bis drei Betten. Die Verpflegung ist reichlich und von bekannter Güte. Den Teilnehmern stehen Brausebäder (15 W.) und Kurbäder (10 Prozent Ermäßigung) zur Verfügung, ebenso der Spielplatz und die Turnhalle. An Besichtigungen sind je nach der zur Verfügung stehenden Zeit vorgesehen: Elektrizitätswerk Probstzella (Wohlfahrt Genosse Jting, Erbauer des Hauses des Volkes), Eisengruben in Schmiedefeld, Glas-Feinindustrie in Lichte, Burg Lauenstein.

Die Hin- und Rückreise soll gemeinschaftlich erfolgen, und zwar ab Leipzig am Sonntag, dem 24. Juni, 20 Uhr (Beschlüssigter Personenzug), an Probstzella 0,18 Uhr (Abendbrot); die Rückreise am Sonnabend, dem 30. Juni ab Probstzella 16,15 Uhr (Beschlüssigter Personenzug), an Leipzig 20,18 Uhr. Die in den Aufnahmbezirken wohnenden Kurssteilnehmer hätten so noch die Möglichkeit, mit den Abendzügen nach Hause zu kommen.

Bezirksausschuß Leipzig für sozialistische Bildungsarbeit
Tauschaer Straße 19/21, Telefon 250 78.

Die Nacht nach dem Berrat

Roman von Liam O'Flaherty.
Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von H. Hausler.
Copyright by Th. Knauer Nachf., Berlin W 30.

Wann immer Gypo Geld befaß, gab er es mit ihr aus. Zu wissen, wenn er kein Geld hatte, nahm sie ihn mit sich nach Hause und gab ihm am nächsten Morgen noch sein Frühstück. In großen ganzen waren sie gute Freunde. Während der letzten sechs Monate, als Gypo aus der Organisation ausgestoßen, ohne Geld, ohne Freunde und ohne Arbeit war, hatte Katie zwischen ihm und dem Tod vor Hunger und vor Kälte gestanden. Sie liebte ihn auf ihre eigene, merkwürdige Art. Mit den letzten Resten ihres weiblichen Gefühls liebte sie ihn, wie sie ihren eigenen Mann hätte lieben können. Aber diese Spuren von Liebe erstickten fast unter dem Lafter, das sie übermüdete.

Selten nur wurde sie deutlich und erfüllte die wüste Leere ihrer Seele mit Wärme und Helligkeit. Jede freundliche Handlung des Mitleids mit dem schwerfälligen Giganten wurde zehnfach überwogen von Handlungen, die schlecht und grausam waren, während Gypo mit der Gleichgültigkeit des gesunden, starken Mannes sie hinnahm, als ob sie wie frische Luft und Nahrung zu den Bedingungen seines Lebens gehörte. Ihre Abwesenheit pflegte er nur dann zu vermessen, wenn er sie nötig hatte.

Er brachte den Gin und reichte ihn ihr. Sie nahm ihn schweigend. Langsam schlürfte sie, hielt das Glas einen Zoll vor ihren Lippen und starrte im Trinken vor sich hin. Gin und wieder erschauerte sie, als wäre das Getränk eiskalt. Gypo beobachtete sie argwöhnisch aus den Winkeln seiner Augen.

Schließlich sagte er: „Wozu bist du denn eigentlich hergekommen?“ Er war sehr verärgert, daß sie gerade jetzt auf ihn getroffen war, wo er versuchte, einen Plan zu machen, und wo das Geld für den Berrat ihm in der Tasche brannte, ohne daß er bisher eine plausible Erklärung für sein Vorhandensein gefunden hätte. Er ärgerte sich, aber auf eine verwirrte und dumme Art. Selbst für diesen Verger hatte er noch keine vernünftige Erklärung herausgefunden.

Katie hielt ihr leeres Glas mit dem Boden nach unten in der Hand, ihre blauen Augen waren fast geschlossen, wie sie ihn ansah.

„Na, was ist los mit dir, Kindchen?“ Durch den Gin war sie frech geworden. Warum soll ich mich nicht hier aufhalten, wenn's mir so paßt? Mir hat keine wohlthätige Anstalt Stundenlohn dafür bezahlt, daß ich Euer Wohlgeschoren aus dem Weg gehe, wenn es dem hohen Herrn beliebt, hier in der Kneipe zu sitzen. Nahe, da gib's kein Gefeh, daß ich nicht um die Zeit in das Viertel kommen

dürfte, oder...?“ Im Sprechen redete sie sich in Mut. Sie hatte eine Ahnung, daß Gypo etwas Wichtiges vor ihr verbarg und daß ihr Erscheinen in diesem Augenblick ihr irgendeine Macht über ihn verlieh. Diese besondere Intuition der Frau aus dem Slums konnte zwar unter die Oberfläche von Gypos Befangenheit dringen, war aber nicht imstande, ihre wahre Natur zu erkennen. Mit der Linken schob sie ihren Mantel zurück und legte den Handrücken unterm Herzen auf ihre rötliche, zerstrante Waise. Wie dürr waren ihre Brust! „Na, Katie...“

Augenblicklich unterbrach sie ihn. Sie hatte nur darauf gewartet, daß er zu sprechen begann, damit sie ihn unterbrechen konnte. Sie war glücklich, wenn man ihr auf diese Art Gelegenheit gab, Stunt zu machen.

„So mach' man weiter, Drecksaß. Ich kenne dich, jawoll. Gut bist du bloß, wenn du nichts hast. Aber sobald du dich selber riefen kannst, wenn du vollgefressen bist und mit dem Geld in den Lumpen klumpst, trägt die die Nase in der Luft und sieht keinen an. Weißt du, was ich dir jetzt sagen werde? Weißt du das? Du bist ein ganz gemeiner, vertunfener und verlogener Schuft, jetzt weißt du, was du bist. Von mir brauchst du von jetzt ab nichts mehr zu erwarten, mein kleiner Käfer. Probier's nicht erst, helfen tät's doch nichts.“

Gypo wurde neroos und rühte seinen mächtigen Leib zur Seite. Am liebsten hätte er seine Linke fliegen lassen und sie ihr auf den Kießer geschlagen. Ein leichter Schlag hätte sie bewußtlos umgelegt. Aus einer Art von merkwürdigem ritterlichem Gefühl heraus aber hatte er niemals eine Frau geschlagen. Trotzdem hatte er sie schrecklich satt. Jetzt, wo er das Geld bei sich trug, immer noch ohne Entschluß, was er damit tun sollte, wollte er sie los sein.

Vergerlich schrie er sie an: „Halts Maul, oder ich schlag' dich tot. Hab' ich nicht einen für dich ausgegeben?“ Halb abschwächend fügte er hinzu: „Willst du noch einen?“

Immer noch starrte Katie ihn an. Plötzlich kam eine Veränderung über sie. Irgend etwas drängte sich in ihren sonderbaren Gedankengang, sie änderte die Haltung.

Mit leiser, trauriger Stimme, die Unterlippe herunterhängend, fuhr sie fort, wie jemand, der durch dauerndes Angklid vollkommen vernichtet und gänzlich geschlagen ist: „Mach' nichts aus dem, was ich da eben gesagt habe, Gypo. Bei Gott, dem Allmächtigen, das Leben ist so hart, daß einer den Verlust verlieren möchte. Elend, Elend und nichts als Elend. Du stehst genau so tief im Dreck, Gypo, du weißt ja auch Bescheid. Mit uns hat keiner Mitleid. Gegen uns hebt jeder die Hand auf, weil wir nichts haben. Kannst du mir sagen, Gypo, warum das so ist? Ist Gott selber gegen uns? Nahe, wir waren ja beide Mitglieder bei der Organisation, also wissen

wir ja, daß es Gott nicht gibt. Aber wenn mal an, es gäbe Gott, was zum Teufel macht er eigentlich...?“

„Hör auf mit dem Gerede. Laß Gott in Ruhe.“

„Gott verzeih mir, du hast recht.“

Katie fing an zu schluchzen, riß sich aber sofort mit erstaunlicher Willigkeit zusammen und wandte sich fast scharf an Gypo. Ihre Augen verengten sich, ein Lächeln, das selbstam und unheimlich war, lief über ihr Gesicht. Es brachte eine Spur von Schönheit in ihr Gesicht zurück, von Schönheit und von Heiterkeit. „Erzähl mal, wo du das viele Geld herhabst, Gypo. Heute früh hab' du noch keins gehabt.“

Unwillkürlich fuhr Gypo zusammen und sah sie entschuldigt an. Er strengte sich maßlos an, für seinen plötzlichen Reichtum eine Entschuldigung zu finden. Er schäumte innerlich vor Mut darüber, daß er noch keinen Plan gemacht hatte. Zum Unterbewußtsein suchte er Mac Phillip, den er selber in den Tod geschickt hatte, weil er keinen Plan gemacht hatte. Mit flirren Augen und geöffneter Lippen sah er Katie an. Dann beugte er sich zu ihr in dem Versuch zu sprechen, brachte aber nichts heraus.

Sie mißverstand das. „Ich wußte ja, daß was vorgekommen war. Hast du 'ne Kirche ausgeraubt oder was und bist nun bange, daß dich die Priester in 'ne Ziege verwandeln?“

„Sei still,“ riefte er plöflich. Er griff das Wort „Rauben“ auf und zimmerte sich einen Plan daraus. Es war ein vertrautes Wort, ein freundliches Ding, ihm wohlbekannt, bei dem er sich zu Hause fühlte.

Mit zusehendem Gesicht bog er sich vor, beugte, die Worte seines Planes auszusprechen, bevor er sie wieder vergessen konnte: „'ne Kirche war es nicht, 's war ein Seeman von 'nem Amerika-dampfer. In Teromstreet, hinter Callidns Kneipe hab' ich ihn hochgenommen. Aber wenn du eine Silbe sagst, dann weißt du, was dir passiert.“

(Fortf. folgt.)

„Er“ der lila Mann bringt Ihnen etwas!

Verbindlichkeitserklärung

Brauns gegen Metallarbeiter Verbindlichkeitserklärung trotz schärfsten Protestes der DMV-Vertreter

Leipzig, 10. Mai.

Am Mittwoch hat der Reichsarbeitsminister die am 4. und 5. Mai für die Metallindustrie der Tarifgebiete Sachsen und Leipzig gefällten neuen drei Schiedsprüche für verbindlich erklärt. Die Volkszeitung hat von der zu erwartenden Verbindlichkeitserklärung ihren Lesern schon vorgerstern Kenntnis gegeben. Die Sächsische Arbeiterzeitung fühlte sich dadurch veranlaßt, uns und die „reformistischen“ Gewerkschafts-Leitungen anzuklagen, daß wir eben durch unser „Bündnis mit dem kapitalistischen Schlichtungssystem“ sehr gut über die Absichten des Reichsarbeitsministeriums unterrichtet seien. Noch besser als allerdings das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, „Die Rote Fahne“, unterrichtet und dementsprechend in noch engerer Fühlung mit dem Reichsarbeitsministerium gewesen sein. Die „Rote Fahne“ hat nämlich bereits am Montag eine Meldung erhalten, in der die Nachverhandlungen zwecks Verbindlichkeitserklärung der Metall-Schiedsprüche angekündigt wurden.

Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin waren von dem Gegenteil dessen beherrscht, was die Sächsische Arbeiterzeitung der „reformistischen Niedertarifenstrategie“ immer wieder nachsagt. Die „Gewerkschaftsbureaunkratie“ hat die Berliner Verhandlungen nicht dazu benützt, „den Arbeitern in den Rücken zu fallen“, hat nicht „geholfen, mit der Verbindlichkeitserklärung den Kampf abzuwürgen“. Die „mit dem kapitalistischen Schlichtungssystem verbündete sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaunkratie“ hat die Nachverhandlungen in Berlin im Gegenteil dazu benützt,

das Reichsarbeitsministerium mit aller Energie darauf hinzuweisen, daß unter keinen Umständen eine Verbindlichkeitserklärung erfolgen dürfe.

Der Genosse Leichgräber-Dresden, der die Interessen der für das Tarifgebiet Sachsen in Frage kommenden Metallarbeiter zu vertreten hatte, hat mit aller Entschiedenheit betont, daß eine Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedspruchs für das Tarifgebiet Sachsen nicht einmal rechtmäßig zu halten sei. Auch der im Reichsarbeitsministerium gefällte neue Lohnschiedspruch stehe im Gegensatz zu Bestimmungen des vom Reichsarbeitsministerium bereits verbindlich erklärten Manteltarifvertrages. Genosse Leichgräber hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die sächsischen Metallarbeiter eine trotzdem erfolgende Verbindlichkeitserklärung als eine Rechtsbeugung durch das Reichsarbeitsministerium zugunsten der Unternehmer betrachten müssen.

In derselben Weise haben die Vertreter der Leipziger Metallarbeiter keinen Zweifel darüber gelassen, wie sie eine Verbindlichkeitserklärung bewerten würden. Der Genosse Schäfer hat insbesondere darauf aufmerksam gemacht,

daß die Phrase vom öffentlichen Interesse ein doppeltes Gesicht habe. Im Jahre 1926 seien in Leipzig mehr Metallarbeiter arbeitslos oder Kurzarbeiter gewesen, als jetzt Ausgesperrte vorhanden seien. Damals habe kein Reichsarbeitsministerium es für nötig gehalten, im öffentlichen Interesse in der Leipziger Metallindustrie einzugreifen. Jede Willkür sei damals den Leipziger Metallindustriellen möglich gewesen und nachgesehen worden. Heute werde auf einmal ein öffentliches Interesse angenommen, um damit die Metallarbeiter in ihrem Kampfe schädigen zu können.

Nach den Zusagen, die der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften gegeben habe, dürfe der Schiedspruch für Leipzig unter keinen Umständen verbindlich erklärt werden. Er dürfe um so weniger verbindlich erklärt werden, als die Leipziger Leitung des Metallarbeiter-Bundes dafür garantieren könne, daß auch ohne Verbindlichkeitserklärung der Kampf in Leipzig in kürzester Frist zu Ende gehen werde.

Wenn nämlich die Leipziger Metallindustriellen ihre Spekulation auf die Verbindlichkeitserklärung aufbauen werden sehen, so würden sie sofort freie Verhandlungen erstreben und bereit sein, höhere Zugeständnisse an die Metallarbeiter zu machen.

Unter diesen Umständen könne eine Verbindlichkeitserklärung nicht anders als eine Parteinahme zugunsten der Metallindustriellen gewertet werden.

Dieses Verhalten der Führung des Metallarbeiter-Bundes in Sachsen steht im schärfsten Gegensatz zu den gemeinen Verbindlichkeiten und Verleumdungen, die von der kommunistischen Presse und von kommunistischen Rednern ständig gegen die verantwortlichen Leiter des DMV geschleudert werden. Was sich in dieser Beziehung die Sächsische Arbeiterzeitung in ihrer Mittwochnummer leistet, das ist wirklich mehr, als selbst der gutmütigste und gefühlsmäßig den Kommunisten einen Rest von Zuneigung gewährenden Metallarbeiter erträglich finden sollte.

Die Volkszeitung hat vorgestern der SAZ über ihr Verhalten ein paar kritische Worte gesagt. Im allgemeinen schenken wir dem Blatte keine große Beachtung. Nun tut die SAZ so, als ob wir sie wichtig nähmen. Sie behauptet: „Die SAZ speit Gift und Galle gegen uns.“ Ach nee! So wichtig nehmen wir die SAZ nicht, daß wir Gift und Galle gegen sie produzieren müßten. Den Kraut- und Rübenpolitikern in der Eisenstraße gebührt nur eine spöttische Behandlung. Deshalb muß doch festgestellt werden, daß die SAZ wieder einmal ganz bedenklich schwindelt. Das Blatt behauptet: „Die Ablehnung der Leipziger Metallarbeiter ist ein fast einmütiges Bekenntnis zum Kampf über die Verbindlichkeitserklärung hinaus.“ Das glauben die Leute in der Eisenstraße natürlich selbst nicht. Die Ablehnung galt lediglich der Frage: Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches? Darüber, was nunmehr zu geschehen hat, entscheiden am Freitagvormittag 10 Uhr in einer Versammlung im Volkshaus die gewählten Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Bundes.

Wie wir schon erklärt haben, ist gerade augenblicklich den Arbeitern die politische Möglichkeit geboten, über die Schlichtungspraxis eine Entscheidung herbeizuführen. Es ist uns natürlich nicht eingefallen, wie es die SAZ nach dem berühmten Grundsatz

„Legst du nicht aus, so legst du unter“

fälscht, zu meinen, „daß der Wahlkampf durch den Metallarbeiterstreik nicht gestört werden dürfe.“ Nicht mit Rücksicht auf den Wahlkampf sind wir der Meinung, daß im Augenblick die Situation für einen gewerkschaftlichen Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung nicht gegeben sei. Wir sind dieser Meinung, wie wir bereits deutlich genug zu erkennen gaben, nur deshalb, weil die Schlichtungspraxis in erster Linie — das haben selbst die Kommunisten oft genug betont — eine politische Angelegenheit ist, gegen die jetzt eine politische Wirkungsmöglichkeit durch die Reichstagswahl gegeben ist, und gegen die das gewerkschaftliche Mittel des Troststreiks erst dann zu gegebener Zeit und unter ent-

sprechenden Umständen in Anwendung gebracht werden sollte, wenn die politische Wirkungsmöglichkeit verjagt.

Wir begreifen, daß es den Kommunisten unangenehm ist, daß nicht trotz Verbindlichkeitserklärung weiter getreibt werden soll. Die Internationale Arbeiterhilfe hat sich mit ihrem Aufruf „zur Unterstützung der Metallarbeiter“ etwas verspätet. Man hat seitens der KPD die Gelegenheit, auf dem Umwege über die IAW den Wahlfonds der KPD zu stärken, versäumt. Nun läme den guten Leuten selbst ein nur teilweiser Streik gegen die Verbindlichkeitserklärung sehr zu statuen, um doch noch Geld zum Anzuräumen.

Die Bedürfnisse des kommunistischen Wahlfonds, das sind die treibenden Kräfte in der augenblicklichen Hege der KPD gegen die „Gewerkschaftsbureaunkratie.“ Das sind die wirklichen Motive für die Propaganda einer Durchführung des Kampfes „gegen den Willen der reformistischen Verbandsleitung.“

Diese „reformistische Verbandsleitung“ beweist inzwischen den Metallarbeitern, daß sie die Hilfe der IAW nicht braucht. Für Leipzig wird für diese Woche der Lokalausflug für die Ausgesperrten verdoppelt. Auch für die nur erst 18 bis 26 Wochen organisierten ausgesperrten Metallarbeiter wird ein Zuschlag gewährt.

Im übrigen beweist auch das Vorgehen des Leipziger Konsumvereins, daß den Metallarbeitern andere und bessere Hilfsmittel zur Verfügung stehen als die IAW.

Unterstützung der Metallarbeiter

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg., e. G. m. b. H., hat sich entschlossen, seinen Mitgliedern, soweit sie von der Metallarbeiter-Aussperrung betroffen worden sind, eine Beihilfe zu gewähren.

Wie aus der Anzeige in der heutigen Nummer unserer Zeitung ersichtlich ist, erhalten ausgesperrte Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen eine Vergütung von 3 M. bei Entnahmen von Wirtschaftsgütern an den Vormittagen der beiden letzten Tage dieser Woche.

Der Kampf am Rhein

Kohlenzufuhr eingestellt

Im Duisburg, 10. Mai.

Das Kohlenquendikat hat angeichts des in der Rheinschiffahrt herrschenden Streikterrors (1) mit Wirkung vom 10. d. M. die Kohlenzufuhr zu den Duisburg-Ruhrorter Häfen eingestellt. Der Verkehr in diesen Häfen kommt damit völlig zum Erliegen.

Textilstreik in Württemberg?

Im Stuttgart, 9. Mai.

In der am heutigen Mittwoch hier stattgefundenen Konferenz der württembergischen Textilarbeiterchaft ist eine Entscheidung angenommen worden, die sich gegen das Verhalten der Arbeitgeber bei der letzten Lohn- und Tarifverhandlung wendet, die von den Verbandsleitungen der Textilarbeiter eingeleiteten Maßnahmen gutheißt und den einstimmigen Beschluß der Konferenzteilnehmer mitteilt, in den Kampf einzutreten. Infolge der kurzen Vorbereitungszeit sollen am nächst zulässigen Kündigungszeitpunkt die Kündigungen nur für die Betriebe bzw. Abteilungen eingereicht werden, bei denen die technische Durchführung bis dahin möglich ist. Die Verbände der Maschinisten und Heizer, der Metallarbeiter, der Handwerker und Werkmeister haben sich mit der württembergischen Textilarbeiterchaft solidarisch erklärt, so daß an dem kommenden Kampf alle Berufsgruppen beteiligt sind.

1828
10. MAI

1928
10. MAI



100 JAHRE
NAUMANN-BIER



Aus der Umgebung

X Anaukleeberg. Aus dem Gemeindeparlament. In Stelle des ausgeschiedenen Gemeindevorordneten Brösdorf, wurde der Gemeindevorordnete Kriebner eingeführt. — Als 2. stellvertretender Bürgermeister, wurde Gemeindevorordnete Sad gewählt. — Wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Siedlungsplanes mit den Nachbargemeinden, soll eine Verkehrsplanung an einigen Straßenpunkten vorgenommen werden. Hierzu bewilligte man 50 Mark Kostenbeitrag. — Von einer Einladung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden zu einer Versammlung nahm man Kenntnis. — Aus einer Mitteilung der Luftenbahn-K.G., entnahm man, daß z. B. an eine Straßenbahn-Verbindung mit Leipzig, nicht gedacht werden kann. — Dem Probeverkehr auf der Kraftverkehrsline Leipzig—Anaukleeberg—Zwenkau, ab 15. Mai cr. stimmte man, unter Aebnahme der Garantie summe von 10 Mark je Monat, zu. In Anaukleeberg werden 2 Haltestellen errichtet. Eine am Forsthaus und eine am Bahnhof Anauthain. — Die Eröffnung des Fortunabades, das von jetzt ab wieder durch die Gemeinde bewirtschaftet wird, soll am Sonntag, dem 13. Mai, erfolgen. Die notwendigen Mittel für die Anlagen — Unterhaltung des Bades — wurden bewilligt.

Deßau-Maritzkeberg. Eine Sitzung der Gemeindevorordneten beschäftigte sich in langer Beratung mit nur einem Tagesordnungspunkt: Anlauf der Einseitigen Fabrik. Die Besitzer der graphischen Kunstanstalt Einzel u. Co. (Hauptinhaber Arno Pries) verlegen den Betrieb nach Leipzig. Sie haben das Fabrikgebäude und den dazugehörigen Grundbesitz der Gemeinde zum Kauf angeboten. Die Gemeindevorordneten beschloffen den Anlauf. In das Gebäude werden eingebaut: das Volksbad, Räume für die Verbandsfortbildungsschule, Räume für den Kinderhort, die Schulturnhalle. Außerdem werden die Geräte der Feuerwehr dort untergebracht. Die günstige Lage des Grundstücks ermöglicht es, dem Ortsteil Deßau einen freien Platz zu geben vor dem Rathaus. Leicht war die Entscheidung den Gemeindevorordneten nicht, ist doch Einzel u. Co. das einzige Industrieunternehmen am Orte, das eine größere Belegschaft zücht.

Beucha. Aus der Gemeindevorordnetenitzung. Der Autobesitzer Jshorn ersucht um Entbindung von seinem Mandat. Die Vorordneten stimmen einmütig zu. In seine Stelle rückt der Gutsbesitzer Berg. — Die Gemeinde Albrechtshain beschwert sich über die „schlechte“ Beschaffenheit des Leitungswassers. Unzählige Male hat sich die Gemeindevertretung mit der Anlegung einer Ent-

cienungsanlage befaßt. Eine in letzter Zeit vorgenommene Leitungswasseruntersuchung ergab zwar einwandfreies Trinkwasser, trotzdem macht sich eine Anlage zur Reinigung des Leitungswassers notwendig. Kosten-Anschläge über eine Reinigungsanlage sind unverzüglich einzuholen, damit die Abwässer baldigst behoben werden können. Der technische Ausschuß soll sich eingehend und tatkräftig um diese Angelegenheit kümmern. Die bereits vor einem Jahr beantragte Wahl eines stellvertretenden Wassermeisters ist bis heute noch nicht erfolgt. Wohl aber wird festgestellt, daß unberufene Personen in Abwesenheit des Wassermeisters die Pumpanlage bedienen. Das wird scharf verurteilt. Der Bürgermeister dürfe derartige auf keinen Fall zulassen. Hierbei wird zum 2ten Male hervorgehoben, daß sich der Bürgermeister sehr wenig oder meistens gar nicht um die Ausführung der gefassten Beschlüsse bemüht. Das wird ihm auch von bürgerlicher Seite recht deutlich nachgesagt. — Ein Gesuch um Erlass der Hundsteuer für 1928 wird einstimmig genehmigt. — Ein Beihilfengesuch wird abgelehnt. — Die Bewilligung eines Kostenbeitrags zur Weiterbildung eines Desinfektors wird zurückgestellt. — Die Aborlanlage auf dem Sportplatz ist trotz eines früheren Beschlusses noch nicht in Ordnung gebracht. — Im Vorjahre wurde eine Badeanlage im Rohbau errichtet. Dank der „aufopfernden“ Tätigkeit des Bürgermeisters wird der Badebetrieb im Laufe dieses Jahres schließlich aufgenommen werden. Hindernis auf der ganzen Linie Herr Bürgermeister! Werden die Gelder der Gemeinde deshalb ausgegeben, um die auf der anderen Seite ungenutzt liegen zu lassen? Wer ist der Schuldige? Der Bürgermeister „soll“ nun sofort dafür sorgen, daß das Bad in der geplanten Weise ausgebaut wird. Wird es auch gechehen? — Die Wegebeschlüßungsarbeiten in diesem Jahre sollen durch die Gemeinde selbst ausgeführt werden, entgegen der bisherigen Vergabung an Unternehmer.

Pflöß. Schadenfeuer. In der Dienstagnacht entstand in der Geflügelfarm Ködel ein bedeutendes Schadenfeuer. Das an das Wohnhaus angrenzende Wirtschaftsgebäude wurde zum größten Teil eingeeäschert.

Großsch. Vollständig geklärt. Wir berichteten vor einigen Wochen an dieser Stelle, daß die Kommunisten, wie überall, so auch hier, mit dem Antrag einer gemeinsamen Maifeier an Kartell und SPD herantraten, daß auch zweimal hierüber verhandelt wurde. Wenn die Verhandlungen ergebnislos verliefen, so deshalb, weil ersichtlich wurde, daß den Kommunisten aus parteipolitischen Gründen an einer gemeinsamen Sache gar nichts gelegen sein konnte und weil ja ihre Hauptaufgabe immer noch die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, was sie präzis durch ein örtliches Flugblatt in dieser Sache bewiesen. Aber das sind noch nicht alle Gründe des Scheiterns der gemeinsamen Maifeier. Den ausschlaggebenden Grund war ja erst am 1. Mai mit aller Deutlichkeit erkennbar, und zwar so: die hiesigen KPDisten stehen samt und sonders unter dem Einfluß ihres Parteigenossen Heinrich Weiß. Dieser hundertprozentige Kommunist hat am 1. Mai gear-

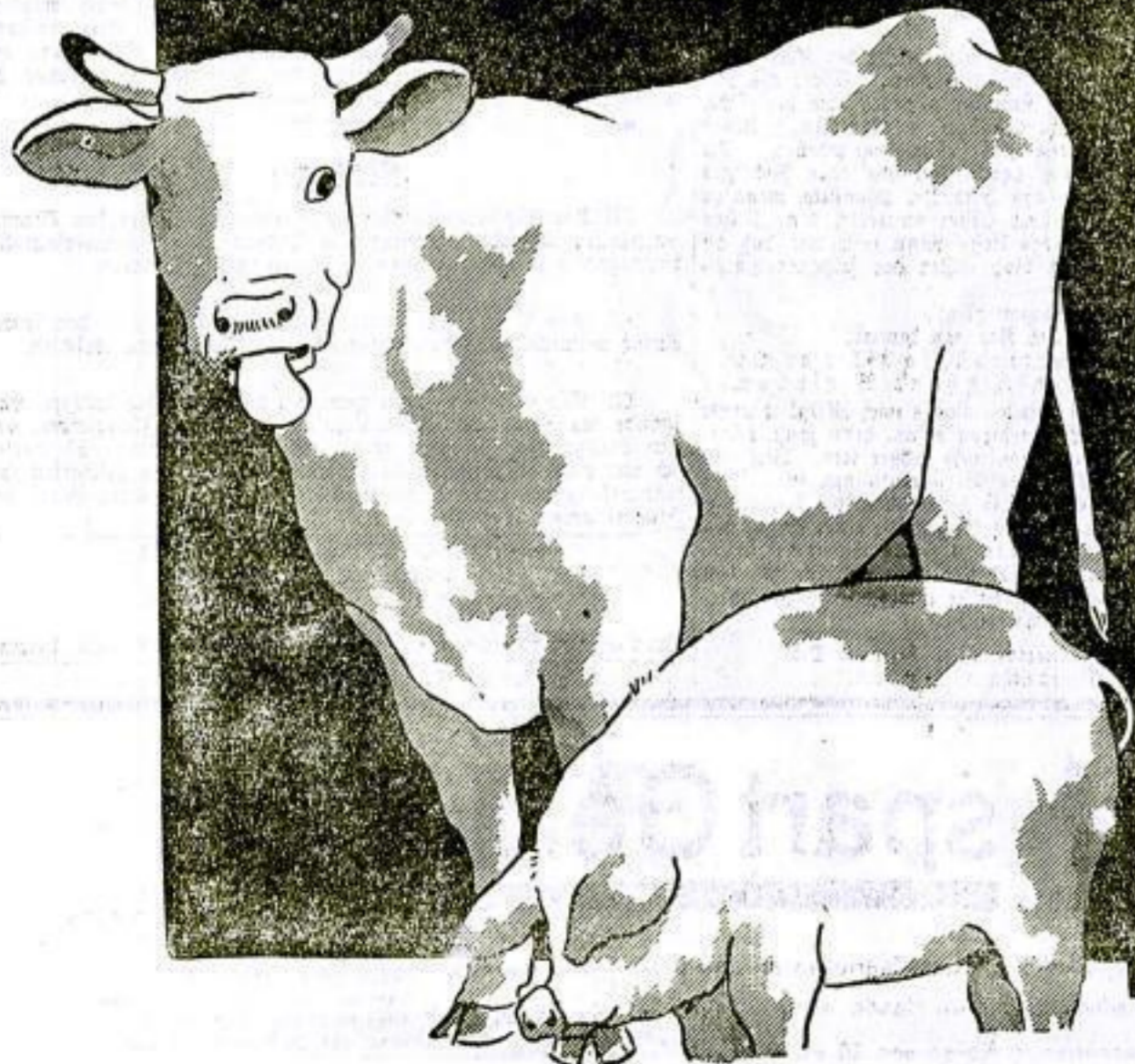
bietet. Die Arbeitsstelle des W. befindet sich im nahen thüringischen Städtchen Luda und dort gilt bekanntlich der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag. Uns ist aber bekannt, daß der größte Teil der Ludaer Arbeiterschaft den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten. Das hindert aber den revolutionären Handlungsgehilfen Heinrich Weiß nicht, seine Arbeitskraft den Ludaer Kapitalisten willig am proletarischen Weltfeiertag zur Verfügung zu stellen.

So ist nicht das erste Mal, daß dieser Mann die proletarischen Befehle im Stiche ließ. Wir erinnern uns noch genau an die Tage des Rapp-Putsch, wo seine Parteifreunde hierorts von Fabrik zu Fabrik zogen, um eine Verlängerung des erfolgreich beendeten Generalstreiks zu erzwingen, um die Weltrevolution vorwärts zu treiben. Schon damals war Weiß ein mehr als eifriger Kommunist, was ihn aber nicht abhielt, auch während des Generalstreiks seiner Arbeit in Großschichtenden nachzugehen. Uebrigens ist der Mann auch ein Fürstentum. Anders ist beim besten Willen seine Haltung bei der Fürstenabfindung nicht zu erklären. Obwohl in die Wählerliste eingetragen, hat er von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht. Des weiteren macht ihn seine Sozialistenreflexe vollständig taub gegen alle vernünftigen Einwände. Bei den letzten Wahlen referierte ein hiesiger Genosse in einer benachbarten Gemeinde. In der Diskussion trat ihm der unvermeidliche Weiß mit der Behauptung entgegen, daß unser Genosse in seiner Eigenschaft als Mitglied des Großschichters Wohnungsausschusses Wohnungszuschüben begünstigt habe. Seine anwesenden Parteifreunde machten ihn sofort auf eine vorliegende Namensverwechslung aufmerksam. Half alles nichts; einmal im Schwung, wird alles was mit der Sozialdemokratie im Zusammenhang steht, nach Strich und Faden heruntergerissen. Als letzthin Genosse Saube, Leipzig, über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach, durfte natürlich Weiß nicht fehlen, seinen Schmutzklub über unsere Partei zu entleeren. Genosse Saube sah sich in seinem Schlusswort gezwungen, ihn einen unvorsichtigen Schwindler zu nennen.

Damit ist die Charakterisierung dieses kommunistischen Maulaufreißers durchaus noch nicht erschöpft. Für gewöhnlich halten wir es so, uns so wenig wie möglich mit diesen Leuten zu beschäftigen, weil wir der Ansicht sind, daß sie sich auf ihre Art selbst abwickeln. Wenn wir diesmal aus unjeter Reserve herausreten, so deshalb, um unseren Genossen die eigentlichen Ursachen der gescheiterten gemeinsamen Maifeier darzulegen und vor allem die kommunistischen Praktiken in allen Dingen aufzuzeigen. So bitter notwendig wir einen Zusammenstoß des Gesamtproletariats halten und auch kommen sehen, so entschieden lehnen wir einen Heinrich Weiß recht und für immer in dieser Gemeinschaft ab.

Haemorrhoidenleidende sind dankbar nach dem Gebrauch von Apotheker Lauensteins Haemorrhoidal-Salbe, Pillen und Tee. Allein echt Köntz-Salomo-Apotheke 17 (Ecke Nikolaistraße) Postversand Grimmische Straße

Fleisch und Lebensmittel gut und überaus preiswert.



Ochsenfleisch Schweinefleisch

Brust mit Knochen	1 Pfd. 95 ♂
Hohe Rippe	1 Pfd. 1.10
Goulasch	1 Pfd. 1.25
Schmorfleisch ohne Knoch. 1 Pfd.	1.45

Bauch	1 Pfund 85 ♂
Keule	1 Pfund 90 ♂
Gehacktes	1 Pfund 1.10
Koteletten	1 Pfund 1.30

Querrippe 1 Pfd. 90 ♂

Felles Schweinefleisch zum Anbraten 1 Pfd. 60 ♂

Hammelfleisch

Kalbfleisch

Bauch	1 Pfund 1.15
Ragout	1 Pfund 1.15
Rücken	1 Pfund 1.40
Keule	1 Pfund 1.50

Brust	1 Pfund 1.20
Niere	1 Pfund 1.30
Keule	1 Pfund 1.30
Wickelbraten	1 Pfund 1.30

Pöselbauch 1 Pfd. 80 ♂
Pöselkeule 1 Pfd. 1.00

Pfefferfleisch 1 Pfd. 95 ♂

ZurSalatbereitung

Wurstwaren

Fischkonserven

Salatöl, ausgewogen	1 Pfd. 58 ♂
Erdnußöl, 1/4-L.-Fl. 1.70	
Muskatnüsse, 6 Stück 20 ♂	
Surot-Essig 1/4-Flasche 45 ♂	
Weiness., Trög., 1/4-Fl. 60 ♂	
Essigessenz, braun o. wß. Flasche 60 ♂	
Estrag.-Weiness., 1/4-Fl. 85 ♂	
Neue Nier.-Kart., 3 Pf. 95 ♂	
Matjesheringe, 4 Stk. 95 ♂	
Mayonn., ausgew. 1 Pf. 1.40	

Hausmacher Sülze 75 ♂	
Harta Knackwurst 1.55	
Schinkenspeck 1.55	
Kassl. Rippensteak 1.55	
Cervelat- oder Salamiwurst 1.68	
Plockwurst 1.68	
Blut- oder Leberwurst 1 Pfd. 70 ♂	
Hausmacher Blut- oder Leberwurst 1 Pfd. 1.00	
Sülzerwurst 1 Pfd. 80 ♂	
Eisbein ohne Knochen 1-Pfd.-Dose 1.10	
Schwarzfl. 1 Pfd. 1.10	
Knackwurst, polnische Art 1 Pfd. 1.40	
Mettwurst, braunschw. Art 1 Pfd. 1.40	

Ochsenmaul-Salat	1-Pfd.-Dose 50 ♂
Seelachs-Schnitzel, ca. 450-g.-Dose 60 ♂	
Oelsardinen	Dose 50 ♂
Brieslinge in Oel oder Tomate	Dose 60 ♂
Heringfiletsstücke in Remoulade	Dose 1.10, 65 ♂
Rollmöpse i. Rem. Ds. 75 ♂	
Heringe i. Gelée, D. 88, 78 ♂	
Heringafil. i. Oel, Ds. 85 ♂	
Amerik. Salm	Dose 95 ♂
Italienisches Olivenöl	Kanne 3.50, 1.80, 95 ♂
Pilchard i. Tom. D. 1.35	
Dreifisch in Gelée	1/4-Liter-Dose 1.45
Langousten	ca. 300-Gr.-Dose 2.40

Frisch. Sparg., 1 Pf. 1.00	
Schink., roh, 1/2 Pfd. 55 ♂	
Neue Salatgurken	Stück 75, 50 ♂
Frisch. Ananas i. Ganz.	1 Pfd. 1.45

Kolonialwaren

Speck ger. 1 Pfd. 95 78 ♂	
Rindergulasch	1-Pfd.-Dose 1.00
Pökelfleisch (gek. Vrd.-Schinken) 1/2 Pfd. 40 ♂	
Gek. Schink 1/2 Pfd. 50 ♂	

Suppeneinlagen, Pak. 25 ♂	
Weizengriß	1 Pfd. 32 ♂
Eierschnitznud., 1 Pfd. 45 ♂	
Hartgriß-Makkaroni,	1-Pfd.-Paket 48 ♂
Linsen	3 Pfd. 88 ♂
Weiß. Bohnen, 4 Pfd. 95 ♂	
Haferflocken, 3 Pfd. 95 ♂	
Kartoffelmehl 3 Pfd. 95 ♂	
Vollreis	4 Pfd. 95 ♂
Bruchreis	5 Pfd. 1.—
Palnareis	3 Pfd. 1.—
Sultanen	1 Pfd. 45 ♂
Backpflaumen, 3 Pfd. 95 ♂	

Gemüse-Konserven

Puddingpulv. m. vseh. Geschm., 1/2-Pfd.-P. 25 ♂	
Weizenmehl, 4 Pfd. 88 ♂	

Karotten, geschnitten,	2-Kilo-Dosen 75 ♂
Jg. Schnittbohnen 65 ♂	
Prinzebohnen	95 ♂
Gemüse-Erbsen	60 ♂
Kaiserschoten	1.75
Champignons	2.50

Verschiedenes

Orangen-1-Pfd.-Gl. 70 ♂	
Konfitür, 2-Pfd.-E. 1.20	
Himbeer-Johannisbeer-Konfit. 1-Pfd.-Gl. 78 ♂	

Birnen, halbe Frucht,	1/2-Kilo Dose 1.20
Hawai-Ananas,	1/2-Kilo-Dose 1.25
Aprikos., halbe Frucht,	1/2-Kilo-Dose 1.25

Fette und Käse

Margarine	1 Pfd. 45 ♂
Rindertalg	1 Pfd. 48 ♂
Cocos-Speisefett, 1 Pf. 58 ♂	
Schweineschmalz, amerik.	1 Pfd. 78 ♂
Vollmilch	Dos. 95 ♂
Tils.Käse, halbf. 1 Pfd. 88 ♂	
Schweizer-Käse 1 Pfd. 1.48	
Molkereibutter 1/2 Pfd. 95 ♂	
Allerfeinste Molkereibutt.	1/2 Pfd. 1.05

Vollrahmmilch	große Dose 50 ♂
Echter Emmentaler, o. Rinde	Karton 95 ♂

Stachelbeer-Konfitüre,	2-Pfd.-Eimer 95 ♂
Himbeersaft, 10-Pfund-Kanne	5.50

ALTHOFF



Wer kann mit Wahlschein wählen?

Wer sich am 20. Mai aus triftigen Gründen außerhalb seines Wahlbezirks befindet, kann in einem anderen Wahlbezirk wählen. Er muß jedoch nachweisen, daß ihm entweder die Berufsausübung die Wahl in seinem Wahlbezirk unmöglich macht, zumindest aber sehr erschwert. Die Erledigung wichtiger privater oder öffentlicher Angelegenheiten, Dienstreisen von Beamten, ferner Reisen zu Erholungszwecken, nicht aber Ausflüge oder reine Vergnügungsreisen, berechtigen zur Wahl in einem anderen Wahlbezirk. Auch im Auslande befindliche Wahlberechtigte können mittels Wahlscheins wählen, wenn es ihnen möglich ist, am Wahltag in der für die Wahl angelegten Zeit in irgendeinem deutschen Orte ein Wahllokal zu erreichen.

Wer nach Schluß der Wählerlistenausgabe, also nach dem 6. Mai, seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat, kann ebenfalls mittels Wahlscheins wählen. Ebenso wer infolge körperlichen Leidens oder Gebrechens ein günstiger gelegenes Wahllokal aufsuchen will. Wer einen Wahlschein hat, kann ohne weiteres in jedem beliebigen Wahlkreis, Wahlbezirk oder Wahllokal seine Stimme abgeben. Voraussetzung für die Erlangung eines Wahlscheins ist allerdings, daß der Antragsteller in der Wahlliste eingetragen ist. Nur wer nachzuweisen vermag, daß triftige Gründe ihn hinderten, in der Zeit der öffentlichen Auslage die Wählerlisten einzusehen, kann, ohne daß sein Name in der Wählerliste steht, auf Antrag einen Wahlschein erhalten.

Die Wahlscheine werden in den Städten im Wahlamt ausgestellt, in den Gemeinden auf dem Gemeindeamt. Wer die Ausstellung eines Wahlscheins beantragen will, hat sich mit den erforderlichen Anweisungspapieren, z. B. Paß, Geburtschein, Wohnungsmeldeschein, Angestellten- oder Invalidenversicherungskarte, zu versehen. In dringenden Behinderungsfällen können auch Angehörige den Wahlschein besorgen. Der Antrag kann auch brieflich eingereicht werden. Auch in diesen Fällen ist selbstverständlich hinreichender Personalausweis beizulegen.

Wir erwarten, daß die Behörden nicht feindselig verfahren. Sie haben die Pflicht, die Ausübung des Wahlrechts jedem nach besten Kräften zu erleichtern. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß in größeren Gemeinden die Annahme von Anträgen zur Ausstellung von Wahlscheinen bereits am vorletzten Tage vor der Wahl, also für den 18. Mai, geschlossen werden kann. Aus diesen Gründen, aber auch um die Erledigung der Arbeit der Wahlscheinausstellung nicht auf die letzten Tage zusammenzubringen, ist jedem Wähler, der auf einen Wahlschein reflektiert, rechtzeitige Einleitung der erforderlichen Schritte dringend zu empfehlen.

Deutschnationale Freiheit

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen hat die Ortsgruppen angewiesen:

Wahlpapieren zu stellen,

u. s. in die Versammlungen Redner zu entsenden, die von Politik nichts zu verstehen brauchen, denen nur bestimmte Sätze eingepaukt worden sind;

Hebertskolonnen zu entsenden.

Wörtlich heißt es in der Anweisung: „In der Nacht vor der Wahl, sowie in den frühen Morgenstunden des Wahltages sind Hebertskolonnen anzusetzen, sie fleben unsere letzten Plakate, entfernen die gegnerischen Plakate (mit Ausschluß der Plakate, die überleben sie mit eigenen Plakaten. Man kann dem gegnerischen Plakat auch die Wirksamkeit nehmen, indem man sie mit roten Querstreifen überzieht, die irgendeine drastische Inschrift tragen.“

Weiter haben sie angeordnet:

Am Wahltag

den politischen Führern der anderen Parteien im Wahllokal die Arbeit aufzubürden, um sich für die Wahlscheinarbeit freizumachen.

Parteiengenossen, Parteigenossinnen! Verhindert die Durchführung dieser Anweisung, sichert die Plakate der Partei. Der Bezirksvorstand der SPD Leipzig.

Sächsische Staatsbeihilfe für Schwangere

Jede Schwangere, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei dem Knappschaftsverein gegen Krankheit versichert ist und deren Mitgliedschaftsbauer in den letzten 2 Jahren vor der Niederkunft mindestens 10 Monate hindurch, im letzten Jahr vor der Niederkunft aber mindestens 6 Monate hindurch betragen hat, erhält die Leistungen der Wochenhilfe.

Das Wochenlohn wird allen versicherten Schwangeren mit der 4. Woche vor der Niederkunft gewährt. Der Wochenlohnbetrag vor der Niederkunft wird jedoch um 2 Wochen verlängert, wenn die Schwangere 6 Wochen vor der Entbindung ihre Arbeit niedergelegt hat.

Auf Beschluß des sächsischen Landtages wird nun den schwangeren Arbeiterinnen, die bereits 6 Wochen vor der Niederkunft ihrer Arbeit einstellen, eine Beihilfe von 1,50 Mark für den Kalendertag gewährt, also auch für Sonn- und Feiertage. Und zwar wird diese Beihilfe von 1,50 Mark für die 8. und 7. Woche gewährt.

Von der 6. Woche bis zur Geburt wird die Staatsbeihilfe ebenfalls gewährt, jedoch mit der Einschränkung, daß während dieser Zeit nur der Differenzbetrag zwischen den Bezügen der Krankenkasse und dem Betrag von 1,50 Mark für den Kalendertag gezahlt wird. Erhält z. B. eine Schwangere von der Krankenkasse nur ein tägliches Wochenlohn von 1 Mark ausgezahlt, dann wird ihr durch die Staatsbeihilfe ein täglicher Zuschußbetrag von 50 Pfennig gewährt. Meistens beträgt das tägliche Wochenlohn, das die Krankenkasse zahlt, die Höhe des täglichen Wochenlohn. Der tägliche Mindestlohn des Wochenlohn beträgt mindestens 50 Pfennig betragen.

Die Staatsbeihilfe zum Wochenlohn wird die Zeit von der 6. Woche bis zur Geburt wird aber nur denjenigen versicherten Schwangeren gewährt, die bereits vor der 6. Woche der Niederkunft

Sozialversicherung - Reichstagswahlen

Daß den Bürgerblockpolitikern nicht besonders wohl ist, wenn ihnen jetzt bei der Generalabrechnung ihr Mangel an Willen und Fähigkeit, auf dem Gebiete der Sozialpolitik für die Arbeiterklasse etwas Durchgreifendes zu schaffen, vorgeworfen wird, ist ebenso selbstverständlich wie ihr Bestreben, jetzt ihre arbeiterfeindliche Haltung möglichst zu beschönigen und sich als wahre Unschuldsengel hinstellen zu lassen. Gegenüber der aus Arbeiterkreisen kommenden Kritik an dem Gebaren der bürgerlichen „Sozialpolitik“ wird die gesamte Arbeiter- und Jugendpresse in Bewegung gesetzt, die rühmen muß, wie herrlich weit wir es insbesondere in der Sozialversicherung gebracht haben. Streng verschwiegen wird natürlich dabei, daß die geringen Verbesserungen, die in der Zeit des letzten glorreichen Reichstages erreicht wurden, von der Sozialdemokratie gegen den Willen der Bürgerblockträger durchgesetzt werden mußten. In Wirklichkeit ist die von einem gewissen Dr. Lind in Danzig mit seinen vom Bürgerturn rasend gefakten Schriften in die Welt gesetzte „ärztliche“ Unverschämtheit, daß die ganze Sozialversicherung nichts anderes als eine Reihe von Prämien auf die Faulheit und Unmoral der Arbeiter sei, schon längst zum geläufigen Gemeingut der industriellen und agrarischen Scharmacher und ihrer literarischen Handlanger geworden. Nur soll jetzt vor den Wahlen davon kein Gedächtnis gemacht und verheimlicht werden, weshalb feindliche Pläne schon seit langer Zeit ausgeteilt wurden, um die ganze Sozialversicherung gründlich zu verhungern und sie den Arbeitern zu verweigern, damit die ehrenwerten „Arbeitgeber“ die „Sozialkassen“ in der Tasche behalten können. Denn auch nicht ein einziger Unternehmer denkt daran, den Teil des Arbeitslohnes, den er jetzt für die „Zwangsvversicherung“ zu zahlen hat, in Form einer freiwilligen Lohnerhöhung „seinen“ Arbeitern direkt zugutekommen zu lassen. Für das gesammungstüchtige Unternehmertum handelt es sich nicht darum, die mit der bestehenden gesellschaftlichen Anordnung verbundenen sozialen Uebelstände zu mildern oder gar zu beseitigen, sondern nach Möglichkeit zu verhindern, daß diese Uebelstände an die gesellschaftliche Oberfläche treten und damit in der Öffentlichkeit entsprechend gewürdigt werden.

Wohl der ideell bedeutendste Vorzug der Sozialversicherung ist die tatsächliche Erhaltung der Kostfälle in der Arbeiterklasse, wie sie durch die ganze praktische Geschäftstätigkeit der sozialen Versicherungsanstaltungen bewirkt wird. Sie zeigt, was ist. Alle Schamzügel der Schönredner versagt gegen die lapidare zahlenmäßige Feststellung des Elends, in dem der Arbeiter seine Tage zu verbringen hat. Die Krankheitsziffer und die hohe Sterblichkeit unter den Arbeitern und ihren Kindern zeigt die Herrlichkeit der Welt ebenso drastisch auf, wie die fabelhafte Zahl der zum größten Teil vermeidbaren Betriebsunfälle, denen unsere Arbeiterklasse immer noch Tag für Tag ausgesetzt ist und dabei Leben und gesunde Knochen lassen muß.

Eine wahre Fundgrube für das soziale Studium bietet uns aber in diesen Tagen erstrebene Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig für das Jahr 1927, dessen sicherlich wertvollster Teil in seinen umfangreichen und sorgfältigen statistischen Aufzeichnungen besteht, aus denen nicht nur hervorgeht, in welcher gewaltigen Maße die Leipziger Bevölkerung an dieser Versicherungsanstaltung interessiert ist, sondern die auch erkennen lassen, unter welchen unzulänglichen und fährlichen sich das Arbeitslohn der wertvollen Bevölkerung abwickelt, denn jede der vielgestaltigen positiven Tätigkeiten der Ortskrankenkasse hat zur Voraussetzung, daß die gesetzmäßigen Bedingungen für ein Eingreifen der Kasse erfüllt sind. Wer Statistik zu lesen versteht, dem ver-

mittelt dieser Bericht soziale Erkenntnis. Grund genug, an dem heutigen bedeutungsvollen politischen Wendepunkt auf die weitest-lichen sozialen Verhältnisse aufmerksam zu machen, wie sie in dem Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse erzählt worden sind.

In erster Linie soll der gewaltige Umfang aufgezeigt werden, in dem die Leipziger wertvolle Bevölkerung an der reichsweit-lichen Krankenversicherung beteiligt ist:

Die durchschnittliche Mitgliederzahl der Ortskrankenkasse betrug im Jahre 1927 248 838; sie liegt im Vergleich zum Vorjahr um 4252. Da in anderen Kaiserorten noch etwa 20 000 Leipziger Arbeiter versichert und auch nicht selbstversicherte Familienangehörige interessiert sind, werden schätzungsweise mindestens 400 000 Leipziger Einwohner an der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt sein. Am 31. Dezember 1927 wurden in der Ortskrankenkasse allein 246 513 Mitglieder und zwar 135 499 männlichen und 111 014 weiblichen Geschlechts gezählt. Die Zahl der Versicherten hatte sich im Vergleich mit dem 31. Dezember 1926 um 6320 erhöht und zwar um 469 männliche und 5831 weibliche Versicherte. Das weibliche Geschlecht war an der Gesamtzahl der Versicherten überhaupt verhältnismäßig stark, nämlich mit 45 Prozent beteiligt.

Von den Ende 1927 gezählten 246 513 Mitgliedern waren 12 769 nach Sonderbestimmungen versichert, nämlich 8782 Arbeitslose, 3414 Kräfte für die Krankenpflege, 511 unabhängig und 29 im Wandergewerbe Beschäftigte, so daß 233 744 Versicherte übrigblieben, für die Beiträge nach Lohnstufen erhoben wurden.

Bemerkenswert ist hierbei die Verteilung der Versicherten auf die einzelnen Lohnstufen. Von den 233 744 waren 1 1/2 Prozent Lehrlinge ohne Entgelt. Auf die Lohnstufen I bis X entfielen: I (Grundlohn 1,20 Mark) 15 1/2 Prozent, II (Grundlohn 2 Mark) 12 1/2 Prozent, III (Grundlohn 3 Mark) 13 Prozent, IV (Grundlohn 4 Mark) 11 1/2 Prozent, V (Grundlohn 5 Mark) 10 Prozent, VI (Grundlohn 6 Mark) 9 1/2 Prozent, VII (Grundlohn 7 Mark) 9 1/2 Prozent, VIII (Grundlohn 8 Mark) 7 Prozent, IX (Grundlohn 9 Mark) 4 1/2 Prozent, X (Grundlohn 10 Mark) 5 Prozent. Diese Angaben beweisen, daß das Gros der Versicherten sich in den unteren und mittleren Lohnstufen befindet.

Inbegriffen in die 233 744 nach Lohnstufen Versicherten sind 31 307 freiwillig Versicherte, nämlich 11 372 männlichen und 19 935 weiblichen Geschlechts. Auch von den freiwillig Versicherten befindet sich das Gros, nämlich rund 28 500 in den unteren Klassen I bis V. So bleiben 202 437 Versicherte und zwar 113 436 männliche und 89 001 weibliche Personen übrig, die in versicherungspflichtiger Beschäftigung standen. Auch von den versicherungspflichtigen Mitgliedern entfielen also 44 Prozent auf das weibliche Geschlecht.

Mit der Verteilung der Versicherungsbeiträge auf die einzelnen Lohnklassen bietet die Statistik der Ortskrankenkasse einen zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Entlohnung der Leipziger Arbeiterklasse, die wirklich nicht zu reichlich erfolgt. Abgesehen von 3054 Lehrlingen, die ohne Entgelt beschäftigt wurden, gelten tägliche Grundlöhne von 1,20 Mark für 23 791, von 2 Mark für 23 628, von 3 Mark für 26 979, von 4 Mark für 25 209, von 5 Mark für 20 689, von 6 Mark für 21 009, von 7 Mark für 21 510, von 8 Mark für 15 890, von 9 Mark für 10 537 und von 10 Mark für 10 087 Versicherungsbeiträge. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das weibliche Geschlecht in den Klassen I bis IV härter als das männliche, in Klasse V gleich stark, in den Klassen VI und VII schwächer als das männliche Geschlecht und in den Klassen VIII bis X nur mit wenigen Personen vertreten ist.

Das Mädchen für alles

Am Montagabend veranstaltete die Demokratische Partei im großen Saale des Zentraltheaters eine Wählerversammlung, in der vor allem kleine Gewerbetreibende, Angestellte, arbeitslose Inflationsschädigte beiderlei Geschlechts und humanistisch gebildete Oberlehrer, also Angehörige jenes ohne politischen Verstand und politischen Willen unentschlossenen zwischen rechts und links schwankenden Mittelstandes, den süßen Worten des demokratischen Spitzenkandidaten für Sachsen Gustav Schneider lauschten. Dieser ließ denn auch jede Gruppe einen zwar kurzen, aber verheißungsvollen Blick ins gelobte Land tun und provozierte damit seine Zuhörer wiederum gruppenweise, je nachdem sie sich gerade gefreut hatten, zu Beifallsstürmen. Bemerkenswert war dabei immerhin, daß er keine Angriffe ausschließlich gegen den Rechtsblock richtete, wider die sozialistischen Parteien dagegen kein Wort verlor; die Demokraten reflektieren eben fast nur auf die unzufriedenen Kleinbürgerlichen Schichten, die zu den Deutschnationalen sowie den Volks-, Wirtschafts- und Aufwertungsparteiern aller Art das Vertrauen verloren haben, denen aber andererseits der Schritt zur Sozialdemokratie immer noch zu groß ist.

Von der Außenpolitik, die im ganzen recht passiv gewesen sei, ausgehend, erklärte Schneider, daß den Massen des Volkes auch die schönsten Erfolge des auswärtigen Amtes nichts nützen würden ohne eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Fülle seien abzubauen, die Lohnsteuer sei viel zu hoch und müsse infolgedessen erheblich reduziert werden. Die demokratische Partei sei 1928 mit Peter Reinhold auf dem besten Wege dazu gewesen, von der Rechten jedoch daran verhindert worden! Selbstverständlich müßten auch die übrigen Steuern abgebaut werden, denn „man dürfe nicht bloß die Interessen einer Schicht wahrnehmen“, höchstes Bestreben der Demokraten sei es stets gewesen, „auf alle Rücksicht zu nehmen und es allen so recht als möglich zu machen!“ (Vehementer Beifall.)

Besonders dringlich sei ferner die Lösung des Wohnungsproblems. Die Mietten seien zu hoch (Beifall bei der Mehrheit, Protest bei den Hausagariern.), die Lagen des Grundbesitzes aber auch (Beifall bei den Hausagariern, Schweigen bei der Mehrheit.); beides müsse deshalb herabgesetzt werden! (Allgemeines Schweigen.) Die Sozialpolitik lasse sehr viel zu wünschen übrig; die Sozialversicherung sei ungenügend und außerdem schlecht verwaltet, wie die bisherige Reichsregierung selbst zugegeben habe (Beifall bei den Angestellten.); die Behandlung der Inflationssopfer sei mehr als unwürdig (Allgemeine Zustimmung.); ihre Anleihe- und Hypothekenscheine müßten besser aufgewertet werden! (Die Hausbesitzer zichen ihren Applaus zurück.) Die Preise seien zu hohen, denn das sei besser als Lohnrückstellungen, die ja doch nur wieder Preissteigerungen nach sich zögen. Alles das werde die demokratische Partei besorgen, wenn sie in künftigen Reichstagen die entsprechende Macht erhalte; die Wähler müßten also dafür sorgen, daß ein Parlament zustande komme, das „neben den berechtigten Interessen der einzelnen Gruppen des deutschen Volkes auch stets das Allgemeinwohl im Auge habe!“

Die Debatte brachte nichts wesentliches. Schneider und Pro-

ihre Arbeit eingestellt haben. Alle anderen Fälle sind ausgeschlossen. Auch den Frauen von versicherten Männern, die Familienwochenlöhne erhalten, wird die Staatsbeihilfe nicht gewährt.

Die Staatsbeihilfe kommt ferner nur an solche Arbeiterinnen, die in einem Gewerbebetrieb beschäftigt sind, zur Auszahlung. Für weibliche Angestellte, landwirtschaftliche Arbeiterinnen und Haus-

„Die roten Spaken“

Proletarisches Kabarett.

Die nächsten Aufführungen unseres proletarischen Kabaretts finden statt:

- Freitag, den 11. Mai, in Großschöcher (Gasthof Windorf).
- Montag, den 14. Mai, in Glogwitz (Fleischkeller).
- Dienstag, den 15. Mai, in Thonberg (Gasthof Thonberg), Wahlversammlung.
- Mittwoch, den 16. Mai, in Bahren (Terrasse), Wahlversammlung.
- Freitag, den 18. Mai, in Engelsdorf (Gasthof Selge).
- Sonabend, den 19. Mai, in Rauschn (Goldener Stern).
- Sonntag, den 20. Mai, in Stötteritz (Löwenpark).

Kommt alle zu diesen Kabarettabenden

Bezirksauswahl Leipzig für sozialistische Bildungsarbeit.

gehilffinnen kommt die „Staatshilfe für Schwangere“ nicht in Frage. Die Staatsbeihilfe wird sofort nach der Geburt ausgezahlt. Es werden auch Vorzuschüsse gewährt. Will die Schwangere den Vorzuschuß in Anspruch nehmen, so muß sie eine Bescheinigung vom Arzt oder von einer Hebamme beibringen, aus der hervorgeht, daß die Entbindung voraussichtlich in der 7. oder 8. Woche sein wird.

Den Zeitpunkt der Arbeitseinstellung muß die schwangere Arbeiterin der Krankenkasse melden bzw. nachweisen. Die Beträge aus der Staatshilfe werden durch die Krankenkasse ausgezahlt. L. P.

Der Eisenbahnfahrplan der Leipziger Volkszeitung

wird Anfang nächster Woche erscheinen. Er ist diesmal wiederum bedeutend erweitert, umfaßt 192 Seiten und ist für jedermann unentgeltlich. Insbesondere brauchen ihn die vielen Ausflügler, die an den Sonn- und Feiertagen Touren unternehmen. Der Fahrplan gilt ab 15. Mai 1928. Der Preis beträgt nur 50 Pf. Es wird empfohlen, sofort zu bestellen. Alle Ausdräger und Filialen, sowie das Hauptgeschäft Lanchaer Straße 19/21 nehmen jetzt schon Bestellungen entgegen.

Mittwoch, den 16. Mai und Donnerstag, den 17. Mai, von den bekannten Stellen aus

Allgemeine Flugblatt-Verbreitung!

Jeder Genosse und jede Genossin beteilige sich daran!

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Hilmarisdorf. Heute, 20 Uhr, bei Stiefels.
Markleeberg. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Turnerheim,
Markleeberg, wichtige Funktionärversammlung.

Jungsozialisten.

Gruppenaffären. Die Maihefte sind beim Genossen Richter
abzuholen!
Süden. Für Freitag, 18.30 Uhr, werden einige Genossen im
SAJ-Bureau zu wichtiger Wahlarbeit benötigt.

Lehrer Göb spendeten sich wechselseitig etwas Wehrauch, worüber
die Versammlung sehr gerührt war; dann begab man sich ausein-
ander mit dem erbebenden Bewußtsein, endlich eine Partei ge-
gründet zu haben, die es jedem recht zu machen — verspricht. — rh.

Anfälle in Leipzig

Am Reichsgerichtspflanz wurde am Mittwochabend,
gegen 19 Uhr, eine Frau von einem Radfahrer umgefahren. Sie
erlitt dabei eine Kopferletzung und Gehirnerkütterung, die ihre
Ueberführung ins Krankenhaus St. Jakob notwendig machte. st.

Die Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1928 ist an den vier
Terminen: 15. Mai, 15. August, 15. November 1928 und 15. Fe-
bruar 1929 zu zahlen. Wer weiterhin zwei Termine beibehalten
will, hat die Steuer in zwei gleichen Teilen am 15. Mai und 15. No-
vember 1928 zu entrichten. Es wird gebeten, bei der Zahlung den
Steuerbescheid vorzulegen. Bei nicht rechtzeitigiger Zahlung sind
Verzugszinsen nach 10. v. D. jährlich zu entrichten.

Feuerwehrgeld, Schleusengebühr und Straßenreinigungsgel-
d. Der Rat der Stadt macht bekannt: Am 15. Mai 1928 sind
für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1928 fällig und an die zu-
ständigen hiesigen Steuerbehörden zu entrichten: 0,6 Pfg. Feuer-
wehrgeld für jede Brandversicherung-Einheit, 24 Pfg. Schleusen-
gebühr für je 100 Mark Friedenmietwert. Bei ungebauten Grund-
stücken wird die Gebühr nach 1/50 des Grundstückswerts von 1914
berechnet. 1,5 Pfg. Straßenreinigungsgeld für jede Einheit. Es
wird gebeten, bei der Zahlung die zugehörigen Quittungsbogen vor-
zulegen. Für nicht rechtzeitig gezahlte Beiträge sind Verzugszinsen
nach 10 v. D. jährlich zu entrichten.

Luftpostsendungen nach Persien. Luftpostbriefsendungen nach
Persien mit der Bezeichnung „Par avion au delà de Moscou“
werden vom 1. Mai an mit folgenden Luftposten befördert: Baku-
Beleni (Flugdienst zweimal wöchentlich, Dienstag und Donner-
stag), Belenli-Teheran (Flugdienst zweimal wöchentlich, Dienstag
und Freitag), Teheran-Hamadan-Kermanchah-Kasri Schirin
(Flugdienst einmal wöchentlich, Freitag), Teheran-Ispahan-
Schiras-Buschi (Flugdienst einmal wöchentlich, Freitag). Der
Flugzeitplan für diese Sendungen beträgt für Postkarten 30 Pfg.,
für andere Briefsendungen für je 20 Gramm 30 Pfg. Die Sendun-
gen werden den Luftpostämtern Berlin C 2 und Königs-
berg (Pr.) 1 zugeführt, von wo sie mit den wieder eröffneten,
wöchentlich verkehrenden Luftposten Berlin-Königsberg-Mos-
kau, Moskau-Mineralnaja Wodn und Mineralnaja Wodn-Baku
befördert werden.

Im Antikenmuseum der Universität beginnt am Sonntag, dem
13. Mai, eine neue Reihe öffentlicher unentgeltlicher Vorträge,
die die Neuerwerbungen des letzten Jahres behandeln sollen. Der
erste Vortrag wird die Abgüsse archaischer Bildwerke zum Gegen-
stand haben. Der Beginn ist Punkt 11,30 Uhr. Der Zugang ist
von der Universitätsstraße.

Verein für Völkerverständnis. Freitag, den 11. Mai 1928, pünkt-
lich 20 Uhr, im Vortragssaal des Zoologischen Instituts der Uni-
versität, Vorträge 35 (Gang zum Zoologischen Institut): Vor-
trag des Herrn Dr. Hans Meier, Leipzig: „Die Völkerverständnis-
in der Menschheit. Auf Grund eigener Reisen und Forschungen.“
Mit Lichtbildern.

„Das schöne Thüringen“. Die Ausstellung im Ringmeßhaus
ist nur noch bis zum Sonntag, dem 13. Mai, geöffnet (wochen-
tags 10-19 Uhr, Sonntags 10-17 Uhr). In letzter Zeit hat die Aus-
stellung auch besonders das Interesse der Amateurphotographen ge-
funden, weil hier viel Anregungen gegeben werden. Der Eintritt
beträgt für Erwachsene 30 Pfg., für Kinder 15 Pfg.

Elfenbeinangehörige. Die Geschäftsstelle der Abteilung für Büh-
nenangehörige beim Arbeitsamt Leipzig befindet sich, wie der
Rat uns mitteilt, ab 8. Mai 1928 im Grundstück Gerberstraße 3,
Erdgeschoss, Geschäftszeit wochentags 9 bis 16 Uhr, Sonnabends
und an Tagen vor Feiertagen 9 bis 16 und 19 bis 20 Uhr. Fernruf:
Nr. 295 53.

Bolizeinrichten

Kindesötung. In der Elster, in der Nähe des „Wilden
Manns“, ist eine Kindesötung angeschwommen worden. Das Kind
ist ausgetragener, weiblichen Geschlechts und unbedeutend. Es wurde
dem Institut für gerichtliche Medizin übergeben. Die Sektion ergab,
daß es etwa sechs Wochen im Wasser gelegen hat. Ob es gelebt hat,
konnte nicht mehr festgestellt werden. Es muß dies aber angenom-
men werden, da um den Hals des Kindes eine Schlinge aus einer
Lefe gelegt worden war, vermutlich, um es zu erdrosseln.

Wer kennt den Eigentümer des Jacketts? Bei einem verletzten
Einbruch in die Kantine auf dem Sportplatz des Turnvereins 1861
Leipzig-Möckern, Nähe der Marienbrücke, ist am Tatort ein ab-
getragenes Herrenjackett aus blaue gestreiftem Homespunstoff ge-
funden worden. In den Taschen befanden sich ein kleines Stück
weißer Karton, auf diesem einige Zahlen untereinandergezeichnet,
und ein Kappertstein. Das Jackett ist vermutlich von dem beim Ein-
bruch gestohlenen Täter zurückgelassen worden. Es liegt beim
Kriminalamt zur Ansicht aus.

Nicht von der Straßenbahn ab- oder auf diese aufspringen!
Trotz wiederholter Warnungen durch das Kriminalamt und
Schaffung von Strafbestimmungen in der Verkehrsordnung für die
Stadt Leipzig geschieht es noch öfters, daß Personen von im Gange
befindlichen Straßenbahnwagen ab- oder auf diese aufspringen.
Das Amtsgericht Leipzig hat neuerlich wieder eine Frau, die auf
einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aufgestiegen war,
mit 15 Mark Geldstrafe oder 3 Tage Haft belegt. Wer keine Be-
strafung und keinen Unfall erleiden will, unterlasse das Auf- und
Abpringen.

Sächsische Angelegenheiten

Völkische Klame für die Weipeter

Der Völkisch-nationale Block hat ein Wahlflugblatt heraus-
gegeben, das sich — selbstverständlich — gegen die Sozialdemo-
kratische Partei richtet. Das Geschrei der Völkischen lohnt nicht
einer besonderen Erwiderung. Aber in einem Punkte ist das
Flugblatt doch interessant. Als stärksten Trumpf gegen die Sozial-
demokratie wissen nämlich die Völkischen nichts anderes anzu-
führen als die „Altszialisten“. Die Völkischen schreiben:

„Ehrlich gebliebene Führer, wie August Winnig, Adolf
Barthel, Gruener, Nielsch u. a. haben der Sozialdemokratie
den Rücken gefehert, weil ihnen die Verhüllung und Korruption
in dieser Partei in der Seele zuwider war.“

Winnig, Nielsch u. Co. sind also den Völkischen die „ehrlieh
gebliebenen Führer“, loszusagen die Vorbilder. Das ist ganz in
Ordnung, denn wer sollte wohl noch einen Unterschied zwischen
dieser „Altszialisten“ und den Völkischen feststellen können? Sie
haben ja beide die gleichen Ziele und werden dafür beide von
Unternehmergebern ausgeschaltet, warum sollen sie sich nicht gegen-
seitig unterstützen?

Bei der Arbeiterkassette haben sie beide nichts mehr zu ver-
lieren. Für den Fall aber, daß hier oder da doch noch ein An-
hänger der „Altszialisten“ glauben sollte, diese Partei habe noch
etwas mit Sozialismus zu tun, ist die Klame der Völkischen für
die Weipeter zum ersten Nachdenken zu empfehlen.

Nielsch verteidigt den Bürgerblock

In seiner geradezu wahnwitzigen Manier, unter allen Um-
ständen die Sozialdemokratische Partei zu verunglimpfen, veröffent-
licht Nielsch in seinem Wälzchen einen Artikel mit der Ueberschrift
„Sozialpolitische Reaktion?“, unter der die Unterzeile steht: „Nichts
als ein Wahltrieb der SPD“. Es gibt also in Deutschland nach
Nielsch keine sozialpolitische Reaktion! Das „beweist“ er in lang-
weiligen Ausführungen, in denen er zu dem Schluß kommt: „So
ergibt sich insgesamt, daß die sozialpolitische Reaktionsteheorie
die deutsche Sozialpolitik ein gutes Stück vorangeführt hat.“ Dieser
Artikel übertrifft sogar alles, was man von den Leuten erwarten
konnte.

Sie beugen schon vor

Der „Volksstaat“ veröffentlicht unter der Ueberschrift „Ueberall
Gegner“ einen Zeitartikel, in dem die Heldentat der Alten Sozial-
demokratischen Partei recht eindringlich geschildert und hervor-
gehoben wird, daß alle Welt, gemeint sind die Linksparteien und die
Gewerkschaften, gegen die ASP sei. Es wird dann weiter von der
ASP gesagt: „Nicht auf Mandate kommt es ihr an“. Das ist ja
herzlich. Angerechnet die Partei, die überhaupt entstanden ist,
weil ihre Führer an Mandaten lebten und weiter Mandate haben
wollen, erklärt, daß es ihr auf Mandate nicht ankomme. Woraus
eigentlich kommt? Bleibt auf eine tüchtige Blamage? Die wird
sie jedenfalls mit derselben Sicherheit bekommen, mit der sie kein
Mandat erhält.

Die Textilarbeiter Lunzenaus gegen die Weipeter

Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterver-
bandes in Lunzenau beschloß folgenden Antrag an den Zentral-
vorstand ihres Verbandes:

„Die Generalversammlung der Filiale zu Lunzenau fordert
vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, die
Kollegen Wintler und Heibel ihres Postens zu entheben, da sich
ihre Politik in der ASP um Schaden der gesamten und vor allem
der Textilarbeiterkassette auswirkt.“

Flauen. Ein ungetreuer Bürgermeister. Der
34 Jahre alte Bürgermeister Oskar Lechmann aus Rupperts-
grün im Vogtland stellte sich der Kriminalpolizei in Plauen und
gab an, daß in seiner Kasse ein Feßbetrag von etwa 1000 Mark
vorhanden sein dürfte; die Bücher hätte er schon längere Zeit nicht
ordentlich geführt.

Wieder ein Schandstreich der Kommunisten

Wier Tage lang ist in der Zwidauer Stadtverordnetenversam-
lung der diesjährige Etat beraten worden, der durch das reaktionäre
Vorgehen des Rates einen besonders hartnäckigen Kampf ausgelöst
hatte. In der entscheidenden Sitzung, in der die Gesamtstimmung
vorgenommen werden mußte, schienen mehrere Vertreter der Bürger-
lichen. Auf diese Weise gelang es der Sozialdemokratie, ihre wich-
tigsten Forderungen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und des
Volkschutzwesens zur Annahme zu bringen. Infolgedessen erklärte
unsere Fraktion, nunmehr für den durch die sozialdemokratische Ar-
beit außerordentlich verbesserten Etat stimmen zu wollen. Die
Bürgerlichen stimmten gegen den Etat, der ihnen begreiflicherweise
nicht mehr gefiel. Die Entscheidung lag bei den Kommunisten,
die ebenfalls gegen den Etat stimmten, so daß er abgelehnt wurde.
Arm in Arm mit den reaktionären Parteien haben somit die
Kommunisten die erfolgreichen Bemühungen der Sozialdemokratie
zunichte gemacht. Nunmehr steht die Entscheidung über den Etat
bei der sächsischen Gemeindefassung, deren reaktionäre Mehrheit
ohne Zweifel rigorose Streichungen gerade beim Wohlfahrts-
wesen vornimmt wird. Die Schuld an dieser schweren Schädigung der
arbeitenden Bevölkerung Zwidaus trägt ausschließlich die wahr-
sinnige Politik der Kommunisten.

Erbauliches aus der Aufwertungspartei

Je kleiner eine Partei ist, desto mehr Streitigkeiten gibt es;
je weniger Aussicht sie hat, auch nur ein einziges Mandat zu ge-
winnen, desto mehr prügeln sich die Kandidaten um die Plätze. Be-
sonders schön scheint es in der Aufwertungspartei zuzugehen. Der
Gesamtvorstand des Landes hatte endgültig den Satzungen gemäß
eine Liste für den Wahlkreis Leipzig genehmigt. Der Kreisvor-
stand kümmerte sich jedoch nicht darum, sondern beschloß, obwohl
er gar nicht zuständig ist, in einer Sitzung, die gar nicht beschluß-
fähig war, hinter dem Rücken des Landesvorstandes eine andre
Liste einzurufen. Also geschah es, und nun sehen die verschie-

denen Kandidaten ihre Fehde vor aller Öffentlichkeit aus. Guß,
daß die Wähler schon vor dem 20. Mai erfahren, wie es in dieser
Partei aussieht.

Einer, der die Aufwertung versteht

Der Betriebsanwalt Winter in Leipzig. Inhaber
eines Verlagsgeschäfts von Zeitungen und Broschüren und Führer
des angeblich 500 000 Mitglieder zählenden Volksbundes
„Wahrheit und Recht“, der eine günstige Aufwertung
der alten Reichsbanknoten erstrebt, war vom Amtsgericht
Leipzig wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu 150 Mark
Strafe verurteilt worden. Der Angeklagte, der auf die Leicht-
gläubigkeit und das Geld gewisser Leute spekuliert, lehnt es ab, mit
den einzelnen Mitgliedern zu korrespondieren, hat dafür aber neuer-
dings ein Buch herausgegeben, das eine Vollmachtsklärung ent-
hält, durch deren Unterschrift Winter von den Mitgliedern beauf-
tragt wird, diese bei allen Behörden für Aufwertungsarbeiten zu ver-
treten. Die Zeitschrift, die W. herausgibt, kostet vierteljährlich 1,50
Mark und ist von allen Mitgliedern zu halten. Bei 500 000 Mit-
gliedern nimmt er auf diese Weise im Jahre 3 Millionen Mark ein.
Dann hat er vor einiger Zeit eine Broschüre „Weiß Schlußkampf
mit der Reichsbank“ in einer Auflage von 300 000 zum Preise von
1 Mark herausgegeben. Der Mann versteht also die Aufwertung,
lomit seine Person in Betracht kommt, ausgezeichnet. In seiner
Tätigkeit hat das Amtsgericht die gewerbsmäßige Be-
sorgung fremder Rechtsangelegenheiten ohne
behördliche Genehmigung erblüht und ihn deshalb verurteilt.
Der Angeklagte gibt zu, bis jetzt nur einen Prozeß für sich und seine
Chefsrau geführt zu haben, dessen Ausgang aber von entscheidender
Bedeutung für alle Reichsbankgläubiger sein werde. Seine Ein-
nahmen habe er aus dem Verlag erzielt, für den Volksbund sei er
nicht ehrenamtlich tätig geworden und habe insoweit nur seine Aus-
lagen ersetzt bekommen. Das Amtsgericht hat jedoch den Standpunkt
verworfen, daß eine Trennung der Tätigkeit des Angeklagten als
Selbstverleger und als Vorsitzender des Bundes nicht angängig ist.
Beide Tätigkeiten ständen im engsten wirtschaftlichen Zusammen-
hange, also handle es sich um eine einheitliche, auf Erwerb ge-
richtete Tat, die der Angeklagte auch nach seiner schon einmal er-
fahrenen Tätigkeit fortgesetzt hat. Selbst wenn es richtig sein sollte,
daß der Angeklagte bei seiner Tätigkeit für den Bund 180 000 Mark
zugeführt habe, so würde dies gegenüber den Millionengewinnen
auf der anderen Seite nicht in die Waagschale fallen. In Wirklich-
keit habe er — mindestens mittelbar — fremde Rechtsangelegen-
heiten gewerbsmäßig besorgt, er habe sich vollständige Prozessvoll-
machten ausstellen lassen, um damit nach Erledigung seines Pro-
zesses die Auftraggeber zu vertreten. An Stelle der Einzelinforma-
tion, wie sie der Rechtsanwalt seinem Klienten gebe, sei hier bei
der großen Zahl der Einzelaufträge die Gesamtinformation durch
die Zeitschrift gegeben. Die Revision des Angeklagten rügte Ver-
kenntnis des Begriffs der Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten.
Es liege auch keine Vollendung, sondern nur ein strafloser Versuch
vor. Das Oberlandesgericht Dresden hat diese Einwände als unzutreffend zurückgewiesen und das Rechtsmittel kosten-
pflichtig verworfen.

Der erfolgreiche Zentrumspolizei

Die sächsische Zentrumspartei hatte, wie bereits gemeldet, gegen
die Nummerierung auf der sächsischen Wählkarte Einspruch er-
hoben, weil hier die Liste sächsisches Landvolk als Nr. 2a vor die
Zentrumspartei gestellt worden war. Wie wir jetzt erfahren, ist
diesem Einspruch Recht gegeben worden. Die Liste sächsisches Land-
volk hat die Nummer 21 erhalten.

Der Motorradfahrer im Schaufenster.
Ein Motorradfahrer fuhr mit seinem Rad in das Schaufenster des
Westbrennhauses. Dabei erlitt ein Fräulein aus Waldbeerenburg
eine Gehirnerkütterung und Kopfverletzungen, während eine Frau und
ein anderes Fräulein mit Schnittwunden davonkamen.

Chemnitz. Vor den Augen der Mutter geistert.
In der Dresden Straße wolle ein dreijähriges Mädchen die Straße
überqueren, um zu seiner Mutter zu gelangen, die auf der anderen
Seite stand. Dabei lief das Kind in ein Kohlengeschirr, wobei es
vor den Augen der Mutter tödlich überfahren wurde.

Reinholdshain bei Glauchau. Die Feuererprise im Dorf-
bach. Nach einer Uebung der Feuerwehr sollte die Spritze wieder
in das Schützenhaus gebracht werden. Dabei verloren die Feuer-
wehrleute auf der abschüssigen Straße über die Spritze die Gewalt,
die mit großer Wucht ein Brüdengeländer wegriß und dann fünf
Meter tief in den Dorfbach stürzte. Fünf Feuerwehrleute erlitten
bei dem Sturz schwere Verletzungen, so daß sie sofort in das Kran-
kenhaus gebracht werden mußten.

Blänitz. Ein Schulknaube verursachte sieben Wald-
brände. In den staatlichen Forsten von Blänitz und Großgraupe
und in den dort angrenzenden Privatwaldungen waren kürzlich in
rascher Folge eine Anzahl Brände zu verzeichnen. Was in diesen
Fällen eine besondere Unruhe hervorrief, war die Tatsache, daß es
sich um vorsätzliche Brandlegungen gehandelt hatte. Bei diesen
Waldbränden wurden 4 Stellen ermittelt, wo der zunächst unbe-
kannte Täter das Feuer angezündet. Die behördlichen Ermittlungen
führten schließlich zu der Feststellung, daß diese Brandlegungen
von einem erst 14jährigen Schulknauben verursacht worden sind.
Dieser hat zugestanden, in drei Tagen nicht weniger wie siebenmal
Waldbrände hervorgerufen zu haben!

Bolizeinrichten

Aufgehobener Totus. Am 6. Mai 1928 ist am südöstlichen Ufer
des Kasz-Heino-Kanals an der Giekerstraße in Leipzig-Plagwitz
ein Totus, ohne jede Umhüllung, angegraben worden. Er ist
männlichen Geschlechts und dürfte aus dem 5. Schwangerschafts-
monat stammen. Er wurde dem Institut für gerichtliche Medizin
übergeben. Wer sachdienliche Mitteilungen machen kann, wird
gebeten, dies beim Kriminalamt zu tun.

Festgestellt wurde die Person der unbekanntem Frau, die am
5. Mai 1928 an der Ecke der Elster- und Vontawitzstraße von
einem Schlaganfall betroffen wurde und im Krankenhaus St. Jakob
kurz nach der Entlieferung gestorben war. Es ist die 65 Jahre
alte Näherin Emilie W. von hier.

Berammungs-kalender

Freitag, 11. Mai 1928.

Metallarbeiter-Funktionäre, Volkshaus, 1/10 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

SuckKner

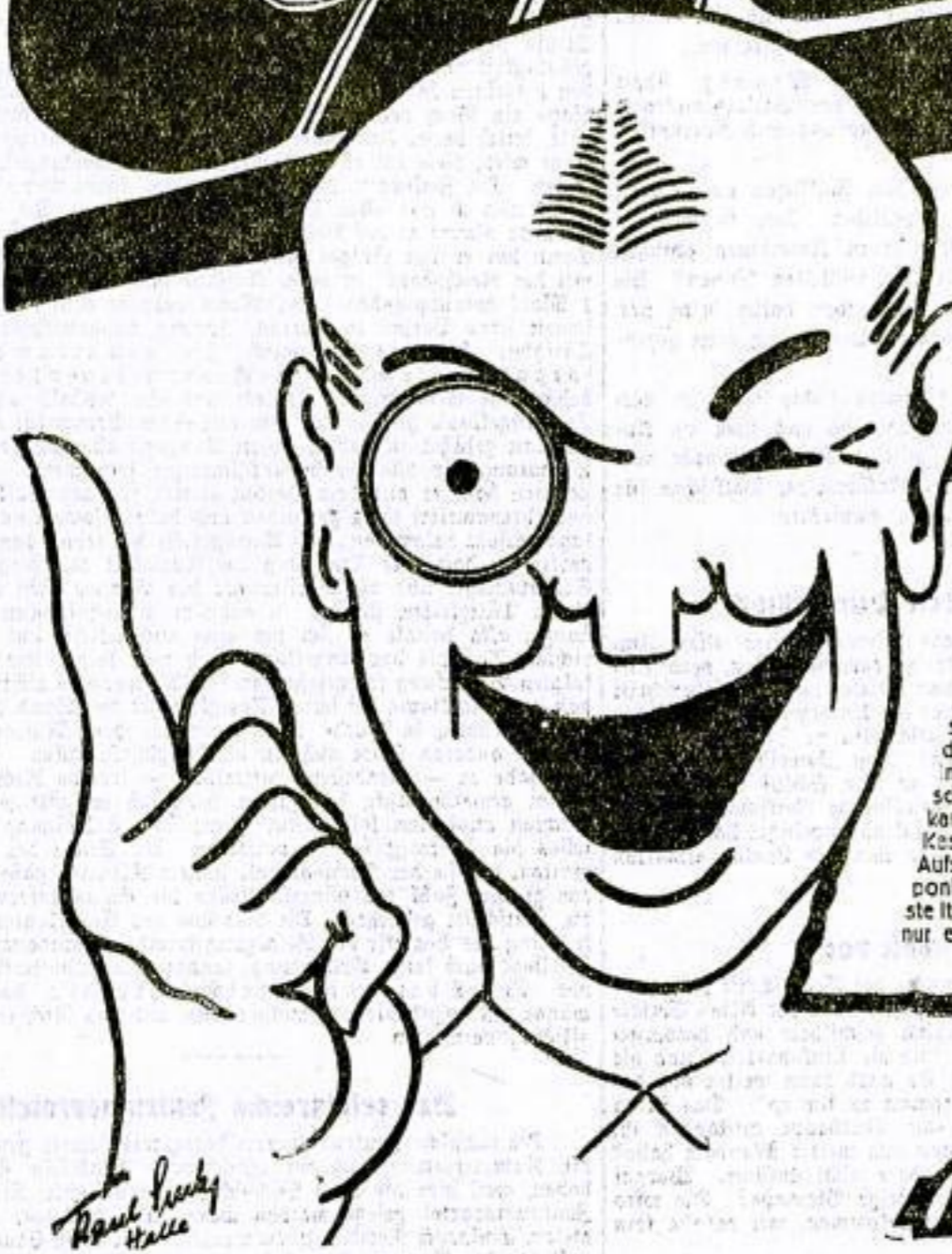
färbt! wäscht! reinigt chemisch!

Damensachen Herrensachen Kindersachen jeder Art

Bitte frühzeitig bringen
wegen Pfingsten

32 Läden und 18 Annahmestellen in Leipzig.

Charlie!



Mettner behauptet immer,

daß er trotz Teilzahlung außergewöhnlich billig sei. Dennoch habe ich in einem seiner Schaufenster einen Anzug gesehen, welcher nur halb so viel kostet, als das Preisschild anzeigt.

Hat Charlie Recht?

Bestimmt, Charlie hat Recht!

Für die richtige Angabe des fraglichen Anzuges haben wir nebenstehende 4 Preise ausgesetzt. Beteiligen Sie sich am:

Donnerstag 10. Mai Freitag 11. Mai Sonnabend 12. Mai

an unserem interessanten und lohnbringenden Wettbewerb. Sie gehen dadurch keinerlei Verpflichtungen ein. In einem Fenster haben wir 10 Anzüge ausgestellt, die mit Nummern von 1-10 versehen sind. Hierunter befindet sich der fragliche Anzug. Jetzt ist es Ihre Aufgabe, von diesen Anzügen den richtigen auszuwählen, der wirklich halb so viel kostet, als er im Fenster ausgezeichnet ist. Die betreffende Nummer dieses Anzuges schreiben Sie dann mit genauer Angabe Ihrer Wohnung auf die Wettbewerbskarte. Haben Sie noch keine erhalten, so verlangen Sie solche an unserer Kasse. Falls mehrere richtige Lösungen eingehen, entscheidet das Los unter Aufsicht eines hiesigen Notars, bei welchem auch die richtige Lösung deponiert ist. Die notarielle Entscheidung ist unanfechtbar. Unsere Angelegenheiten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Für jeden Teilnehmer hat nur eine Karte Gültigkeit.

- Preise:**
- 1. Preis:** Anzug im Werte von RM. 100.—
 - 2. Preis:** Anzug im Werte von RM. 80.—
 - 3. Preis:** Sport-Anzug im Wertev. RM. 60.—
 - 4. Preis:** Windjacke i. Werte von RM. 20.—

Franz Mettner

Zeitler Straße 8, im Hause der Angestellten

Stellenangebote

Tüchtige, perfekte Kunst-Stopferin
nach der Schweiz gesucht für sämtliche Herren- und Damen-Garderoben. Nur selbständige Stopferinnen mit prima Zeugnissen wollen sich, melden mit Lohnansprüchen bei **J. Verganti, Zürich 6, Universitätsstraße 90.**
Reise wird bezahlt.

Geübte Näherinnen
finden in unserer Abt. Korsettfabrik dauernde Beschäftigung.
Thalysia-Werf, Kochstraße 22.

Damen-Friseur (Friseur)
verf. im Zubehörschneiden und firm in allen Fächern für sofort gesucht. Gehaltsanprüche und Bild an **Ch. Illner, Rudolstadt (Th.), Fürstentort 1a.**

14-18j. Mädch. f. vor- mitt gesucht. Galt- wirtlich Viktorialstr. 7

Verkäufe
1 gutech. weiße Kü- che billig zu verkf. Lind. Frankfurter Straße 39, II r.

Aut. Kredit-Damengarderobe
mit kleiner Anzahlung 400.- Mark. Hoffmann, Sanktstraße 10, I. Etage.

Bon Herrschaften
wollen ihre Garderobe Billig verkaufen. 20 bis 30% billiger, ev. Teilzahlung. **F. Enke, Elsterstraße 46, I. Etage.**

Wohnungen
Wer zieht nach Lutherstadt Wittenberg?
Ritzert, Kreuzstraße 24 IV.

Konsumverein
Leipzig-Blagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Achtung, Metallarbeiter!

Wir haben uns entschlossen, unseren von der Metallarbeiter-Aussperrung betroffenen Mitgliedern eine Beihilfe zu gewähren. Berücksichtigt werden solche Mitglieder, die nachweisen, daß sie

1. infolge der Aussperrung erwerbslos sind,
2. seit dem 1. Juli 1927 mindestens RM 400.- im Konsumverein umgesetzt haben.

Mitglieder, auf die diese Voraussetzungen zutreffen, erhalten in unserm Lebensmittel-Verteilungsstellen **am Freitagvormittag und am Sonnabendvormittag** dieser Woche auf die von ihnen entnommenen Waren eine Vergütung von

RM 3.-

Erforderlich für die Inanspruchnahme der Beihilfe ist die Führung des Nachweises zu 1. durch Vorlegung eines entsprechenden Ausweises und zu 2. durch die Vorlegung des Konsumvereins-Mitgliedsbuches sowie der Markennummernkarte für das laufende Geschäftsjahr.

Der Vorstand

Einige gebrauchte **Germania**
billig zu verkaufen
Osterwald G. m. b. H.
Katharinenstraße 10

1 Piano billig zu verkf. Lind. Frankfurt Str. 39, II r.
Maurer- Werkzeuge und Reparaturen
Schardt, Spöckstr. 10

Auf Teilzahlung von 2 Mk. an
Herren-Anzüge
Damen-Kleider
Schuhe
Wer bei Scherbel kauft, geht in ein altes, solides, schon 36 Jahre bestehendes Geschäft
Möbel-Waren-Kredit-Haus
S. Scherbel
Markt 2 und Grimmaische Straße 26.

Erst Monarchist, dann Kommunist

Die „Bruderpartei“

Von Paul Löbe.

Der Reichstagspräsident Paul Löbe veröffentlichte unlängst einen Aufsatz, in dem er sich über seine Erfahrungen mit den Kommunisten in den Versammlungen äußerte. Man könne sich über die Methoden der Taktik untereinander streiten. Nirgends aber habe er eine derartige Auseinandersetzung über die Frontlinien beider Parteien zu beobachten vermocht. Paul Löbe hat 32 Versammlungen abgehalten und überall haben sich die kommunistischen Redner als Wortführer der Reaktion ausgespielt. Auf den Artikel Löbes antwortete der Kommunist Neubauer, der noch 1918 beglückwünscht wurde zu Kaisers Geburtstag gehalten hat. Ihm antwortet der Reichspräsident:

Mein Ruf gegen die Selbsterzehrung im Wahlkampf hat ein so lebhaftes Echo bei den Arbeitern beider Lager gefunden, daß sich einer der Unberufensten, der frühere Monarchist Dr. Neubauer, Düsseldorf, zu einer Rechtfertigung gedrängt fühlt.

Herr Dr. Neubauer beginnt mit einer Behauptung, von deren Unwahrheit er selbst überzeugt sein muß, auch nach der verhältnismäßig kurzen Zeit, die er als Kommunist mein Wirken beobachten kann. Er sagt:

„Warum haben Sie, der Sie doch für jeden Bürgerlichen sehr zugänglich sind, wenn er ein Anliegen an Sie hat, warum haben Sie stets es abgelehnt, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu empfangen, die in irgendeiner Sache von einer Belegschaft oder von den Erwerbslosen oder sonst irgendeiner nicht sozialdemokratischen Organisation in den Reichstag gesandt waren, um dort bei den Parteivertretern ihre Anliegen vorzubringen?“

Mit Verlaub, Herr Doktor, diese Behauptung ist glatt unwahr. Die Amtsdienere im Reichstag sind Zeuge davon, daß ich in den 8 Jahren meiner Amtszeit Hunderte von Erwerbslosen und ähnlichen Bittstellern, einzeln und in Deputationen aus allen Lagern empfangen und ausgedehnte Besprechungen mit ihnen gepflogen habe.

Der auffälligste Fall, der mir in Erinnerung ist, ist folgender: Die kommunistische Parteileitung hatte eine Konferenz der Erwerbslosenräte in den Reichstag einberufen, ohne daß die Verwaltung des Hauses überhaupt von dieser Veranstaltung unterrichtet war. Als die Stunde der Konferenz anbrach, war kein kommunistischer Abgeordneter im Hause. Die am Portal 5 des Reichstages sich Einfindenden konnten also keinem kommunistischen Abgeordneten gemeldet werden, weil keiner da war. Der Portier, der Zusammenstöße der Versammelten mit der Polizeiwache befürchtete, da man sich in der Banne befand, schickte zu mir um Rat, was er mit den Leuten anfangen sollte. Ich ließ die Erwerbslosenräte aus dem ganzen Reich, es mögen 50 bis 60 gewesen sein, in ein Zimmer des Reichstages führen, ging dort zu ihnen, stellte ihnen vor, daß niemand von den Kommunisten anwesend sei und ließ mich von ihren Anliegen unterrichten. Ich erinnere mich dieses besonderen Falles deutlich, da ich den Enttäuschten gerade eine Kiste Zigarren herumreichen ließ, als endlich der von mir herbeigerufene Herr Koenen erschien und zugeben mußte, daß er die Arbeiter bestellt hatte, ohne daß überhaupt jemand anwesend war. Auf meine Bitte sind dann erst kommunistische Unterhändler erschienen.

So klobig die erste Unwahrheit von der Verweigerung der Empfänge ist, so unwahr ist auch der ganze übrige Inhalt des Artikels. Ich muß das etwas deutlich sagen, Herr Neubauer, denn Sie stellen die weitere Behauptung auf, daß Sie

„beim besten Willen keinen einzigen Fall entdecken können, wo Sie (Löbe) oder einer Ihrer Parteifreunde den Kommunisten gegenüber irgend so etwas wie Brüderlichkeit an den Tag gelegt hätten“.

Es ist Ihnen aber ebenjogut wie Ihrer Fraktionsleitung bekannt, wie oft ich es gerade erreicht habe, daß verfolgte Abgeordnete Ihrer Fraktion von polizeilichen und gerichtlichen Zugriffen bewahrt blieben durch meine rasche Herbeiführung des Immunitätenschutzes und durch andere Maßnahmen, die sich bis in die letzten Tage des Reichstages erstreckten. Wenn Sie es nicht wissen sollten, dann fragen Sie die Herren Höllein, Stoeder, Torgler, die Ihnen Bescheid geben können. Warum haben Sie nicht wieder Mag. Holz und Bela Hun die Hilfe des sozialdemokratischen Bruders Dr. Rosenfeld erbeten, statt eines kommunistischen Anwalts? Aus Mißtrauen gegen die Brüderlichkeit? Das ist also die zweite Unwahrheit.

Sie wollen sich, Herr Dr. Neubauer, über die Spaltungspolitik der Sozialdemokratie bei den Arbeitern beklagen, die Sie nicht einmal die Kommunisten zusammenhalten können! Die Sie fünfzehn Mann, also ein volles Drittel Ihrer Fraktion als Verräter ausgeschlossen haben! Fünfzehn Verräter unter denjenigen, denen die kommunistischen Wähler vor vier Jahren ihr Vertrauen bezeugen mußten! Ist so etwas überhaupt je in der Geschichte der Parteien dagewesen? Wissen Sie selbst, ob Sie über vier Jahre noch der herrschenden Richtung des Kommunismus angehören dürfen, oder ob Sie bis dahin nicht selbst gespalten worden sind?

Sie fragen, ob die Kommunisten mit den Klassenfeinden der Arbeiter jemals Kompromisse gesucht haben? Ja, soeben schlossen sie das Bündnis mit den Deutschnationalen wegen Amnestierung der Gemeindevörder.

Worauf aber kommt es im Wahlkampf an?

Sozialdemokraten und Kommunisten hatten im alten Reichstage einhundertfünfundsechzig Mandate. Es kann doch auch von Ihrem Standpunkte aus die politische Lage nicht verbessern, wenn sich die Zahl unter uns selbst verschiebt und drüben dreihundert Abgeordnete der bürgerlichen Parteien unangestastet bleiben!

Deshalb wird unser Kampf geführt, um aus den einhundertfünfundsechzig möglicherweise zweihundert und fünfzig zu machen, weil die Abstimmungen über Arbeiterfragen dann günstiger ausfallen als jetzt; denn Sie wissen ja so gut wie ich, wie oft die beiden Linksparteien allein gegen die anderen standen!

Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie hat aber nicht zur Folge, daß die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten sich vermindert, sondern könnte, wenn es nach Ihnen ginge, nur den Erfolg haben, daß sich einige Kommunisten mehr statt der bisherigen Sozialdemokraten im neuen Reichstag befinden. An dem Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Arbeit aber hätte sich nichts geändert und deshalb ist es eine Verminderung der Kraft der Arbeiterklasse, die Ihr Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet — zum Glück wird er nach meinen Erfahrungen in den größten Teilen Deutschlands keinen Erfolg haben.

Die Sozialdemokratie wird wie bisher die große gewaltige Millionenchar der deutschen Arbeiter um ihre Fahnen sammeln und wird ihre Abgeordneten erheblich vermehren und daneben wird einflußlos wie bisher trotten die kleine Gruppe der Unbelehrbaren, die ihre Kraft im Bruderzwist vergeudet hat.



Theodor Neubauer

Kentner und Sparer

Der Dank an die Sozialdemokratie

Die Gläubiger und Sparer, an die in diesem Wahlkampf die Aufforderung gerichtet wird, eine neue kleine und einflusslose Partei zu wählen, mögen sich erinnern, wie in den Aufwertungskämpfen die Sozialdemokratie sich ihrer Interessen angenommen hat. Als die Deutschnationalen den Abg. Dr. Best, den sie bei den letzten Wahlen als Aushängeschild für die Sparer benutzten hatten, aus ihrer Fraktion hinausdrängten, weil er die Erfüllung der feierlichen Wahlversprechungen verlangte, räumte die Sozialdemokratie diesem Führer der Gläubigerorganisationen ohne jede Bindung einen ihrer Ausschusssitze ein. Dr. Best hätte ohne dieses Entgegenkommen keine Möglichkeit gehabt, an den Ausschussverhandlungen über die Fragen, die er am besten beherrscht, teilzunehmen. Best sprach der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion seinen Dank in einem Schreiben vom 14. Juni 1925 aus, in dem es wörtlich heißt:

„Es ist mir ein Bedürfnis, der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß sie mir Gelegenheit geboten hat, meinen Standpunkt in der Aufwertungsfrage zu vertreten. Dieser Dank wird nicht dadurch gemindert, daß mein Wirken an dem geschlossenen Widerstande der Gegner einer gerechten Aufwertung scheiterte. Die Handlungsweise der Fraktion ist um so höher zu stellen, als sie meines Wissens des Vorbildes entbehrt, die Hilfe einem politisch Andersdenkenden zuteil werden zu lassen und ihm zu gestatten, abweichend von der Fraktion Ausführungen zu machen und Anträge zu stellen. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Dr. Best, M. d. R., Oberlandesgerichtspräsident i. R.

Nach viel lebhafter wurde der sozialdemokratischen Fraktion und einzelnen ihrer Mitglieder, besonders dem Abg. Reil, der die Fraktion in diesen Fragen vertrat, der Dank von den Sparern im ganzen Reich bekundet. Hier einige Stellen aus den zahllosen Dankschreiben:

Die Ortsgruppe **Wolfenbüttel** des Hypothekenschuhverbandes schreibt: „Es hat uns sehr gefreut, daß Ihre Fraktion unserem unermüdbaren Kämpfer Dr. Best die Gelegenheit gegeben hat, weiterhin im Ausschuss für das deutsche Recht zu streiten.“

Ortsgruppe **Bad Warmbrunn**: „Ihre herrliche Rede in der Aufwertungsfrage läßt unsere Herzen höher schlagen. Ich gestalte mir, Ihnen den herzlichsten Dank von circa 2000 Sparern und circa 1000 Rentnern, die hier im Kreise zusammengeschlossen stehen, auszusprechen.“

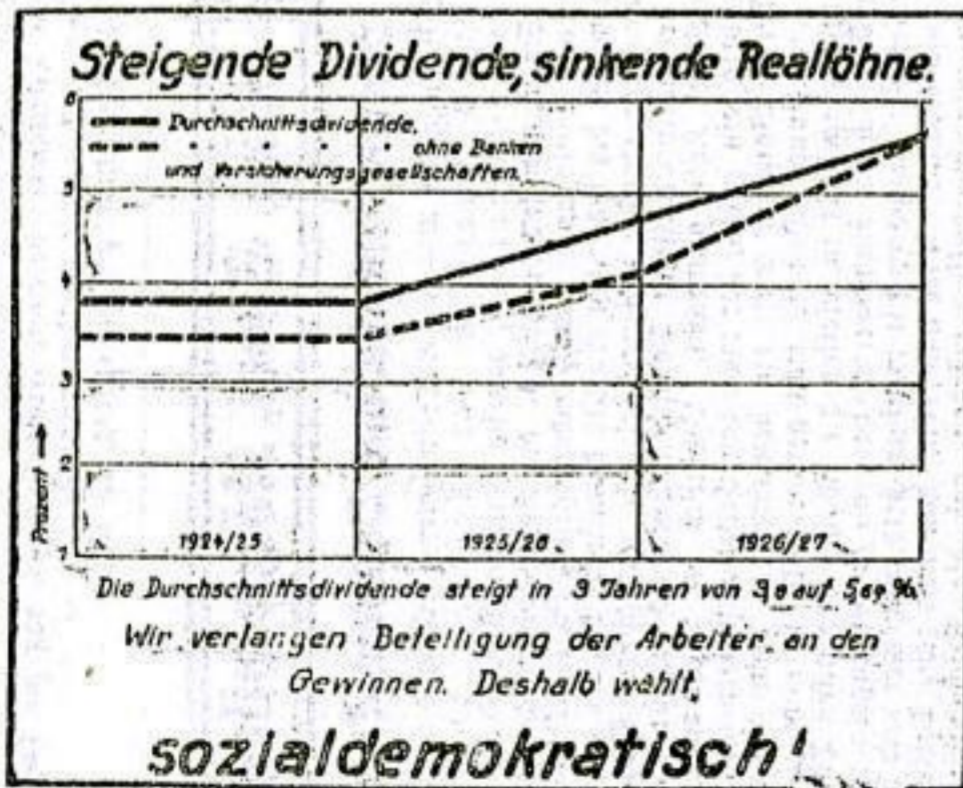
Ein Gläubiger aus **Plauen**: „Haben Sie vielen Dank für Ihr mannhaftes Eintreten für eine gerechte Aufwertung!“

Ortsgruppe **Homburg**: „Im Namen der Ortsgruppe Homburg (Rhein) sagen wir Ihnen für das Eintreten der gerechten Sache verbindlichsten Dank.“

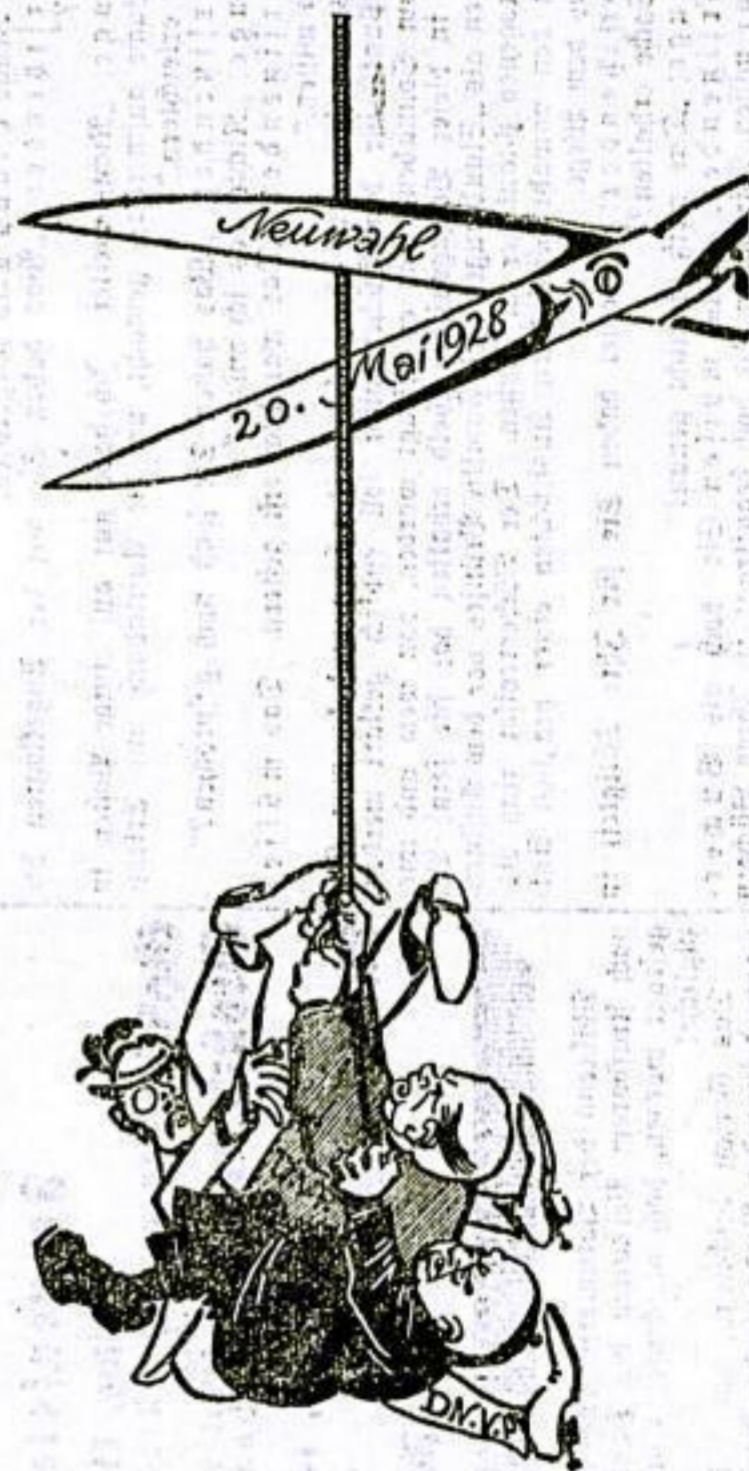
Sparerbund **Celle**: „Ihre Ausführungen sind so passend und entsprechen so vollständig unserem Empfinden, daß es uns ein Bedürfnis ist, Ihnen herzlichst zu danken.“

Aus diesen Stichproben ist die Stimmung zu ersehen, die das Eintreten der Sozialdemokratie für die Sparer hervorgerufen hat. Was liegt nun näher, als dieser Stimmung mit dem Wahlzettel Ausdruck zu verleihen. Nicht eine Splitterpartei, die vielleicht keinen einzigen Vertreter im Reichstag erlangt, kann den Sparern nützen, sondern nur die große sozialdemokratische Partei, die allen Armen, Betrogenen und Ausgebeuteten beisteht.

Sparer, wählt Liste 1!



Der Bürgerblock



befindet sich in durchaus hoffnungsvoller Lage!

„Hündisch, feige, ehrlos und dumm“ Deutschnationale über Deutschnationale

EPD Nr. 474 der Flugblätter der deutschnationalen Schriftenverteilungsstelle trägt die Überschrift „Abrüstung und Sozialdemokratie“. Das Flugblatt zeigt einen bis auf die Zähne bewaffneten Franzosen, der als Boncour bezeichnet wird, und einen Reichsbannermann, der Hörning darstellen soll, mit einer Flagge „Nie wieder Krieg“. Nach einigen Tiraden über die angebliche Militärfrömmigkeit der französischen und die Militärfeindschaft der deutschen Sozialdemokraten wird in bezug auf das Verhalten der letzteren gesagt:

„Das ist hündisch, feige, ehrlos und dumm dazu. Ein anständiger deutscher Mann sagt „Psui“ dazu und wählt deutschnational, Liste 2.“

Soweit die deutschnationale Poesie. Lassen wir nun die Prosa sprechen. Vor etwa zehn Monaten, am 10. Juli 1927, lag dem Reichstag ein „Gesetz über Kriegsgerät“ vor, das ihm von der Bürgerblockregierung Hergt-Reubell-Schiele-Roch zur unveränderten Annahme vorgelegt war. Dieses Gesetz lautet in seinen beiden ersten Paragraphen:

§ 1. Die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät jeder Art (Waffen, Munition und sonstigem Gerät) sowie seine Herstellung für die Ausfuhr ist verboten.

§ 2. Kriegsgerät darf für inländische Verwendung weder hergestellt noch aufbewahrt oder gehandelt werden.“

In der Beratung hielt der Redner der Sozialdemokratie eine scharfe Protestrede gegen das Verbot der Entente, auf das dieses Gesetz zurückzuführen war. Er erklärte, daß die Sozialdemokratie die allgemeine Abrüstung erstrebe, dieses einseitige Gesetz aber nur unter dem Druck einer außenpolitischen Zwangslage annehme.

Was taten die Deutschnationalen? Die Deutschnationalen hielten das Maul und nahmen das Gesetz, das ihnen ihre Regierung vorgelegt hatte, einfach an.

Sie hielten das Maul. Jetzt reißen sie es klapferweit auf:

„Das ist hündisch, feige, ehrlos und dumm dazu.“

„Das ist hündisch, feige, ehrlos und dumm dazu.“

Wohnungsmieten und Löhne

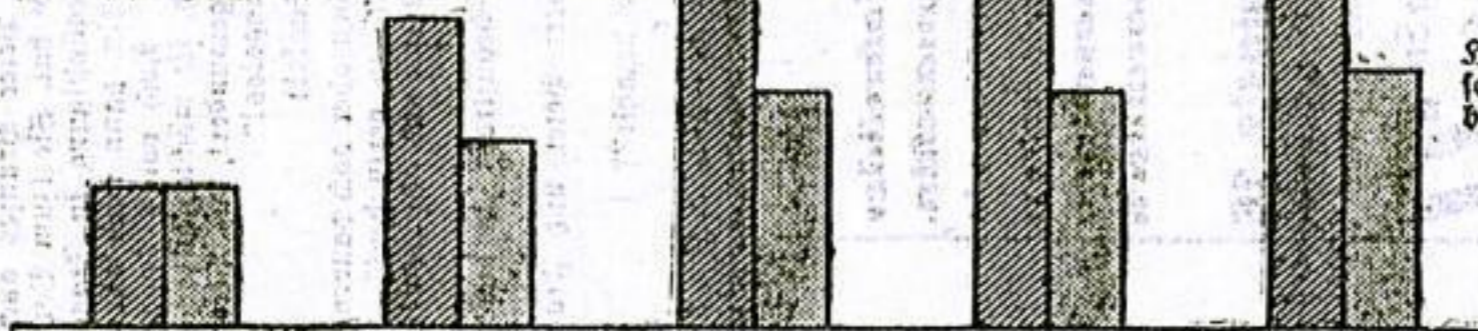
haben sich in der Zeit der Bürgerblockmehrheit zuungunsten der Arbeiter und Mieter entwickelt.

Nach den Ermittlungen des ADGB. entwickelten sich die Stundenlöhne für männliche Vollarbeiter von 1924 bis 1928 wie folgt:

Anfang 1924:	51,5 Pfg. pro Stunde	= 100 %
" 1925:	69,3 " " "	= 134,5 %
" 1926:	87,1 " " "	= 169,4 %
" 1927:	87,1 " " "	= 169,4 %
" 1928:	94,5 " " "	= 183,5 %

In der gleichen Zeit wurden die gesetzlichen Mieten so festgesetzt:

Anfang 1924:	30% d. Friedensm.	= 100%
" 1925:	66% " " "	= 220%
" 1926:	84% " " "	= 273%
" 1927:	100% " " "	= 333%
" 1928:	120% " " "	= 400%



1. Anfang 1924: Niedrige Löhne u. niedrige Mieten. Standen sich gegenüber. Das beiderseitige Verhältnis war 100 : 100.

2. Anfang 1925: Die Mieten wurden erheblich gesteigert; die Löhne folgten nur langsam nach. Das beiderseitige Verhältnis verhielt sich zu ungunsten der Löhne auf 220 : 134,5.

3. Anfang 1926: Der geringen Steigerung der Löhne stand ein weiteres Aufschneiden der Mieten gegenüber. Beide kamen auf das Verhältnis von 273 : 169,4.

4. Anfang 1927: Während die Löhne auf der gleichen Höhe blieben, schneitten die Mieten mächtig ein. Mieten und Löhne standen zueinander im Verhältnis von 333 : 169,4.

5. Anfang 1928: Dem jaghaften Ansteigen der Löhne stand ein rückfälliges Hinansteigen der Mieten gegenüber. Das beiderseitige Verhältnis zueinander war jetzt 400 : 183,5.

■ Mieten
■ Löhne

Am Schluß dieser Elendskurve waren die Löhne noch nicht um das Doppelte, die Mieten aber um das Vierfache gestiegen. Das war der Bürgerblock-„Segen“ für die Mieter!

Aus einem Manifest der Zentrums-
partei

in welchem die Mietpreiserhöhung be-
schränkt wird:

„Die unvermeidliche Heraussetzung
der Mieten soll durch entsprechende
Löhne und Gehälter ausgeglichen
werden.“

Der Vertreter der Sozialdemokratie,
Hermann Müller antwortete darauf:

„Eine Heraussetzung der Mieten kann
erst dann erfolgen, wenn Löhne und
Gehälter erhöht sind.“

Alle sozialdemokratische Versuche, das
Hinaustreiben der Mieten zu verhindern,
scheiterten am Widerstand der Bürger-
blockparteien.

Wegen Flugblattverbreitung verprügelt Die Menschenpeinigung auf dem Lande

Ein neuer Fall krasser Landarbeitermißhandlung hat sich in diesen Tagen in Roddrow, Kreis Bütow, in Pommern abgespielt. Dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Landarbeiterverbandes wird darüber folgendes berichtet:

Am Sonntag, dem 1. April 1928, verteilte der Zimmermann M. wie üblich das Mitteilungsblatt des Deutschen Landarbeiterverbandes. Als er aus der Wohnung des Hofmeisters heraustrat, trat ihm auf dem Hausflur der Gutsbesitzer Gottlieb Ernst, Roddrow, entgegen. Er schlug sogleich auf M. mit den Worten ein: „Warum gibst du den Leuten die Zeitung?“ M. antwortete darauf: „Die Leute lesen doch die Zeitung und wollen sie auch haben.“ In der Zwischenzeit schlug Ernst ununterbrochen auf M. ein, um ihn dann derartig stark auf die gepflasterte Straße zu stoßen, daß er mit dem Gesicht aufschlug. Ernst schlug auch dann noch mit einem starken Rohrstock heftig auf M. ein. M. erhob sich und ging von dannen. Dabei vernahm er folgende Äußerung des Ernst: „Komme nicht noch einmal mit der Zeitung, sonst schlage ich dir die Knochen ganz kaputt.“

Alle Mahnungen des Deutschen Landarbeiterverbandes an die landwirtschaftlichen Unternehmer, die Mißhandlungen von Arbeitern zu unterlassen, fruchten nichts. Im Gegenteil. Die Mißhandlungen nehmen in erschreckendem Umfange zu. Besonders sind es die organisierten Landarbeiter, die der Peinigungswut der landwirtschaftlichen Unternehmer ausgesetzt sind.

Natürlich werden die Landarbeiter bei den Wahlen die Konsequenzen aus dem brutalen Verhalten ihrer Arbeitgeber ziehen, die ja bekanntlich durchweg den Rechtsparteien angehören.

Die Frauen entscheiden

Am 20. Mai werden 2 1/2 Millionen mehr Frauen als Männer an die Wahlurne gehen. Insgesamt haben in Deutschland gegenwärtig 21,9 Millionen Frauen das Wahlrecht.

Jede Frau muß sich dieser Macht bewußt sein und ihr Stimmrecht ausüben. Die Partei, die die Frauen politisch befreit, ist

die Sozialdemokratie

Die Großen gegen die Kleinen

In der Reichstagsitzung vom 31. März 1927 wurde folgender Fall vorgetragen, der charakteristisch ist, wie rücksichtslos die Großbauern gegen die Kleinen vorgehen:

In der Gemeinde M. im Kreise Liebenwerda hat sich am 9. Oktober die gesamte Gemeindevertretung damit beschäftigt, wie man die rückständigen Gemeindesteuern hereinholen kann. Das von früher noch stehende Gemeindegut haben soll nun von der Sparkasse leihweise für die Kleinbauern zur Deckung der Gemeindeabgaben genommen werden. Die paar Großbauern, die das Wort haben, sind dagegen und erklären: „Das bleibt stehen!“ Aber die Gemeinde muß doch für bringende Fälle Steuern haben! So schreibt nun der Gemeindevorsteher 21 Zwangssteuerentreibungen bei den Kleinen aus und enteignet so die Kleinbauern immer mehr.

Die Großen wählen deutschnational oder die Christlich-nationale Bauernpartei — der Bauer wählt Liste 1: Sozialdemokratische Partei.

Der „Schwarzweißrote Sozialist“

Revolution der Fleischermeister

Der Deutsche Fleischerverband hat Montag nachmittag in Berlin eine Preisfortversammlung veranstaltet, die sich gegen die Bevorzugung der Konsumvereine bei der Neuverteilung des Gefrierfleischkontingents richtete. Nach einer Versicherung des Vorsitzenden sollte diese Versammlung unpolitisch sein. Das hinderte ihn jedoch nicht, der Versammlung den Rat zu geben, am 20. Mai „nur die bürgerlichen Parteien“ zu wählen. Aus der Versammlung heraus gab es lebhafteste Opposition gegen den Bürgerblock, den „infamen Kuhhandel der bürgerlichen Parteien“. Vom deutschnationalen Ernährungminister Schiele wurde gesagt, daß er ein Schwarzweißroter Sozialist sei und den Konsumgenossenschaften die Käufer in die Bäden treibe. Zwischenrufe wie Aufhängen und An die Wand stellen, illustrierten die Unzufriedenheit mit den Bürgerblockparteien. Netten kann nach der Meinung der Opposition im Lager der Fleischermeister nur eine große Mittelstandspartei.

Wählt Liste 1

Briefe an den kleinen Bauer Hohe Steuern

Lieber Hans!

Also mein letzter Brief hat Dir besser gefallen als der erste? Das glaube ich schon. Die Sache mit den Konsumfabriken, den Schweinelieferungen und festen Preisen ist etwas, was jedem einleuchten muß, der nicht politisch blind ist. Ich hoffe, daß Dir das, was ich Dir heute über Steuern und Lasten sagen möchte, noch besser anstehen wird. Und Deine Käse, die von meinen Briefen nichts hören will, einfach, weil ich Sozialdemokrat bin, wird mich auch noch verstehen lernen.

Du beschwerst Dich über die hohen Steuern und Lasten. Du sagst, die Republik und ihre vielen Beamten fressen uns Bauern bei lebendigem Leibe auf. Vor dem Kriege sei alles viel besser gewesen. Der Kaiser habe eben mehr vom Regieren verstanden als alle diese neugebackenen Minister in Berlin.

Daß wir mehr Steuern zahlen müssen als früher, ist klar. Wir haben den Weltkrieg verloren und müssen hohe Kriegslasten an unsere ehemaligen Feinde und dazu Unterstützungen an weit mehr als zwei Millionen Kriegsbeschädigte, Witwen, Waisen und alle Eltern zahlen. 2½ Milliarden verlangt das Ausland jedes Jahr von uns, und 2 Milliarden kostet jährlich die Versorgung der Kriegsoffer. Daß da alle mehr Steuern aufbringen müssen als früher, ist selbstverständlich. Und wenn Du schon jemand anklagen willst, dann klage die an, die uns 1914 in den Krieg hineinschlitzen ließen, die uns während des Krieges schlecht geführt haben und die dann, als das Unglück da war, nach Holland und Schweden ausgerückt sind. Du weißt ja, wen ich meine.

Aber daran können wir heute nichts mehr ändern. Nur daß die Leute heute noch in Berlin die gleichen Herren regieren lassen, die uns vor dem Kriege so erbärmlich geführt haben, das verstehe ich nicht. Daß übrigens seit 1921 (von ein paar Wochen abgesehen) kein Sozialdemokrat mehr Reichsminister gewesen ist, hast Du wohl ganz vergessen.

Aber ich wollte Dir von den Steuern erzählen. Hoch sind sie, kein Zweifel. Wenn sie nur gerecht verteilt wären! Aber da haperts. Die Kleinen müssen berappen, und die Großen drücken sich.

Bei der Einkommensteuer beträgt nach der Veranlagung von 1925 das versteuerte Einkommen auf 1 Hektar (gleich 4 Morgen):

bei Kleinbesitz:		bei Großbesitz:	
in Baden	145 Mk.	in Ostpreußen	17 Mk.
in Hessen	140 "	in Mecklenburg	34 "
in Braunschweig	130 "	in Pommern	48 "
in Thüringen	120 "		

Der kleine Bauer wird also drei- bis achtmal so scharf herangenommen als der Rittergutsbesitzer.

Ebenso ungerecht ist der Kleinlandwirt bei der Vermögenssteuer (Veranlagung von 1924) behandelt worden. Hiernach wird 1 Hektar (4 Morgen) landwirtschaftlich genutzter Fläche bewertet:

bei Kleinbetrieben (unter 5 Hektar)	mit 2000 Mark
bei Mittelbetrieben (5 bis 20 Hektar)	mit 1200 Mark
bei Großbetrieben (über 100 Hektar)	mit 660 Mark

Je kleiner der Betrieb, um so höher also der Wert und damit die Steuer!

Die Sozialdemokratie hat deshalb im Reichstag verlangt: Schonung der Kleinen Besitzer durch Heraushebung des steuerfreien Einkommens, gleichmäßige Grundwertsteuer nach dem Wert des nackten Grund und Bodens, vor allem aber Offenlegung der Steuerlisten. Gerechte Verteilung der Lasten, darauf kommt es an!

Dein aller Freund

Triß.

Der Feind steht rechts

Recht sind sie riesig sozial,
die schwarzweißroten Anaben,
die jedesmal vor einer Wahl
fürs Volk ein Herze haben!

Hat man gezoßt und lohngedrückt,
vergeben und vergessen —
der große Raubzug ist geglückt —
man hat sich vollgefressen!

Der alte Schwindel, frisch lackiert,
für unentwegte Narren,
wied wieder einmal ausprobiert:
Wer zieht den Westarp-Narren?
Kabliaw.

Abnormitäten-Kabinett.

ATTRAKTION!



„Meine Herrschaften, hier sehn Sie den Zentrumszwitter, Hermaphroditus Marxii von der Wissenschaft genannt. Er ist weder Mann noch Frau, weder Republikaner noch Monarchist. — Daneben zeigen wir Ihnen die zusammen- gewachsenen Zwillinge. Einer ohne den andern ist nicht lebensfähig.“

Trotz aller Aufklärung . . . !

i. In einer Wahlversammlung vor dem Kriege hat einmal ein Amtsrichter v. Köller gesagt:

Wäre ich ein reicher Grundbesitzer, so wählte ich konservativ; wäre ich ein reicher Fabrikant, so wählte ich nationalliberal; wäre ich ein Großhändler oder Börsenauer, so wählte ich freisinnig. Wäre ich aber ein Arbeiter, so wählte ich ganz selbstverständlich sozialdemokratisch.

Wie viele, viele Arbeiter wählen in direkter Verkennung ihrer Klassenlage ihre Klassengegner, ihre ausgesprochenen Feinde!

Im Juniheft 1909, also lange vor dem Kriege, schrieb in der gutbürgerlichen Zeitschrift Nord und Süd der sehr bekannte Theologieprofessor Nieberzoll:

Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Zorne die Worte entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten seien,
weil sie dazu zu dumm wären.

Wenn sie Sozialdemokraten wären, würden sie auch gescheiter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus berufenem Munde. In der Tat kann man sagen, sie (die Sozialdemokratie) kommt nur dahin, wo einigermaßen höhere Interessen sind. Und wo sie ist, da weckt sie höhere Interessen. Sie gilt schon jetzt als

Die große Weckerin des geistigen Lebens.

Leider gibt es auch heute noch viel zu viele solche dumme Arbeiter mitten unter uns, die nicht begreifen wollen, daß sie nur selbst die Rute binden, mit der sie gezüchtigt werden, wenn sie bürgerliche Kandidaten wählen.

Und doch hat die Sozialdemokratie den Arbeitern schon seit ihrem Bestehen gepredigt:

Nur die allergrößten Räuber wählen ihre Metzger selber!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Saupe in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.

Unsere Regierung

so nennt der Farbentrust die Bürgerblockregierung

Die I.-G. Farbenindustrie mit ihrem Aktienkapital von 1,1 Milliarde Mark ist die größte und kapitalträchtigste Unternehmung Deutschlands und eine der größten der Welt. Es ist ein Zeichen für die wachsende Zusammenballung von riesigen Kapitalien in wenigen Händen, daß die I.-G. Farbenindustrie, also eine einzige Firma, 98 Prozent des gesamten in der chemischen Industrie angelegten Kapitals beherrscht.

Die Ziffern des Jahresabschlusses stehen im krassen Widerspruch zu den bekannten Klagen über mangelnde Kapitalbildung, für die man zu hohe Steuern und zu hohe Soziallasten verantwortlich zu machen pflegt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Reingewinn der I. G. Farbenindustrie für 1927

um 50 Prozent und die Dividende von 10 auf 12 Prozent gestiegen

ist. Der inzwischen erschienene Jahresabschluss bringt weitere Ziffern. Man kann aber nicht gerade sagen, daß dadurch die Lage des Unternehmens durchsichtiger wird. Man hat sich entschlossen, den Aktionären diesmal 2 Prozent Dividende mehr zukommen zu lassen. Der Reingewinn, aus dem die Dividende gezahlt wird, pflegt nicht etwa durch Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden errechnet zu werden, der Vorgang spielt sich vielmehr meistens genau umgekehrt ab. Man entschließt sich, der Öffentlichkeit soviel als möglich Reingewinn zu zeigen, den Aktionären soviel als möglich Dividende zuzuwenden und richtet danach die Aufmachung der Bilanzposten ein. So ist offensichtlich auch hier verfahren worden, so daß es sich kaum lohnt, auf die einzelnen Bilanzposten näher einzugehen.

Der Geschäftsbericht äußert sich über die Lage der Gesellschaft mit uneingeschränkter Zufriedenheit. Es werden bewundernswürdigerweise die absoluten Umsatzziffern verschwiegen, und nur bekanntgegeben, daß

der Umsatz sich seit dem Vorjahre um 20 Prozent gehoben hat.

Es ist bemerkenswert, daß der Reingewinn, obwohl zweifellos stark getarnt, stärker gestiegen ist als der Umsatz, nicht nur um 20 Prozent, sondern sogar um 50 Prozent. Der Reingewinn stieg von 68,7 auf 100,8 Millionen Mark.

Als Uebersicht über den Stand des Unternehmens ist die Bilanz so gut wie wertlos. Bei der ungeheuren räumlichen Ausdehnung und der unermesslichen Zahl von Artikeln, die der Farbentrust herstellt, kommt es einer Verdunkelung gleich, wenn

der ganze ungeheure Produktionsapparat in einer einzigen Summe zusammengefaßt

ist. In einer einzigen Ziffer zusammengeworfen werden die Liegenschaften, Gebäude, Apparate und Utensilien. Es wird also nicht einmal die sonst allgemein übliche Unterscheidung zwischen den Baulichkeiten und den darin befindlichen Anlagen gemacht. Man sollte eigentlich annehmen, daß die Zusammenballung einer ganzen Weltindustrie in einer einzigen Hand eine größere Uebersichtlichkeit und Durchsichtigkeit gestattet, als bei weniger umfangreichen Unternehmungen. Mit der Größe des Unternehmens wächst zwar die Uebersichtlichkeit des Industriezweiges für die Leiter des Unternehmens selbst, für die Öffentlichkeit wird sie aber eher geringer. Das sehen wir deutlich am Farbentrust, der mit seiner Bilanzaufmachung noch hinter dem dürftigen Maß an Uebersichtlichkeit zurückbleibt, das selbst die kleinsten Unternehmungen inne zu halten pflegen.

Nach der Bilanz beträgt der Wert der gesamten Anlage 32,4 Millionen Mark, das sind nicht mehr als ein Drittel des 1,1 Milliarde betragenden Aktienkapitals. Der Wertzuwachs durch Neuanlagen belief sich allein in dem einen Jahre 1927 nach dem Geschäftsbericht auf 110,3 Millionen Mark, also fast ein Drittel vom gesamten Bilanzwerte der Betriebsanlagen, die in Jahrzehnten aufgebaut worden sind. Daraus kann man entnehmen, nicht, daß die Neubautätigkeit im abgelaufenen Jahre unverhältnismäßig groß gewesen ist, sondern daß in jedem Jahre ungeheure Abschreibungen gemacht werden, daß also

der wirkliche Wert der Anlagen nur mit einem Bruchteil, wahrscheinlich weniger als einem Viertel seines wirklichen Wertes in der Bilanz erscheint.

Im abgelaufenen Jahr sind von dem Zugang im Werte von 110 Millionen Mark sofort 74 Millionen Mark, also fast drei Viertel des Wertes, abgeschrieben worden. Das ist aber nur die offene, in der Gewinnrechnung verzeichnete Abschreibung;

die geheimen, durch stillschweigende Unterbewertung entstandene Abschreibung ist sicherlich weit größer, wie groß, kann man nicht einmal vermuten.

Der Geschäftsbericht enthält über die fabrikatorische Tätigkeit des Farbentrusts einige ausschweifende Angaben, u. a. die Mitteilung, daß die Zahl der Neuheiten, mit denen der Farbentrust allein auf dem Gebiete der Farbenherstellung in dem einzigen Jahre 1927 hervorgetreten ist, 152 beträgt. Die besondere Aufmerksamkeit wurde den Spezialgebieten gewidmet, die noch völlig neue Anwendungsmöglichkeiten erwarten lassen. Dazu gehört das Gebiet der Lederbearbeitung. Merkwürdigerweise faßt sich die Verwaltung des Farbentrusts über die Entwicklung der Kohleverflüchtigung, die so gewaltige industrielle Umwälzungen erwarten läßt, auffallend kurz und begnügt sich mit der allgemeinen Bemerkung, daß auf diesem Gebiete die Arbeiten nach Ueberwindung naturgemäß anfänglich auftretender Schwierigkeiten einen befriedigenden Verlauf genommen haben, daß die Produktion von Benzin im Ansteigen ist und glatten Ablauf findet. Zahlenmäßige Angaben darüber vermisst man vollständig. Sollten da nicht alle Blütenräume gereift sein?

Das Wert des Bürgerblocks

Donnerstag, 10. Mai

- Marienbrunn** Garkhof, 20 Uhr. Gen. Kreben.
- Engelsdorf** Garkhof Sella, 20 Uhr. Genosse Wieland, mit Sprechhor.
- Leutsch** Schwarzer Jäger, 20 Uhr. Reichstagsabgeordneter Paul Vogl.
- Gaugich** Alter Garkhof, 20 Uhr. Reichstagsabgeordneter Schäfer, mit Film „Dein Schicksal“.
- Hartmannsdorf** Garkhof, 20 Uhr. Genosse Götte.

Montag, 14. Mai

- Stünz** Garkhof, 19.30 Uhr. Genosse Herm Liebmann, mit Film „Dein Schicksal“.
- Wachau** Garkhof, 20 Uhr. Genosse Alfred Herre, mit Sprechhor.

Wähler und Wählerinnen! Am 20. Mai entscheidet ihr über euer Schicksal für die nächsten 4 Jahre. Darum beachtet die Verammlung in der euch Aufklärung gegeben werden soll.

SPD Groß-Leipzig

Der Geschäftsbericht enthält ein Verzeichnis der Gesellschaften, an denen der Farbentrust maßgebend beteiligt ist. Es sind die folgenden:

- Ammoniakwerk Merseburg G.m.b.H.** (Leunawerk): Haupterzeugnisse: Stickstoff und Benzin.
- Rheinische Stahlwerke**, Essen: Haupterzeugnisse: Stahlofen, Koks und Nebenprodukte.
- Leopold Cassella & Co., G.m.b.H.**, Frankfurt a. M.: Haupterzeugnisse: Farben.
- Gewerkschaft Auguste Viktoria**, Hils: Haupterzeugnisse: Stahlofen, Koks und Nebenprodukte.
- A. Riebeck'sche Montanwerke, A.-G.**, Halle: Haupterzeugnisse: Braunkohlen, Brikett, Teer, Del, Paraffin, Kerzen.
- Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger**, Knapshaus: Haupterzeugnisse: Karbid, Essigsäure, Natrium, Kalkstickstoff.
- Kalle & Co., Aktiengesellschaft**, Bielefeld: Haupterzeugnisse: Jellophan, Dyalid.
- Duisburger Kupferhütte**, Duisburg: Haupterzeugnisse: Kohleisen, Agglomerat, Kupfer, Zinkoxyd, Glaubersalz, Sulfat.
- Chemische Werke Lothringen G.m.b.H.**, Gerthe i. W.: Haupterzeugnisse: Stickstoffverbindungen.

- Dr. Alexander Wacker, Ges. f. elektrochemische Industrie G.m.b.H.**, München: Haupterzeugnisse: Natriatron, Trichloräthylen, Karbid, Essigsäure und Derivate, Ferrofluorid.
- Deutsche Zelluloidfabrik**, Eilenburg: Haupterzeugnisse: Nitrozellulose, Zelluloid, Lacke.
- Aceta G.m.b.H.**, Berlin-Lichtenberg: Haupterzeugnisse: Kunstseide.
- Höllenseide G.m.b.H.**, Barmen: Haupterzeugnisse: Kunstseide.
- Gewerkschaft Elise II**, Halle: Haupterzeugnisse: Braunkohlen.
- Grube Auguste bei Bitterfeld**: Haupterzeugnisse: Braunkohlen.
- Deutsche Grube bei Bitterfeld**: Haupterzeugnisse: Braunkohlen.
- Zuckerfabrik Rörbisdorf Akt.-Ges.**: Haupterzeugnisse: Braunkohlen.
- Waldberggruppe**, Braunkohlenwerke, Frechen b. Köln: Haupterzeugnisse: Braunkohlen-Briketts.

Von einer Reihe dieser Gesellschaften sind sämtliche Anteile in der Hand des Farbentrusts, von allen, außer den Rheinischen Stahlwerken, mehr als 50 Prozent, von diesen mehr als ein Drittel. Der Kennwert des Kapitals, über den diese vom Farbentrust beherrschten Gesellschaften verfügen, beträgt 471,6 Millionen Mark. Damit sind aber längst nicht alle von der I.-G. kontrollierten Unternehmungen erfasst.

Im allgemeinen pflegen die Unternehmer zu klagen, einerseits, ob es ihnen schlecht oder gut geht, ob sie viel oder wenig Profite machen. Der Farbentrust ist so stark, seine Weltstellung so gesichert, daß er es sich leisten kann, nicht nur auf seine Erfolge stolz zu sein, sondern auch nach außen hin seinen Stolz zu zeigen. Die sonst in allen Geschäftsberichten mit ermüdender Eintönigkeit wiederkehrenden Klagen über zu hohe Belastung durch Steuern und soziale Lasten, die ja eigentlich gegen den Bürgerblock, also gegen die Interessenvertretung des Unternehmertums selbst gerichtet sind, fehlen in dem Geschäftsbericht des Farbentrusts. Er kann mit der Tätigkeit der Bürgerblockregierung zufrieden sein und steht auch nicht an, dieser Zufriedenheit Ausdruck zu geben. Er tut das mit folgenden Worten:

„Wirtschaftspolitisch hat die Berichtsperiode zwei für das Farbengebiet bedeutende Ereignisse gebracht. Unserer Regierung ist es in vereinter Bemühung mit uns gelungen, bei den inzwischen ratifizierten Handelsverträgen mit Frankreich und Japan für die Behandlung der Einfuhr von Farbstoffen, die in beiden Ländern gegenüber der Einfuhr anderer Staaten außerordentlich benachteiligt war, eine Lösung zu finden, die unseren Interessen Rechnung trägt!“

Man muß zugeben, daß der Farbentrust vollkommen berechtigt ist, die Bürgerblockregierung als „unsere“ Regierung zu bezeichnen, mit dem gleichen Recht, wie er von „unseren“ Profuristen, von „unseren“ Geschäftsreisenden spricht.

Sie ist tatsächlich die Beauftragte des Trustkapitals, und es wird ihr von der Verwaltung des Farbentrusts ausdrücklich bezeugt, daß sie ihre Geschäfte als seine Beauftragte geführt hat. Die oben zitierten Sätze aus dem Geschäftsbericht der I.-G. Farbenindustrie verdienen, an allen Säulen angeschlagen zu werden, denn es gibt kein wirksameres Mittel, um die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten über den wahren Charakter der Bürgerblockregierung aufzuklären und sie davon zu überzeugen, daß es

nur eine Partei gibt, die imstande ist, die Uebermacht und den Uebermut des Trustkapitals wirksam zu bekämpfen, die Sozialdemokratie, und daß ihr deshalb am 20. Mai alle Stimmen zufallen müssen.

15 Millionen Mark neue Dresdner Stadtanleihe. Ein von der Sächsischen Bank geführtes Konjunktium hat eine neue Dresdner Anleihe übernommen, die in den nächsten Tagen im Betrage von 15 Millionen Mark in Form von achtprozentigen, nur durch Auslösung tilgbare Schuldverschreibungen zum Kurse von 94 Prozent und sechsprozentigen, nach fünf Jahren zu 108 Prozent rückzahlbaren Schatzanweisungen zum Kurse von 98,75 Prozent zur Zeichnung aufgelegt werden soll.

© Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Deutsches Beestank mit Bayrisch Kraut 85; Rindroulade mit Kartoffelmus 1.20 — Morgen Persische Pfefferfleisch 1.20. Ab 18 Uhr: Schweineknochen mit Meerrettich und Klößen 1.10



Achtung

CIGARETTENRAUCHER!

Probieren Sie die neue Portschari

REKORD

Sie werden zugeben, Cigarette in der

6
Pfg.

dass es keine bessere Preislage gibt.

JOE LOE

Aus dem Stadtparlament

Wahlstimmung

Sie lag über der gestrigen Sitzung, die durch einen schönen Nachruf des Vizevorsitzers Ende auf den Genossen Seger eingeleitet wurde. Im Einklang wurde eine ganze Reihe von Vorlagen einstimmig und ohne Aussprache angenommen, so daß es schien, man würde bereits um 20 Uhr mit der Beratung zu Ende sein. Aber Wahlstimmung bedingt nicht nur, daß im Augenblick das Interesse der politischen Parteien für die Arbeit im Reichstagswahlkampf zugewandt ist, sondern in noch stärkerem Maße, daß die „Agitprop“ der kommunistischen Stadtverordneten eingeleitet wird. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn diese Propaganda in einem Zusammenhang steht mit den kommunalpolitischen Angelegenheiten, die in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden sollen. Solange Lieberach der Sitzung fern war, ging es, ebere als er da war... Wir erkennen an: er gab sich die beste Mühe, die Stadtverordneten von seiner Existenz zu überzeugen.

Was immer auch zur Verhandlung stand — Lieberach konnte alles immer auf den gleichen Kenner bringen: die Sozialdemokratie steht wegen des Hallenbades in Koalitionsabsichten mit der Bourgeoisie, wegen des Pathologischen Instituts, für das Lieberach an sich über eine Art von nicht geringere Sachverständigkeit verfügen dürfte, begehrt sie Verrat am Proletariat, und bei dem Tagesordnungspunkt Krisenfürsorge ist sie vollends schon bei der Bourgeoisie gelandet.

Am stärksten beschäftigte die gestrige Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit Kaiser-Reinhardt. Der Verbandsrat hat gegen den Stadtratsrat Dr. Kaiser, der die Untersuchung wegen der Zustände im Pathologischen Institut führt, die schärfsten Vorwürfe erhoben. Schließlich mußte sich auch der Rat zu der Erklärung bereitfinden, er werde Dr. Kaiser durch einen anderen ersetzen. Die Mittel für das Hallenbad West wurden bewilligt, gegen die Stimme des Nationalsozialisten Glehner, der die Stadt Leipzig nicht in Schuldnachhaft bringen will. Wenn die sozialdemokratische Fraktion den Antrag der Kommunisten, die Bauarbeiten ausschließlich durch die Städtische Baugesellschaft ausführen zu lassen, ablehnte, so geschah dies, wie zu allem Ueberflus nochmals gesagt sei, deshalb, weil durch die Eigenart des Baues (Betonarbeit) und durch die Ueberlastung der Städtischen Baugesellschaft diese nicht ausschließlich in Betracht kommen kann. Das reaktionäre Verhalten des Rates in der Angelegenheit der neuen Stadtschulratsstellen wurde vom Genossen Lang gebührend angeprangert. Vorher hatte der Rat zugestimmt, die Mißstände bei der Firma Köppler, die für den Rat Bauarbeiten ausführt, zu beseitigen.

Der Sitzungsbericht

Eröffnung des Genossen Seger

Stadtverordneten-Vizevorsitzer Ende eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf Friedrich Seger:

Wir haben heute vor einer Woche den sterblichen Leid unseres ehemaligen Kollegen Friedrich Seger der Feuerbestattung übergeben. Die Wünsche, die ihm am 28. März der Herr Vorsitzender Dr. Häbler mit auf den Weg gab für eine baldige, völlige Genesung sind zu unserm großen Schmerze nicht in Erfüllung gegangen. Mit Seger ist eine der markantesten Persönlichkeiten dahingegangen, die für das Allgemeinwohl gearbeitet haben. Wir verlieren in ihm ein lebendiges Bild Leipziger Geschichte. Er hat den Leipziger Stadtverordneten schon lange vor dem Kriege angehört, er ist dann unser erster Vorsitzender und später Vizevorsitzer dieser Versammlung gewesen. Immer hat er sachlich, geschickt und unparteiisch die Verhandlungen geleitet. Auch der Andersdenkende muß den Gerechtigkeitssinn Segers anerkennen. Seger war unbestritten das, was man eine Persönlichkeit nennt, mit lautem Charakter; durch und durch eine Kampfnatur, hielt er an seiner Anschauung und Ueberzeugung fest. Er war auch dem Gegner gegenüber scharf, aber sachlich, der bei den Andersdenkenden stets die andre Ueberzeugung suchte. Das hat ihm in hohem Maße die Achtung aller Parteien eingebracht. Es hat keinen Wert, heute nochmals die Tätigkeit aufzuführen, die Seger in emsiger Arbeit

17 Jahre hindurch in den verschiedenen Ausschüssen geleistet hat. Ich kann mich hierüber beziehen auf die vortrefflichen Ausführungen des Herrn Stadtverordnetenvorsitzers vom 28. März. Vorbildlich und arbeitstreu, war Seger einer unserer besten Kenner unserer Kommunalpolitik, und er verfügte über große Erfahrung. Sein verhältnismäßig schnelles Ausscheiden wird eine Lücke hinterlassen, die auszufüllen nicht sehr leicht sein wird. Trotzdem muß anerkannt werden, daß Seger immer ein bescheidener, uneigennütziger Mensch gewesen ist. Er war uns allen ein aufrichtiger und wahrhaftiger Kollege, der auch bei allen andern die größte Achtung genoß. Sein Hinscheiden wird von uns allen außerordentlich bedauert. Wir sind alle, gleichviel, auf welcher Seite des Hauses wir sitzen, der Ueberzeugung, daß wir mit Seger einen ganzen Menschen verloren haben.

Der Vizevorsitzer gedenkt dann noch des Ablebens von Bauerrat Köppler.

Am Heren Dr. Böhme

Der Rat erhebt gegen den Beschluß der Stadtverordneten, die Stelle des Stadtrats Dr. Böhme auszufüllen, Einspruch und bleibt auf seinem Standpunkt, daß Böhme als auf Lebenszeit gewählt gelte. Die Stadtverordneten beschließen ohne Aussprache gegen die Stimmen der Rechten, bei dem Beschluß stehenzulassen.

Kunstgewerbeschule und Berufsschulwesen

Nach längerer, aber unwesentlicher Aussprache wird folgender, durch einen Antrag Sepphand geänderter Antrag des Schulausschusses einstimmig angenommen:

„Zur Vorbereitung der Errichtung einer Kunstgewerbeschule und der Umgestaltung des gesamten höheren Berufsschulwesens in Leipzig wird ein aus 3 Ratsmitgliedern, 5 Stadtverordneten und 5 Sachverständigen aus der Bürgerschaft bestehender, nichtständiger Ausschuss nach § 61 der Gemeindeordnung eingesetzt.“

Die Wahl der Stadtverordneten-Mitglieder wird sogleich vorgenommen. Gewählt werden: Lang (Soz.), Böhlert (Soz.), Hartig (Komm.), Krüger II (Wirtschaftspol.), Herz (Dem.).

Nochmals der Fall Reinhardt

Zu dem von dem Stadtratsrat Dr. Kaiser geleiteten Disziplinarverfahren gegen Dr. Reinhardt wegen der Zustände im Pathologischen Institut wird vom Verfassungsausschuss und den Stadtverordneten-Mitgliedern im Untersuchungsausschuss beantragt, den Rat zu ersuchen, einen andern Beamten mit der Voruntersuchung zu beauftragen.

Stadtverordneter Köhl (Komm.) erklärt, seine Fraktion könne nach der Eingabe des Verbandsrates kein Vertrauen zu Dr. Kaiser haben. Er stellt den Antrag, daß der Disziplinarverfahren die Untersuchung und Zeugenerhebung vornehmlich soll.

Stadtverordneter Dr. Hipert (Wirtschaftspol.) wendet sich gegen die Angriffe der Linken auf den Rat, ist aber mit seiner Fraktion bereit, dem Antrag des Verfassungsausschusses zuzustimmen.

Stadtverordneter Frenzel (Soz.): Dr. Kaiser steht in enger Beziehung zum Ratsbezirksrat Dr. Dir. Wenn der Rat eine alsbaldige Hand ansetzt hätte, dann hätten wir die Eingabe des Verbandsrates sicherlich nicht gehabt. Es ist notwendig, daß alles getan wird, damit nach außen nicht der Eindruck erweckt werde, als würde das Verfahren gegen Dr. Reinhardt nicht objektiv geführt. Der Antrag der Kommunisten sei nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht durchführbar.

Stadtrat Dr. Böhme nimmt Dr. Kaiser in Schutz, erklärt aber, daß der Rat dem Antrag der Stadtverordneten nachkommen werde.

Stadtverordneter Lieberach hält eine sehr lange Rede. Der Antrag selbst wird dann einstimmig angenommen, der der Kommunisten abgelehnt.

2,5 Millionen für Hallenbad West

Stadtverordneter Vorius (Soz.) berichtet über die Ratsvorlage, die die Vollbauaufgabe West auf den Grundstücken Marktstraße 2, 4, 6 und Obermannstraße 15 und 17 zu erledigen, diese Grundstücke der Überverwaltung aus Vermögensstamm entschädigungs- und zinslos zu überweisen, die Summe von rund 2,5 Millionen Reichsmark aus Anleihe zu bewilligen.

Genosse Vorius berichtet über die Schwierigkeit bei der Wahl

des Bauplatzes; es sei wieder nicht möglich, zwei Hallen zu schaffen. Zu begrüssen ist, daß die Klassifizierung fortfällt. Er stellt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion die Ergänzungsanträge: baldigt die Baupläne vorzuliegen, die Städtische Baugesellschaft bei der Vergabung der Arbeit mit 50 Prozent zu berücksichtigen und das gebaut wird nach den Bestimmungen des Betriebsamtes.

Stadtverordneter Herrmann (Komm.) schließt sich den Ausführungen von Vorius an, will aber die Städtische Baugesellschaft zu 100 Prozent berücksichtigt wissen.

Nach kurzer Debatte werden die Anträge der Tagesordnung und der Sozialdemokraten angenommen, die Baufumme wird gegen die Stimmen des Nationalsozialisten bewilligt. Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt.

Wahl in die Hausratsgesellschaft

Es sind zwei Stadtverordnete in den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Hausratsgesellschaft m. b. H. zu wählen. Die von den Kommunisten beantragte Mehrheitswahl wird abgelehnt. Nach der Verhältniswahl werden gewählt: Stadtverordneter Fleißner (Soz.) und Stadtverordneter Weidlich (Wirtschaftspol.).

Ein Dringlichkeitsantrag

Stadtverordneter Kroneberg (Soz.) begründet den folgenden Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Der Rat wird um Auskunft ersucht, 1. ob bei der Vergabung der Bauarbeiten zum Wasserleitungsbau, Bauherr Rat der Stadt Leipzig, an die Firma A. Köppler, G. m. b. H., Freiberg i. S., bedingt worden ist, daß die tariflichen Vereinbarungen für das Baugewerbe einzuhalten sind; 2. Warum die Vergabung an eine auswärtige Firma erfolgt ist. Ueber die Angelegenheit ist im Gewerkschaftsrat der B. ausführlich berichtet worden. Der Rat läßt durch Stadtbaurat zur Neben erklären, daß er für die Einhaltung der getroffenen Bestimmungen Sorge tragen werde, andernfalls sei der Vertrag mit der Firma automatisch gelöst. Die Vergabung geschah seinerzeit wegen des billigen Angebots der Firma.

Krisenfürsorge

Eine Rückänderung des Rates über die neuen Listen der Stadt durch die Uebergangsregelung der Krisenfürsorge wird zur Kenntnis genommen. Ein Antrag der Kommunisten, bei der Reichsregierung zu protestieren, wird angenommen. Auch bei diesem Punkt der Tagesordnung läßt Stadtverordneter Lieberach (Komm.) eine lange Rede, die gegen den „Renegaten“ Langwitz gerichtet ist. Stadtverordneter Lungwitz (Soz.) weist diese Beschimpfungen zurück.

Stadtschulratsstellen

Nur keine Sozialdemokraten an leitende Stelle in die städtische Verwaltung! Das ist der Grundlag der bürgerlichen Ratsmehrheit, wie sie wieder bei der Besetzung von zwei neugeschaffenen Stadtschulratsstellen bemies. Die Stadtverordneten hatten vor einigen Monaten zugestimmt, daß für die höheren Schulen und für die Volkshochschulen je ein Stadtschulrat angestellt wird, sie hatten sich jedoch nach § 83 der Gemeindeordnung das Recht der Zustimmung bei der Anstellung vorbehalten. Auf die Ausschreibung hatten sich 137 Bewerber gemeldet, darunter einige Sozialdemokraten, die durch ihre bisherige Tätigkeit und Zeugnisse den Beweis erbracht haben, daß sie tüchtige Pädagogen sind und die Qualität für einen Schulrat besitzen. Der Rat entschied sich jedoch für einen weit rechts stehenden Herrn, dem die Stadtschulratsstelle für die höheren Schulen übertragen werden sollte. Für die Volkshochschule will er unter den Bewerbern keinen geeigneten Mann gefunden haben, deshalb soll die Stelle erneut ausgeschrieben werden. Auf diese Weise glaubte der Rat um die Wahl eines Sozialdemokraten herumzukommen, dessen Qualifikation von allen objektiv urteilenden Schulfachmännern anerkannt wird. Der Rat machte seine Rechnung ohne die Stadtverordneten, denn diese beschließen, zunächst von der Besetzung der Stadtschulratsstelle abzusehen, so daß die totalitären Ratsherren ihren rechtsgerichteten Kandidaten nicht zum Stadtschulrat für höhere Schulen machen können.

Keine Vorlagen

Ohne Aussprache und einstimmig werden dann noch eine ganze Reihe von Vorlagen genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen: Ratsvorlage über die Herstellung einer Gartenanlage für das Pfeilhaus I mit einem Aufwand von etwa 8750 RM.; Ratsvorlage wegen Uebernahme der Bürgerschaft für die Ortsgruppe Leipzig und Umgebung des Bundes der Kinderreichen, eine Rückänderung des Rates, nach der er die Stützmauer auf der westlichen Rampe der Kaiserin-Augusta-Straße erst ausbauen lassen will, wenn hierzu eine dringende Notwendigkeit vorliegt.

BRUNN

Leberwurst 60^g
vorzüglich, Pfd. nur

Bratheringe 48^g
hochf. Champignonsauce
¼ Dose

Orangeade 60^g
von Kamronowicz
Fl. 1,30 120

Vorzügliche und billige

LEBENSMITTEL!

<p>Tafel. Gerichte zum Wochenend</p> <p>Fabrikat Heine ca. 1-Pfund-Dose</p> <p>Erbsen mit Speck . . . 68^g Bohnen mit Speck . . . 68^g Linsen mit Rauchfleisch 68^g Linsen mit Bratwurst . . 88^g Schweineschnauze m. Sauerkraut 95^g 2 Paar Würstchen mit Sauerkraut 95^g Ochsenfleischsuppe 98^g Kass. Rippensteak m. Sauerkraut 1.15 Nieren geschmort . . 1.28 Schweineschnauze . . 1.38</p> <p>Wurstwaren</p> <p>Blut- u. Leberwurst ¼ Pfd 35^g Polnische . . . ¼ Pfd. 35^g Alerwurst . . . ¼ Pfd. 45^g Preßkopf . . . ¼ Pfd 45^g Salami- u. Zervelatw. ¼ Pfd. 45^g Zungenwurst . . . ¼ Pfd. 48^g Würstchen 5-Paar-Dose 1.58 3-Paar-D 88^g. G-P.-D. 1.68 Ochsenmaulsaft ca. 2-Pfd-Dos 1.18, ca 1-Pfd.-Ds 63^g</p>	<p>Pfefferfleisch . . . Pfd. 85^g Rindsgulasch . . . Pfd. 1.20 Fett. u. Schmor (gerad.) Pfd. 65^g</p> <p>Ferner:</p> <p>Frisches Fleisch nur 1. Klasse</p> <p>Ochsenfleisch</p> <p>Rindfleisch z. Koch. Pfd 1.20 Hohe Rippe . . . Pfd. 1.30 Schmorfleisch o. Kn. Pfd. 1.50 Rouladen . . . Pfd. 1.60 Geh. Rindfleisch . Pfd. 1.20</p> <p>Kalbfleisch</p> <p>Kamm, Brust . . . Pfd. 1.20 Wickelbraten . . . Pfd. 1.30 Nierenbraten . . . Pfd. 1.30 Keule Pfd. 1.30</p> <p>Butter u. Käse</p> <p>Moikereibutter ¼ Pfd 95^g Fst. Schweizerkäse ¼ Pfd. 45^g Holl. Käse vollf. o. R. ¼ Pfd. 35^g Limb. Stangenkäse Pfd. 38^g Emmenthaier o. Rd. Kart 80^g</p>	<p>Speck (geräuchert) . Pfd. 80^g Schweinbacken (ger.) Pfd. 85^g Rauchfleisch . . . Pfd. 1.10</p> <p>Schweinefleisch</p> <p>Bauch Pfd. 80^g Keule Pfd. 95^g Kamm Pfd. 1.15 Koteletten Pfd. 1.30 Geh. Schwein Pfd. 1.00</p> <p>Hammelfleisch</p> <p>Bauch Pfd. 1.20 Rücken Pfd. 1.30 Schulter Pfd. 1.31 Keule Pfd. 1.40</p> <p>Konfitüren</p> <p>Creme-Pralinen ¼ Pfd 20^g Jelée-Früchte . . ¼ Pfd. 30^g Mürbchen ¼ Pfd. 35^g Gebr. Mandeln ¼ Pfd. 25^g Haselnußberge ¼ Pfd. 50^g</p>
<p>Fischwaren</p> <p>Oelsardinen „Club“-Ds. 48^g Oelsardinen 4-Port.-Ds. 95^g Filetheringe: Mayon Ds. 85^g Filetstücke: Rem.Ds. I 2070^g Rollmops i. Rem. Ds. I 30 85^g Sardellen, entkrätet, Ds 65^g Anchovis Glas 65^g Sardellen ¼ Pfd. 40^g Seelachs ¼ Pfd. 45^g Kapern ¼ Pfd. 40^g</p>		
<p>Kolonialwaren</p> <p>Weizengrieß Pfd. 28^g Graupen Pfd. 28^g Kartoffelmehl . . . Pfd. 0^g Peri-Sago Pfd. 38^g Hirse Pfd. 25^g Harigr.-Makk.-Br. Pfd. 38^g Hernudeln, lose . . Pfd. 45^g Hernudeln in Pkt. Pfd. 65^g Maizkaffee (lose) . Pfd. 22^g</p>		

Gebr. Mandeln 1.18

Brathühner 1.18

Fette Suppenhühner 1.18

Brathühner Pfd. nur 1.28

Millionärsfrau und Millionärssohn

Neue Verfahren wegen Begünstigung gegen den Handelsgerichtsrat Peter Brünjes und den Bücherrevisor Ernst Claus!

F. K. Zu Beginn des sechsten Verhandlungstages erstatte der Gerichtsrat Schütz sein Gutachten über den Geisteszustand der beiden Brünjes. Die Angeklagte Mary Brünjes sei erlich-befallen. Die Haftunterbrechung war nötig, da Frau Brünjes operiert werden mußte. Sie sei über den Durchschnitt intelligent, aber triebhaft unbeständig und schwer hysterisch; die Voraussetzungen des strafauslösenden Paragraphen 51 seien aber keinesfalls gegeben.

Hinrich Brünjes sei in geistiger und moralischer Hinsicht als schwach sinnig anzusehen, aber auch bei ihm schlägt der Paragraph 51 nicht ein. Bei Frau Brünjes müsse man bedenken, daß die strafbaren Handlungen sich über einen sehr langen Zeitraum erstrecken und viel Arbeit erforderten.

Aus einem Ausgabenbuch der Frau Brünjes, das die Angeklagte am Dienstag in Begleitung eines Kriminalbeamten aus ihrer Wohnung geholt hat, geht hervor, daß Frau Brünjes Anfang 1927 folgende Einnahmen hatte:

In Heiner Brünjes	2100 Mark
In Luise Brünjes	2300 Mark
In Peter Brünjes	6800 Mark
In Bücherrevisor Claus	2000 Mark

W. H. er sind Zahlungen an Schwarz und 45 Mark an Weiske eingetragen, insgesamt 45 000 Mark — in 7 Wochen! Diesen 45 000 Mark stehen rund 48 500 Mark Einnahmen gegenüber; die „Einnahmen“ sind lediglich ergaunertes Geld. Der Staatsanwalt teilt mit, daß Frau Brünjes während des Aufenthalts in ihrer Wohnung mit dem Bücherrevisor Claus telefoniert hat.

Der Zeuge Claus wird vorgerufen.
Vorlesender: „Was haben Sie mit der Angeklagten besprochen?“

Zeuge: „Nichts weiter. Ich habe nur auf einige Posten in ihrem Buche aufmerksam gemacht, um die Auffindung und Erledigung zu erleichtern.“

Vorlesender: „Was haben Sie sonst noch gesprochen?“

Zeuge: „Nichts, das ich wüßte.“

Vorlesender: „Das war doch erst gestern. Das müssen Sie noch wissen.“

Aus dem Zeugnis ist aber nichts weiter herauszubekommen. Ein heftiger Punkt für den Bücherrevisor soll endlich geklärt werden. Schon am Sonnabend war er gefragt worden, von wem und wieviel er in dieser Betrugsaffäre Geld erhalten hat für seine Bemühungen als „Staubläuger“, die Familie Brünjes vor dem Ansturm der betrogenen Gläubiger zu schützen. Der Bücherrevisor ging bisher mit den unwahrscheinlichsten Ausflüchten einer präzisen Antwort aus dem Wege.

Vorlesender: „Wieviel haben Sie für Ihre Tätigkeit in dieser Sache erhalten?“

Zeuge: „Das weiß ich nicht genau!“

Vorlesender: „Das müssen Sie doch als Bücherrevisor wissen. Wir haben Sie doch beauftragt, in Ihren Büchern nachzusehen?“

Zeuge (zögernd): „Ich habe etwa 7500 M. erhalten, es können auch 8500 Mark, auch 9000 Mark gewesen sein. Ich habe doch soviel Arbeit gehabt!“ (Bewegung!)

Der Landesfinanzbeamte macht eifrig Notizen!

Und nun faßt dieser leihame Bücherrevisor auf. Erregt beginnt er auszuspähen, den Schleiter ein wenig zu lästern, die Millionärsfamilie bloßzustellen.

Zeuge Claus: „Auf der einen Seite hat Peter Brünjes im März 1927 17 000 Mark zur Bezahlung der dringendsten Schulden gegeben; nach 14 Tagen forderte er dafür 19 000 Mark von seiner Frau! Auf der andern Seite hat er seine armen geküßten Frau tatsächlich Gelder erpreßt, obwohl er die Herkunft der Gelder kannte. Frau Brünjes ist ja das Opfer ihres Mannes. Peter Brünjes war bis zum März 1927 ein Götz für mich. Damals wurden mir die Betrügereien der Frau Brünjes klar. Damals habe ich Peter Brünjes geraten: Nehmen Sie kein Geld mehr von Ihrer Frau; Sie machen sich sonst der Hehlererei schuldig. Ich habe Peter Brünjes über alles aufgeklärt. Jetzt erfahre ich, daß Peter Brünjes auch nach dieser Zeit Geld von seiner Frau erhalten hat. Sie (zum Vorlesenden) haben mich ermahnt, daß bei mir Begünstigung in Frage komme. Reiten Sie gegen mich ein Verfahren ein, dann wird alles klargestellt werden. Ich war gutgläubig. (?) Noch vor 8 Tagen war Peter Brünjes bei mir und beschwor mich, ich möchte ihn doch reinwaschen und herausreißen. Ich habe mich gewundert, daß Peter Brünjes nicht mit angeklagt ist. Ich bin fassungslos!“

(Starke Bewegung im ganzen Saale!)

Verteidiger des Schwarz: „Sie haben aber doch dauernd das Bestreben gehabt, die Sache zu verschleiern, zu vertuschen!“

Zeuge Claus: „Herr Peter Brünjes hat an uns allen einen ganz ordinären Betrug begangen!“

Vorlesender: „Von wem waren Sie beauftragt, in dieser Angelegenheit tätig zu sein?“

Zeuge: „Meine Auftraggeber waren Herr Peter und Frau Mary Brünjes.“ (Bewegung.)

Vorlesender: „Von wem wurden Sie bezahlt?“

Zeuge: „Von beiden!“

Verteidiger des Schwarz: „Sie haben aber doch nach

ihrem eignen Eingeständnis Herrn Peter Brünjes gewährt, gehobtes Geld anzunehmen. Wie vereinbart sich dieses Ihr Wissen um die Betrügereien mit der Tatsache, daß Sie auch danach noch 3000 M. von Frau Brünjes annahmen, mit Ihrer Eigenschaft als vereidigter Bücherrevisor?“

Der Zeuge beginnt zu flöteln. Schließlich meint er, daß er mitunter auch von Frau Brünjes Gelder im Auftrage Peter Brünjes erhalten hätte.

Verteidiger: „Von wem hatte Frau Brünjes dieses Geld?“

Zeuge: „Wahrscheinlich von Peter Brünjes.“

Verteidiger: „Das kann nicht stimmen, da Peter Brünjes von dem Gelde der Gläubiger in dieser Zeit noch 6000 bis 7000 M. von seiner Ehefrau erhalten hat!“

Der Zeuge gibt nochmals zu, daß er vom März 1927 an um die strafbaren Handlungen Hinrich und Mary Brünjes wußte und Peter Brünjes alles gelagert hat.

Der Staatsanwalt wirt dem Zeugen vor, daß er diese wichtigen Befundungen erst jetzt macht und den Sachverhalt mit Peter Brünjes bisher beharrlich zu vertuschen versuchte.

Frauen, ein Tag für euch!

Frauenfeierstunde

Freitag, 11. Mai

Gohlis Concordia-Festhalle, 20 Uhr, Reichstagsanbid.
Anna Siemsen.
Großzoo Gasthof Windorf, 20 Uhr, Genossin
Charl. Hammermeister.

Montag, 14. Mai

Lindenau Fellenkeller, 20 Uhr, Reichstagsanbidat.
Anna Siemsen.
Frauengruppe der SPD.

Während der Voruntersuchung ist der Bücherrevisor wiederholt nach strafbarem Verhalten des Handelsgerichtsrats Peter Brünjes gefragt worden, doch verschweig Claus bis heute alles darauf Bezügliche!

Das Gericht beschließt, den Bücherrevisor Claus als Zeugen wegen dringenden Verdachts der Begünstigung der hier verhandelten Straffälle unvereidigt zu lassen. (1)
Danach wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Das Blöden des Staatsanwalts

Beschäftigt sich zunächst mit dem Willen, aus dem heraus die zur Verhandlung stehenden Straftaten geboren wurden. Die einzige Persönlichkeit, die in dieser Hinsicht reiflos Aufklärung hätte schaffen können, ist Peter Brünjes, der jedoch von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machte. Die Stellung Peter Brünjes sei überhaupt recht eigenartig. Er hat von seiner Frau größere Summen erhalten, und zwar Gelder, um welche Gläubiger betrogen wurden.

Peter Brünjes hat nicht nur um die Straftaten seiner Ehefrau gewußt, sondern er hat die Betrügereien sogar noch gefördert, und es ist nun Aufgabe der Staatsanwaltschaft, neue Ermittlungen sowohl über Peter Brünjes, als über den Bücherrevisor Claus vorzunehmen! (Starke Bewegung!)

Wohin seien die erlangten Riesensummen geflossen? Der Haushalt der jungen Brünjes habe ungewöhnlich viel Geld gefloßt. Weiter waren von vornherein Schulden da; so von 1924 50 000 M. Weitere Aufklärung wäre nicht zu erlangen gewesen. Nachdem der Staatsanwalt auf die raffinierte Technik bei den Brünjesischen Gaunereien und nochmals auf die 114 Betrugsfälle eingegangen war, stellte er eine Nachtragsanfrage gegen Frau Brünjes wegen der neu entdeckten Quittungsfälschungen in Aussicht. Einzelhandlungen, nicht einen einzigen Vorfall müsse man annehmen. Mit Rücksicht auf das Gutachten des Gerichtsarztes könne man der Angeklagten Mary Brünjes wegen der Urkundenfälschung mildernde Umstände zubilligen. Andererseits sei die Cheliosigkeit der Gefinnung der beiden Brünjes kaum zu übersehen. Ekspollos haben sie bewußt unwahre eidesstattliche Versicherungen abgegeben und damit eine äußerst niedrige und gemeine Gefinnung bewiesen.

Der Staatsanwalt stellte nun seine Strafanträge, die wir bereits gestern veröffentlichten konnten.

Rechtsanwalt Marschner beantragt aus subjektiven Gründen für Hinrich und Mary Brünjes Freisprechung wegen der Betrugsfälle und auch wegen der Urkundenfälschung.

Die Verteidiger der übrigen Beschuldigten ersuchen um geringe Strafen — für Weiske Freisprechung —, da Schwarz und Benne-

mann Opfer der Familie Brünjes und des Bücherrevisors Claus gemordet seien.
Im Schlusswort beteuert Frau Brünjes, daß die 140 000 Mark Schulden noch bezahlt würden, wenn sie frei sei.
Urteilserkundung Donnerstag, 13 Uhr.

♣ Spiel, Sport, Körperpflege ♣

Reichseisenbahn und Deutsche Turner

Mit ungefähr 35—40 000 Teilnehmern rechnet die Kreisleitung für das 3. Kreissest der Arbeiter-Turner und Arbeiter-Sportler, das im Juli in Dresden stattfinden soll. Sie wandte sich deshalb an die Reichsbahnverwaltung mit der Bitte um Einlegung von Sonderzügen. Diese selbstverständliche Bitte wurde bis jetzt nicht erfüllt; denn nach Angabe der maßgebenden Beamten werden zu jener Zeit alle verfügbaren Wagen für das Fest der nationalsozialistischen Deutschen Turnerschaft, für das Deutsche Turnfest in Köln gebraucht. Lediglich die Viehwagen, die dann noch übrig sein sollen, hat man den Arbeiterturnern angeboten.

Dieser Vorgang wirkt ein bezeichnendes Licht auf die Reichsbahnverwaltung. Daß sie nicht gerade links, ja nicht einmal republikanisch eingestellt ist, preisen die Späken von allen Dächern. Daß organisatorisch am Bahnbetrieb dauernd zu bemängeln ist, daß man in vielen Kulturstaaten für weniger Geld bequemer und besser fährt, ist ebenso bekannt. Aber immerhin: daß diese zwei Tatbestände einmal so zusammentreffen würden, daß die Reichsbahnverwaltung deutsche Arbeiter, die in ihrer Ideologie zu reden, doch schließlich auch „deutsche Volksgenossen“ sind, im Viehwagen zu einer Kulturveranstaltung befördern will, das war nicht vorauszusetzen. Die Verantwortlichen im Bezirk Leipzig haben dieser Tage zu dem skandalösen Verhalten Stellung genommen und ihren berechtigten Unmut nach lebhafter Aussprache in folgender Entscheidung Ausdruck gegeben:

„Die Vertreter der Vereine des Leipziger Turnbezirks vom Arbeiter-Turn- und Sportbund nahmen Kenntnis von der Mitteilung der Kreisleitung, nach welcher die Reichsbahnverwaltung nicht in der Lage sein will, zur Beförderung der Teilnehmer des 3. Kreissestes v. 20. bis 22. Juli dieses Jahres Sonderzüge zur Verfügung zu stellen. Sie erließen in dieser Stellungnahme eine ungerichte Behandlung der Arbeiterklasse und lenken hiermit die Aufmerksamkeit der arbeitenden Bevölkerung auf diese Einstellung. Die Vereinsvertreter erwarten, daß die Reichsbahnverwaltung ihre Stellungnahme ändert und den Arbeiter-Turnern und -Sportlern Gelegenheit gibt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.“

Selbstverständlich wird die Bezirksleitung weiterhin bei den maßgebenden Instanzen darauf dringen, daß die Arbeiterturner als Menschen und nicht als Vieh nach Dresden befördert werden. Sollten wirklich nicht genug Wagen da sein, so bliebe unserer Meinung nach noch die Lösung, im Verhältnis der Teilnehmerzahl auch der Deutschen Turnerschaft entsprechend viele Viehwagen zuzuweisen.
H. L.-u.

Werkzeugschaft und Bogen

Schwedische Werkzeugschaft haben sich eingehend mit dem Problem des modernen Boxkampfes befaßt und dabei namentlich die Nachteile des Niedererschlags, des knock-out geprüft. Sie kamen zu dem Ergebnis, die zuständigen Behörden zu ersuchen, bei den Boxkämpfen die Entscheidung durch so zu verbieten und nur Kämpfe nach Punkten zuzulassen.

Die ärztliche Warnung geht dahin, daß durch den Niedererschlag unter Umständen Blutgefäße zerrissen werden und dadurch der Tod eintreten könnte. Weiter sei es sehr leicht möglich, daß durch die Erschütterung des Gehirns sich mit der Zeit geistige Erkrankungen einstellen könnten. Die Folge eines solchen Verbotens des so würde in sportlicher Hinsicht eine durchaus günstige sein. Wohl würden die Kämpfe an Aufregung verlieren, aber an Abwechslung gewinnen. Beim Knock-out müssen die Kämpfer immer darauf bedacht sein, sich nicht bedingungslos zu zeigen, und mancher Kampf ist sportlich vollkommen reizlos, da der eine Teil dauernd in Verteidigung bleibt.

In der klassischen Zeit des Boxkampfes wurde bekanntlich ohne Handschuhe gekämpft, es waren Verletzungen der Faust, aber kein Knock-out möglich. Dieser kam erst auf mit der Einführung des Handschuhs. Wird dieser wieder durch einen nur leichten Schutz der Hand ersetzt, muß sich der Kampf der alten Manier wieder anpassen und ganz neuartige Entwicklungen mit sich bringen. Zum mindesten wird der Stil ein offener werden, da nicht mehr mit einem Niedererschlag, sondern nach Punkten gewonnen werden muß.

Landesjugendtreffen der Arbeiterkader

5000 Ortsgruppen, 251 Bezirke und 22 Gauen beschäftigen sich mit den Vorbereitungen zum Jugendtreffen des Arbeiter-Radsport-Bundes Solidarität, das Pfingsten in Jena, im schönen Thüringer Lande, stattfinden wird. Man rechnet mit der Auffahrt von 10 000 jugendlichen roten Radlern. Schon Ende März hatten sich gegen 5000 angemeldet. Radsportkapellen werden durch ihre Mitwirkung für erhöhten Eindruck Sorge tragen.

Teillzahlung

Grischkauf!

Fahrräder
Nähmaschinen
Sprengapparate
Schallplatten
Wringmaschinen
Reparaturen

Fabriklager
Leipzig C 1, Königstr. 16
Bundesgeschloß des A.-R.-B. Solidarität
Tel. 17514 Konkurrenzlos in Preis und Qualität.

8 Beachten Sie Nürnberger Str. 27
Ausstellungsräume

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenanlagen (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billiger Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei A.G.
Leipzig, Tschöar Straße 9/21 — Fernsprecher Nr. 7226

In Amerika denken und handeln Hausfrauen praktisch!

Quieta
zum Kaffee und allein

Sie schätzen gebrauchsfertige Mischungen, weil sie von erfahrenen Fachleuten zusammengestellt sind, sehr gut schmecken, Herz und Nerven schonen, Geld und Zeit sparen. Das bietet Ihnen

Quieta!

Probieren Sie die jetzigen Mischungen!

Wer reinen Bohnenkaffee gewöhnt ist, nehme zuerst halb Bohnenkaffee, halb Quieta!

